

Omega

Wo würden Sie denn sparen?

Die Konjunktur ist gut, die „Schuldenspirale nachhaltig gebrochen“. Der Finanzminister rief die CSV am Mittwoch in den Wachstumswahlkampf

Level playing field !

Depuis l'annonce du Brexit, le Luxembourg se découvre isolé dans les dossiers fiscaux et financiers. Le gouvernement abandonne sa grandiloquence européenne

Testwahl bestanden

Bei den Gemeindewahlen kam es zum dritten Rechtsrutsch nach den Europawahlen 2014 und dem Referendum 2015. Die CSV rüstet nun für die Kammerwahlen 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

#41 64. Jahrgang 13. Oktober 2017



5 453000 174663



4,00€

Foto: Sven Becker

Die Konjunktur ist gut, „die Schuldenspirale nachhaltig gebrochen“. Der Finanzminister rief die CSV am Mittwoch in den Wachstumswahlkampf

Wo würden Sie denn sparen?

Peter Feist

Als Finanzminister Pierre Gramegna (DP) am Mittwoch den Staatshaushaltsentwurf 2018 im Parlament hinterlegte und seine letzte *Budgetsried* in dieser Legislaturperiode hielt, grummelten CSV-Abgeordnete immer wieder, runzelten die Stirn, schüttelten ab und an belustigt den Kopf, scharrtten mit den Füßen. Fraktionspräsident Claude Wiseler legte immer wieder das Kinn in die gefalteten Hände und blickte ernst. Während die designierte DP-Haushaltsberichterstatterin Joëlle Elvinger auf einem Stuhl neben dem Kammerpräsidenten thronte und in die Runde des Plenarsaals grinst.

Dass das Budget 2018 auch ein Wahlkampfbudget sein würde und Gramegnas Rede auch eine Wahlkampfred, war zu erwarten gewesen. Schon als die DP-LSAP-Grüne-Regierung ihr im Koalitionsvertrag 2013 vereinbartes Ziel eines mittelfristigen Haushaltsüberschuss von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor anderthalb Jahren in ein Defizit von minus 0,5 Prozent verwandelt hatte, war das ein Manöver gewesen, das dem Finanzminister für die Wahljahre 2017 und 2018 zu einem ganz neuen Spielraum verhalf. Als er vor einem Jahr den Haushalt 2017 präsentierte, ging er von einer beeindruckenden Steigerung des Wirtschaftswachstums auf 4,6 Prozent für 2017 aus. Am Mittwoch erklärte er, das Statistikamt Statec habe die Vorhersage für dieses Jahr zwar auf 3,4 Prozent „leicht nach unten korrigiert“, rechne aber für 2018 mit 4,4 Prozent und demnächst vielleicht mit noch mehr, „wenn neue Zahlen von der EU-Kommission kommen“. Falls nicht, sei das „nicht dramatisch, denn wir machen keine Politik für die nächsten Wahlen, sondern für die nächsten Generationen“.

Weil die Koalitionsparteien um ihre Wiederwahl besorgt sind und sie dafür nach dem Abschneiden der CSV bei den Gemeindewahlen noch mehr Grund haben, übernahm Pierre Gramegna, der

nach seinem Amtsantritt mit dem *Zukunftspak* und dem Versprechen auf eine „kopernikanische Wende in der Haushaltspolitik“ Eindruck zu machen versuchte, wie schon letztes Jahr die Rolle, die Maastrichter Stabilitätskriterien um ein Haar als Diktat zur ökonomischen Disziplinierung zu entlarven, dann aber die „Top-Position“ Luxemburgs im Vergleich mit den Nachbarländern und innerhalb der Eurozone doch in den gewohnten Kontext von Budgetdisziplin und gutem Ruf auf den Finanzmärkten zu rücken: „Dass wir die Staatsschuld stabilisiert haben, sagen auch der Internationale Währungsfonds und die Rating-Agenturen.“ In dem an die Presse verschickten Manuskript der Budgetrede steht zwei Mal, Luxemburg brauche keine „Austeritätspolitik“, aber

so weit wollte der frühere Direktor der Handelskammer dann doch nicht gehen, und zum Glück gilt, „seulement le discours prononcé fait foi“.

Stattdessen wiederholte er immer wieder, nicht nur die Konjunktur sei gut, überdies habe die Regierung die Ausgaben des Zentralstaats „total im Griff“. 890 Millionen Euro soll dessen Defizit nächstes Jahr betragen. Womöglich ist das eine Überschätzung. Für 2016 waren 633 Millionen Defizit eingeplant, für dieses Jahr sind es 983 Millionen. Als Grund dafür hatte der Finanzminister vor einem Jahr eine Drittel Milliarde Euro Mindereinnahmen als Folge der Steuersenkungen angegeben (*d'Land*, 14.10.2017). Die sollen auch ein Grund dafür sein, dass im Haushaltsentwurf für

nächstes Jahr 890 Millionen Euro Defizit im Zentralstaat vorgesehen sind. Doch am Donnerstag vergangener Woche hatte Gramegna dem parlamentarischen Haushaltsausschuss die frohe Kunde überbringen können, neuesten Zahlen zufolge schließe der Zentralstaat 2016 mit einem Minus von lediglich 211 Millionen Euro ab, also um zwei Drittel besser als veranschlagt. Unterm Strich ergibt sich daraus ein Überschuss über die gesamten öffentlichen Finanzen, Gemeinden und Sozialversicherung inklusive, von 845 Millionen Euro. Das sind 577 Millionen mehr als vorgesehen waren.

Angesichts solcher Zahlen stellt sich natürlich die Frage, wieso nicht gleich ein ausgeglichener Haushalt angestrebt wird und der Finanzminister

das Zentralstaats-Defizit stattdessen laut seinem Mehrjahres-Budgetentwurf entlang einer „Trajektorie“ bis 2021 so weit senken will, dass es dann nur noch 89 Millionen Euro betragen und „fast ein Gleichgewicht“ herrschen soll, wie Pierre Gramegna sich am Mittwoch ausdrückte. Aber vielleicht unterschätzt er die Einnahmen ähnlich systematisch, wie seine Vorgänger von der CSV das in den Jahren vor der Finanzkrise taten. Lässt sich ein Defizit zeigen, und sei es auch klein, ist das immerhin ein Grund, Maßhalten zu predigen. Was Pierre Gramegna am Mittwoch ebenfalls tat.

Auf der Einnahmenseite rechnet der Finanzminister dank der prächtigen Konjunktur nächstes Jahr mit 17,3 Milliarden Euro, das wären 6,3 Prozent



Der Finanzminister, der DP-Fraktionspräsident, der Kammerpräsident und die DP-Haushaltsberichterstatterin während der *Budgetsried* und der rituellen Übergabe des Haushaltsentwurfs auf einem USB-Stick



Ein Gesetzentwurf für die Reform der Besteuerung der Aktien-Pläne kommt erst 2018

Stock-Options vergeblich gesucht

Michèle Sinner

Ob es bei den Unternehmerverbänden lange Gesichter gibt nach der Haushaltsvorlage am Mittwoch? Oder ob sich die ehemaligen Kollegen von Finanzminister Pierre Gramegna (DP) ohnehin nicht allzu viel erwartet hatten? Denn nach der Steuerreform hatte der Ex-Direktor der Handelskammer den Unternehmerverbänden, die vor allem eine Abschaffung der kommunalen Gewerbesteuer gefordert hatten, ein Trio an Maßnahmen versprochen: eine OECD-konforme Reform des Regimes für die steuerliche Behandlung von Einkommen aus dem Besitz geistigen Eigentums (die Anfang August vorgelegt wurde), eine Reform der Besteuerung der Stock-Options, der „Aktienpläne“, und etwas für die Start-ups (*d'Land*, 07.07.2017).

Am Mittwoch kündigte Gramegna die Reform der Aktienpläne an, die von immer mehr Unternehmen eingesetzt wurden, um ihre besserverdienenden Mitarbeiter zu entlohnen, und bei denen der Steuersatz mit um die 13 Prozent einem Bruchteil des Spitzensteuersatzes entspricht, wie er auf Spitzengehältern, die in Euro ausgezahlt werden, angewandt wird. Ziel sei, so der Finanzminister am Mittwochmorgen, den Steuersatz

auf den „demi-taux global“ anzuheben, was bei einem Spitzensteuersatz von 42 Prozent demnach – immer noch günstigen – 21 Prozent entspricht. Doch im Gesetzentwurf über den Haushalt sucht man vergeblich nach den entsprechenden Gesetzesänderungen. Sie sind darin nicht enthalten.

Auf Nachfrage erklärt ein Sprecher des Finanzministeriums dem *Land*, das habe zwei Ursachen. Erstens seien die dadurch entstehenden Einnahmen nicht zu beziffern. Ein wenig glaubwürdiges Argument, da es ohnehin jedes Jahr unvorhergesehene Einnahmen gibt und auch in den vergangenen Jahren die gesetzliche Regelung der Transferpreise oder der Rulings via Haushaltsentwurf bewerkstelligt wurde. Zweitens, so der Ministeriumssprecher, fehlten zu einer umfassenden Reform die notwendigen Untersuchungen, beispielsweise darüber, wie viele Steuerzahler derzeit überhaupt einen Aktienplan als Bezahlung bekommen. Weshalb man in zwei Schritten vorgehen werde: Bis Ende des Jahres soll die Steuerverwaltung ein Rundschreiben verschicken, um den Steuersatz auf den Dividenden aus den Aktienplänen ab 2018 mit 21 Prozent zu besteuern. Im Laufe des nächsten Jahres soll dann die Besteuerung der Aktienpläne per Gesetz geregelt werden, wenn alle Daten vorliegen und „eine größere Runde gedreht“ wurde, um sich zu konsultieren.

Das Finanzministerium nutzt den Haushaltsentwurf 2018 nicht nur, um ein gutes halbes Dutzend an Fehlern in früheren Gesetzestexten zu korrigieren – mal wurde etwas vergessen, mal gibt es Sprachfehler –, sondern auch, um größere Probleme auszubügeln. Im Mai hatte der Europäische Gerichtshof gemeint, Luxemburg verstoße gegen die Grundrechtecharta der EU, weil es die Richtlinien zum Austausch von Steuerdaten auf Anfrage zwischen Steuerverwaltungen von EU-Ländern so rigoros umgesetzt hat, dass erstens die Kontrolle nicht ausreiche, um Phishing-Expeditionen auszuschließen, und zweitens den betroffenen Steuerzahlen die Möglichkeit fehle, Einspruch gegen die Übermittlung von Daten einzulegen, wenn sie glauben, dass diese unberechtigt oder irrelevant sind. So muss die Steuerverwaltung in Zukunft „s'assurer que les renseignements demandés

ne sont pas dépourvus de toute pertinence vraisemblable eu égard à l'identité du contribuable concerné et à celle du détenteur des renseignements ainsi qu'aux besoins de l'enquête fiscale en cause.“ Außerdem wird die Möglichkeit eingeführt, gegen die Datenübermittlung Einspruch vor dem Verwaltungsgericht zu erheben, das dann die Anfrage der ausländischen Steuerbehörde prüft, „afin d'exclure l'absence manifeste de pertinence vraisemblable des renseignements demandés“. Die Finanzbranche wird es sicher freuen, dass diese Prüfungspflichten und Einspruchsmöglichkeiten eingeführt werden.

Mit dem neuen Haushaltsgesetz werden außerdem die Möglichkeiten der Steuergutschriften für Investitionen ausgeweitet. Einerseits können Unternehmen beim Kauf emissionsfreier Firmenwagen von solchen Gutschriften profitieren. Andererseits können sie auch beim Kauf von Software Gutschriften erhalten – wenn sie nicht von einer verwandten Firma gekauft oder ihre interne Entwicklung ohnehin schon durch das Regime zum geistiges Eigentum abgedeckt ist. Damit Firmen wie Amazon nicht auf die Idee kommen, die Entwicklung ihrer Software im Wert mehrerer Milliarden von den Steuern abzusetzen, gibt es laut Gesetzentwurf „certaines limites“, um „contrôler l'impact budgétaire de cette mesure“. So beschränkt sich die Steuergutschrift auf acht Prozent, wenn die Software nicht mehr als 150 000 Euro gekostet hat, beziehungsweise auf zwei Prozent, wenn sie teurer war. Insgesamt darf die Steuergutschrift nicht mehr als zehn Prozent im Verhältnis zur gesamten Steuerschuld betragen.

Im Wirtschaftsministerium hat man offensichtlich die Lehren aus dem Krimi um den Grundstückserwerb für das Google-Datenzentrum gezogen. Um Liegenschaften für die Schaffung neuer Industriezonen kaufen zu können, stehen dem Wirtschaftsministerium bis 2021 65 Millionen Euro zur Verfügung. Über den gleichen Zeitraum kann das Wirtschaftsministerium die private Forschung mit insgesamt 238,5 Millionen Euro bezuschussen, wovon allerdings 120 Millionen Euro für die Weltraumforschung im Rahmen des Projekts Spaceresources.lu vorgemerkt sind.

In Zukunft muss die Steuerverwaltung Datenanfragen aus dem Ausland strenger prüfen und gegen ihre Entscheidungen, Informationen auszutauschen, kann vor dem Verwaltungsgericht geklagt werden



CSV-Abgeordnete grummelten, runzelten die Stirn, schüttelten belustigt den Kopf, scharrrten mit den Füßen. Claude Wiseler blickte ernst und musste sich später fragen lassen: „A wou géíngt Dir da spueren?“

mehr als 2017. Den größten Teil davon machen mit 7,9 Milliarden die Einnahmen aus direkten Steuern aus, die trotz Steuerreform um 4,8 Prozent gegenüber 2017 wachsen sollen. Auch die indirekten Steuern, der zweitwichtigste Einnahmenposten, sind im Haushaltsentwurf mit 6,8 Milliarden Euro höher veranschlagt als 2017 (+7,5 Prozent). Und während das Aufkommen aus den direkten Steuern trotz der Steuerreform wachsen soll, soll das aus den indirekten Steuern trotz des progressiven Wegfalls der Mehrwertsteuer auf dem elektronischen Handel zunehmen: 2018 darf Luxemburg, wie dieses Jahr, noch 15 Prozent dieser Einnahmen im Land behalten. Danach nichts mehr. Daran „kauen wir“, erklärte Gramegna. Im Mehrjahresbudget rechnet er dennoch damit, dass die Einnahmen aus den indirekten Steuern bis 2021 um 4,1 Prozent zunehmen.

Weil der Kammerwahlkampf und der große Show-down mit der CSV naht, beschränkte der Finanzminister sich diesmal nicht nur auf makroökonomische Betrachtungen rund um die Haushaltslage, sondern flocht in die Budgetpräsentation eine gute Portion Politik ein. Seit der Finanzkrise von 2008 hat die Staatsschuld zugenommen, nicht zuletzt, um Banken zu retten. Dass dadurch eine „Schuldenspirale“ entstanden sei, wirft die DP der CSV seit Jahren vor. Allerdings lag die Staatsschuld 2013 zum Amtsantritt der neuen Regierung mit 24 BIP-Prozent noch deutlich unter den laut Maastrichter Kriterien erlaubten 60 Prozent. Gramegna konnte sich am Mittwoch dafür loben, dass sie Ende 2016 nur noch 20,8 BIP-Prozent oder 11 Milliarden Euro betrug „und nicht 29,2 Prozent des BIP, wie zu unserem Amtsantritt geschätzt wurde“.

Die „Schuldenspirale nachhaltig gebrochen“ zu haben, erklärte der Finanzminister am Mittwoch mehrmals. Und dass die hohen Investitionsausgaben von knapp 2,5 Milliarden Euro zu drei Vierteln aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden sollen. Womöglich werden sie am Ende in noch höherem Umfang aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Der Budgetgesetzentwurf soll der Regierung zwar erlauben, nächstes Jahr einen Kredit über eine Milliarde Euro aufzunehmen. Davon sollen unter anderem 200 Euro in den Schienenbaufonds und 120 Millionen in den Straßenbaufonds fließen. Das Finanzministerium teilte aber auf Anfrage mit, „wahrscheinlich“ werde es gar nicht nötig, die Anleihe aufzunehmen.

In Zeiten von Niedrig- bis Minuszinsen und obwohl Luxemburg sich des Triple-A-Ratings seiner öffentlichen Finanzen erfreuen kann, scheint Kreditaufnahme zur Finanzierung von Zukunftsbauten demnach als unmoralisch zu gelten. Es könnte aber auch sein, dass die Regierung – und die DP – sich damit einen Trumpf gegenüber der CSV vorbehalten will.

Denn die Auseinandersetzung mit der größten Oppositionspartei setzte gleich nach der Haushaltsrede ein, als CSV-Fraktionspräsident und Spitzenkandidat Claude Wiseler die Finanzpolitik der Regierung „unverantwortlich“ nannte und wiederholte, was er schon oft gefragt hatte: Wann, wenn nicht in diesen konjunkturell guten Zeiten, sollte die Staatsschuld denn abgetragen werden? Und wieso nimmt die Regierung ein anhaltendes Defizit beim Zentralstaat hin? Gramegnas Trajektorie, entlang der es bis 2021 auf 89 Millionen gebracht werden soll, bezeichnete Wiseler am gestrigen Donnerstag im *RTL Radio* als ein Vermächtnis, durch das „die nächste Regierung gar keine Politikgestaltung machen“ könne.

Wiselers Klage, die DP/LSAP/Grüne-Koalition lege die nächste Regierung zu sehr auf etwas fest, ist allerdings nur eine Umschreibung dafür, dass die CSV sich offenbar noch immer ausmanövriert vorkommt, seit die Regierung das mittelfristige Haushaltsziel mit Genehmigung der EU-Kommis-

Nächstes Jahr könnte die Regierung einen Kredit über eine Milliarde Euro für Infrastrukturausgaben aufnehmen, aber das Finanzministerium hält das für „wahrscheinlich“ gar nicht nötig

sion von einem Überschuss in ein Defizit umdeutete, eine Runde Steuerentlastungen schmiss und seither die Sparpolitik des *Zukunftspak* vergessen machen will. Seitdem versucht die CSV verzweifelt, die Eurostat-Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung des Landes, die 2060 einen „1,2-Millionen-Einwohnerstaat“ ergeben könnten, als von der Regierung geplant darzustellen. Aber weil dieses Szenario Teil der Betrachtungen der Ageing Working Group der EU-Kommission zur langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind, müsste jede Panikmache vor dem 1,2-Millionen-Einwohnerstaat ehrlicherweise um Vorschläge ergänzt werden, wie bei weniger Wachstum die Renten finanziert werden sollten. Was die CSV sich bisher hütete, auch nur anzudeuten.

Und so fragte der frühere Direktor Handelskammer am Mittwoch beinahe höhnisch in den Plenarsaal der Abgeordnetenkammer, „wo würden Sie denn sparen?“, und als flexibler Liberaler bekannte er wie ein aufrechter Sozialist, „diese Regierung will, dass auch die Generationen nach uns nicht weniger Anspruch auf eine Pension haben“.

Weil es angesichts der nahenden Parlamentswahlen gar nichts bringt, von „Kopernikus“ und Sparen zu reden und es ist vorteilhafter ist, die CSV und ihren Spitzenkandidaten die Rolle des Spielverderbers spielen zu lassen, kleidete Pierre Gramegna die wichtigsten Neuerungen bei den 18,2 Milliarden Euro umfassenden Staatsausgaben in einen 13 Abschnitte umfassenden Zukunftsentwurf „für eine moderne und solidarische Gesellschaft“ und überschrieb sie mit den Schlagworten Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Kontinuität.

Nicht alles davon ist neu. Die Investitionsausgaben zum Beispiel erreichen dieses Jahr mit geplanten 2,415 Milliarden Euro zwar eine noch nie dagewesene Höhe, sind für nächstes Jahr mit 2,365 Milliarden noch immer hoch veranschlagt und sollen laut Mehrjahres-Haushaltsentwurf ab 2019 die 2,5-Milliardengrenze überschreiten. Doch dieser Umfang ergibt sich zu einem guten Teil allein schon aus den vielen laufenden und anstehenden Bauten im Eisenbahnnetz. Bauten von Straßen, Schulen oder Krankenhäusern kommen hinzu (siehe S. 5). Auch die Ankündigung, 500 neue Posten im Schulbereich zu schaffen, ist nicht wirklich überraschend angesichts des zum Schulanfang bekannt gewordenen Lehrermangels im Grundschulbereich oder der geplanten Neuausrichtung der Édiff. Unerwarteter ist dagegen, dass ab nächstem Jahr auch die Schulbücher in der Sekundarstufe gratis sein sollen, wenngleich das schon eine Zeitlang im Gespräch war (siehe S. 4). Dass es über die Steuerreform hinaus noch Verbesserungen für Unternehmen geben werde, war ebenfalls schon

im Gespräch und wird nun konkreter (siehe S. 3: „Stock-options vergeblich gesucht“).

Bemerkenswert ist, dass unter den 500 Staatsdienern, die 2018 neu eingestellt werden sollen, auch 100 für die Steuerverwaltung und 20 für die Registrierungsverwaltung vorgesehen sind. Beide Verwaltungen „brauchen mehr Personal, um ihre Arbeit machen zu können“, erklärte der Finanzminister lapidar. Spätestens an dieser Stelle zeigte sich,

wie groß der Show-Anteil an der Budgetpräsentation war, wenngleich sie am Mittwoch politischer ausfiel als sonst: Das Personal der Steuerverwaltungen aufzustocken, damit sie „ihre Arbeit machen können“, hätten schon die CSV-Finanzminister besorgen können. Wäre es Gramegna darauf angekommen, die CSV ernsthaft zu attackieren, wäre das der Moment gewesen. Denn seine Fragen nach Sparen im Wachstum waren vor allem rhetorische. Und frei von Widersprüchen ist auch der „Zukunftsent-

wurf“ der Regierung nicht. Die Dotation des Beschäftigungsfonds zum Beispiel soll nächstes Jahr nur zehn Millionen Euro betragen und ab 2020 nur noch fünf Millionen. Was vermutlich mit der Hoffnung auf weiter sinkende Arbeitslosenzahlen zu tun hat, aber dass die „dritte Industrielle Revolution“ Anforderungen an Adem und Beschäftigungsfonds stellen könnten, ist ziemlich plausibel. Und Pierre Gramegna selbst hält die Digitalisierung, neben dem Klimawandel, für ein „Risiko“.

L'HISTOIRE DE VOTRE FUTUR LOGEMENT COMMENCE CHEZ NOUS



PRÊT AU LOGEMENT. Nos conseillers vous guident et déterminent avec vous le meilleur plan de financement. Pour faire de votre projet logement la plus belle des histoires.

Plus d'informations sur **www.bcee.lu**



SPUERKEESS

Äert Liewen. Är Bank.

Banque et Caisse d'Épargne de l'État, Luxembourg, Établissement Public Autonome, 1, Place de Metz, L-2954 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 30775
www.bcee.lu, tél (+352) 4015-1

Die DP/LSAP/Grüne-Koalition investiert verstärkt in Kinderbetreuung und Bildung. Auf dass die Wähler es 2018 honorieren mögen

Nehmen und Geben



Mittelschichtsfamilien, in denen beide Eltern arbeiten, stehen im Fokus millionenschwerer Investitionen im Bereich Familie und Bildung

Ines Kurschat

Zum Schluss wurde Finanzminister Pierre Gramegna (DP) pädagogisch und sprach über „die Menschen“ hinter den Zahlen: Ein Paar mit Kindern werde künftig finanziell besser dastehen, weil es erstens vom flexibleren Elternurlaub profitiere, zweitens am Ende des Monats dank „sozial gerechter Steuerreform“ mehr im Portemonnaie habe, weil drittens ab 2. Oktober die Gratis-Kinderbetreuung beginne und viertens der Staat die Kosten für die Schulbücher übernehme. Ihnen, Mittelschichtsfamilien, in denen beide Partner arbeiten, so Gramegnas Schlusswort, gelten die diesjährigen haushaltspolitischen Maßnahmen besonders. Jetzt, wo laut Regierung die Staatsfinanzen wieder stabil sind, die Konjunktur brummt – und die Politik in Gedanken längst bei den kommenden *Chamber*-Wahlen ist.

In der Tat nimmt die DP/LSAP/Grüne-Koalition viel Geld in die Hand, um ihre Reformen in den Bereichen Familie und Soziales (Gesamthaushalt 1,57 Milliarden Euro) sowie Erziehung, Kindheit und Jugend (zwei Milliarden Euro) umzusetzen – übrigens beides Ressorts von Gramegnas liberalen Parteikollegen, Familienministerin Corinne Cahen und Erziehungsminister Claude Meisch. Allein das Budget der sprachlich zur „Zukunftskasse“ aufgemotzten Kasse für Familienleistungen, die unter anderem das Kindergeld auszahlt, wird sich 2018 auf satte 1,12 Milliarden Euro belaufen, das sind fast 19 Millionen mehr als noch 2016.

Für den flexibilisierten Elternurlaub, dessen neue Höhe auf 1.923 Euro mindestens bis maximal 3.200 Euro monatlich festgelegt wurde und der als Ersatzeinkommen dienen soll, um den Urlaub insbesondere für erwerbstätige Väter attraktiver zu machen, werden statt 74 Millionen im Jahr 2016 für das kommende Jahr 165 Millionen veran-

Die Regierung hat das heiße Eisen, die von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden geforderte Anhebung des *Revenu minimum garanti*, auf nach den Wahlen verschoben

schlagt. Der Posten könnte noch steigen: Im Mehrjahres-Haushaltsplan, den Luxemburg nach Brüssel schickt, ist die Kreditlinie für den Elternurlaub für 2021 auf 185 Millionen Euro angesetzt. Noch teurer könnte es werden, sollte der Vaterschaftsurlaub von inzwischen fünf auf zehn Tage ausgedehnt werden. Derzeit prüft die Regierung, ob derlei Pläne finanzierbar wären, ohne die Betriebe zu belasten. Wichtig ist: Die Nachricht ist draußen, das gibt gute Schlagzeilen. Eine Möglichkeit sei, hatte Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) im Juli wissen lassen, die zusätzlichen Ausgaben über die Sozialversicherung zu decken. Der Urlaub war erst von zwei auf fünf Tage heraufgesetzt worden.

Den größten Batzen, insgesamt ungefähr 156 Millionen Euro, gibt der Staat für die außerfamiliäre Kinderbetreuung aus, mit deren Hilfe die Koalition die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern will. 36,2 Millionen Euro sind für die viel diskutierte kostenlose Sprachförderung vorgesehen, die Gesamtrechnung könnte höher ausfallen. Zu den Ausgaben für Krippen, Kindergärten und Schulhorts sind jene für die staatlich anerkannten Tageseltern hinzuzurechnen, die über die neuen Tarife der *Chèques-service* ab diesem Monat ebenfalls höhere Zuschüsse erhalten. Die Ausgaben steigen von 15 auf 19,2 Millionen Euro.

Eltern, deren Kind den Sekundarschulunterricht besucht, erhalten ab 2018 Schulbücher gratis, dafür stellt der Staat 14,5 Millionen Euro bereit. Das macht Sinn angesichts des *Digital4Education*-Ziels: Es würde erlauben, schneller auf Online-Materialien umzusteigen. Durchschnittlich 300 bis 500 Euro geben Eltern für Schulbücher pro Jahr aus, je nachdem welches Lyzeum und welche Ausbildung ihr Kind besucht. Bisher sind lediglich die Bücher für die Grundschule gratis.

Nach den Sparmaßnahmen durch den umstrittenen *Zukunftspak* zu Beginn der Legislaturperiode investiert die Regierung ein Jahr vor den Parlamentswahlen also kräftig in Familien und Bildung. Allein für die Grundschulen belaufen sich die Gesamtausgaben für 2018 auf 565 Millionen Euro, Tendenz laut Mehrjahresplan steigend (bis 2021: 646 Millionen). Für die Sekundarschulen sind es 595 Millionen Euro (für 2021: 691 Millionen).

Die neuen Regionaldirektionen zur Schulaufsicht und -beratung schlagen mit 8,5 Millionen Euro zu Buche, das sind 3,4 Millionen Euro mehr als noch 2016. Das hängt damit zusammen, dass zwar die Anzahl der Büros von 23 Inspektoraten landesweit auf 15 Regionaldirektionen gesenkt wurde, dafür aber die Direktionen mit mehr Leitungspersonal ausgestattet wurden. Das kostet. Hinzu kommen neue Ausgaben für die 40 Speziallehrer für die Grundschulen, die 2018 eingestellt werden sollen. Zählt man die Kosten für die bewilligten (gebraucht werden mehr) 105 Lehrer in den Grund-, den 121 Lehrern für die Sekundarschulen und für die 224 Kinderbetreuer hinzu, kommen erhebliche Mehrkosten für Personal auf den Staat zu. Wobei fraglich ist, wie schnell diese Lehrkräfte eingestellt werden können. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass weit weniger geeignete Kandidaten gefunden werden, als gesucht.

Die Regierung investiert nicht nur in die öffentliche Bildung, auch die privaten Schulen kommen unter der sozialliberalen Koalition in den Genuss von deutlich mehr Zuschüssen: Ihr Etat steigt von 86,5 Millionen auf 92,4 Millionen Euro für 2018; bis 2021 sind 98,3 Millionen Euro veranschlagt, was nicht zuletzt daran liegt, das mehr Eltern ihre Kinder in Privatschulen anmelden und laut Ministerium die Kosten pro Schüler allgemein steigen.

Auch für pädagogisch-konzeptuelle Projekte macht die Regierung Geld locker. Der Service de coordination de la recherche pédagogiques et technologiques bekommt sechs Millionen Euro mehr, sein Budget beläuft sich insgesamt auf 24,3 Millionen Euro, was damit zu erklären ist, dass der Script die Umsetzung verschiedener Reformen koordiniert und inhaltlich vorbereitet. Von dort stammt etwa die Vorarbeit zur durchgehenden Sprachförderung vom Kleinkindalter bis *Première*, neue didaktische Materialien, sowie Instrumente zur Diagnose.

Die *Éducation différenciée* wird, allen Unkenrufen zum Trotz, nicht abgebaut. Laut Budgetentwurf erhöhen sich die Ausgaben von 57,9 Millionen (2016) auf fast 60 Millionen Euro. Das liegt vor allem am Personal: Claude Meisch will die mobilen sonderpädagogischen Förderteams personell verstärken, die ab Herbst in den Regelschulen Kinder mit spezifischem Förderbedarf unterstützen. Im Haushalt 2018 sind 42 Posten bewilligt. Die Investitionen in die öffentliche Schule sollen allen Kindern, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, gleichermaßen zugutekommen. Inwiefern Meischs Schulreformen das Versprechen verbesserter Bildungschancen einlösen kann, bleibt indes abzuwarten. Bescheiden ist der Etat für das neue nationale Bildungsobservatorium und für die an sich drei Mediationsstellen ausgefallen, die aus Kostengründen zu einer zusammengeführt wurden: Er beläuft sich insgesamt auf 30.000 Euro.

Der Staat erhöht auch die Ausgaben für Kinder und Familien in Not: Für das Office national de l'enfance sind 91,3 Millionen Euro vorgesehen, das sind fast 10,1 Millionen Euro mehr als noch 2016. Darunter fallen steigende Ausgaben für ambulante Therapie- und Erziehungshilfen, die unter anderem bedingt sind durch das anhaltende Bevölkerungswachstum. Für Kinderheime und weitere stationäre Angebote im Bereich der Kinder- Jugendhilfe sind insgesamt fast 24 Millionen Euro vorgesehen.

Die Reform des *Revenu minimum garanti*, künftig *Revis (Revenu d'inclusion sociale)* genannt, ist ein weiteres Vorzeigeprojekt von Ministerin Corinne Cahen. Im Budget sind für 2018 5,3 Millionen für zusätzliche Betreuungsangebote von *Revis*-Empfängern vorgesehen, allerdings könnten diese Kosten bis 2021 bis auf 15,9 Millionen Euro steigen. Insgesamt beziffert der Entwurf die Staatsausgaben für den *Revis* auf 185,2 Millionen für 2018, für die *Allocation de vie chère* auf 36,2 Millionen Euro. Für die sogenannte Aktivierung von Erwerbslosen, Kernidee der neoliberalen Reform, investiert der Staat in mehr Personal. Die Höhe des RMG selbst bleibt indes unverändert, obwohl Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen darauf drängen, sie anzuheben. Die Regierung hat das heiße Eisen auf nach den Wahlen vertagt und lieber eine Studie beim Wirtschafts- und Sozialrat zur Entwicklung der Mindestlöhne in Auftrag gegeben. Langeitarbeitslosen sollen staatlich subventionierte Kombi-lohn-Maßnahmen den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern. Ihre Zahl wurde auf 400 Stellen begrenzt. Bei den Ärmsten der Armen, darunter die Versorgung der Wohnungslosen, wurde das Budget erhöht: von 13,8 auf 19,7 Millionen Euro. Der staatliche Zuschuss für die Sozialämter der Gemeinden bleibt nahezu unverändert bei zehn Millionen Euro.

Weil wegen des Kriegs in Syrien und in den Nachbarländern die Zahl der Asyl suchenden Flüchtlinge rasant gestiegen ist, wird der Etat der Ausländerbehörde Olai von 33,3 Millionen im Jahr 2016 auf 42,7 Millionen Euro für 2018 erhöht. Mit den Geldern finanziert der Olai vor allem die Unterbringung in Flüchtlingsheimen, Integrationskurse und betreuendes Personal. Am 1. September startete das mit 500.000 Euro dotierte dreiphasige *Pia*-Programm (*Parcours d'intégration accompagné*), das Flüchtlinge bei der Integration unterstützen soll. Die Flüchtlingsfrage könnte, neben der Sprachenpolitik, beim Wahlkampf 2018 eine Schlüsselrolle spielen. Wohl nicht umsonst betonte Finanzminister Pierre Gramegna in seiner Rede am Mittwoch, die 21,8 Millionen Euro, die die Regierung 2018 zusätzlich für Flüchtlinge bereitstellen werde, seien nicht nur für Unterbringung und Betreuung gedacht, sondern auch für „Hilfen für ihre Rückführung“.



La « mère de toutes les infrastructures » au Luxembourg : l'arrêt Pfaffenthal-Kirchberg, avec son funiculaire reliant les deux plateaux en un peu plus d'une minute

josée hansen

C'est une balafre gigantesque, une entaille violente dans la verdure ondoyante de la côte d'Eich. De nuit comme de jour, le titanesque chantier de l'arrêt ferroviaire Pfaffenthal-Kirchberg, avec son funiculaire disproportionné, rappelle que l'homme, même écolo, reste bien le principal prédateur de la nature. Préparé jadis par Claude Wiseler (CSV), mais voté sous la mandature de François Bausch (Déi Gréng), en 2014, ce « point multimodal » permettra de relier rapidement le Pfaffenthal au Kirchberg, le train venant du Nord ou du Sud et de l'Ouest et le tram roulant sur le plateau du Kirchberg. Les quarante mètres de différence de niveau seront franchis par des funiculaires comme on en connaît de ses classes de neige. Les architectes du projet, le bureau Paczowski & Fritsch (qui a également signé le nouvel aéroport du Findel) écrivent sur leur site que « le funiculaire s'insère harmonieusement dans le paysage et son tracé respecte les chemins et la végétation existants », et de vanter le côté « léger » et « filigrane » d'une infrastructure qu'on ne peut que ressentir comme massive et invasive. Coût de l'opération : 97 millions d'euros. François Bausch, qui a visité de chantier avec le Premier ministre Xavier Bettel (DP) et la bourgmestre de la capitale Lydie Polfer (DP) en août, ne cesse de promouvoir cette nouvelle gare qui ouvrira le 10 décembre, accompagnant ses tweets de smileys rougisants et autres signes d'enthousiasme.

« Malheureusement, il a été oublié pendant des décennies d'adapter les infrastructures au nombre croissant de la population », regrettait le ministre des Finances et du Budget Pierre Gramegna (DP) lors de son discours pour le dépôt du projet de budget d'État 2018 ce mercredi 11 octobre à la Chambre des députés. « Nous sommes en train de rattraper cela. Ce gouvernement investit massivement afin de développer le réseau des routes et le transport public,

de construire des écoles et de créer des logements ». Si la population va prévisiblement croître à un million d'habitants d'ici 2060, selon le Statec, autant être prêt, affirme le ministre. En 2018, le gouvernement investira en tout 2,365 milliards d'euros ou 4,1 pour cent du PIB ; à moyen terme, de 2019 à 2021, cet investissement se situera à un niveau élevé de 2,5 milliards d'euros annuels. Pour la période 2014-2018, la croissance annuelle des investissements publics était de plus 7,9 pour cent en moyenne annuelle, lit-on dans le projet de budget pour 2018.

Ce qui, sous les précédents gouvernements, a toujours été communiqué comme une bonne chose. Car « quand le bâtiment va, tout va », les investissements publics génèrent de l'activité des entreprises de construction et des secteurs connexes, ce qui est bon pour l'emploi, etc. Mais Pierre Gramegna parle presque des investissements sur un ton défensif, comme si c'était un mal nécessaire de la gestion budgétaire. Comme les années précédentes, il n'arrive pas à créer du rêve, à rendre ces investissements symboliques. Le gouvernement Bettel/Schneider/Braz investit, mais il ne lance pas de grands projets qu'on retiendra comme significatifs de sa mandature. Si les gouvernements Juncker restent dans la mémoire avec les monuments culturels – Philharmonie, Mudam, etc –, de la cité universitaire à Belval et des lycées, l'actuel aura été celui des gares, des rails et des routes. C'est bien sous le règne de l'ancien militant écologiste François Bausch, jadis opposant passionné à la Nordstrooss, qu'a été déposé le projet de loi pour l'élargissement de l'autoroute A3 en direction de Metz à deux fois trois voies (projet déposé en mai de cette année ; budget : 356 millions d'euros).

La plupart des gros investissements de l'État sont réalisés par le biais des fonds spéciaux – du rail,

des routes, d'investissements administratifs ou scolaires... – et donc assez discrètement « cachés » dans le projet de budget. La liste des constructions, assainissements, réhabilitations, redressements ou réhabilitations de routes régionales, de ponts, de murs et d'ouvrages d'art fait pas moins de quatre pages A4 dans le document. Les frais occasionnés par les infrastructures du Ban de Gasperich, de l'échangeur de Burange, l'entretien lourd de la grande voirie ou les décomptes de projets monumentaux comme la route du Nord, la liaison Micheville ou encore du contournement de Junglinster tombent tous dans la comptabilité du fonds des routes. Selon le projet de budget pluriannuel, ses dépenses se situent à 347 millions d'euros cette année, aux alentours de 350 millions les années suivantes.

Le Fonds du rail, lui, travaille intensément au développement d'une infrastructure de transport public qui soit à même d'assurer les objectifs du Modu, « mobilité durable », mis en place dès 2012 et favorisant les moyens de transports alternatifs à la voiture, dont le rail est l'épine dorsale. En 2018, le Fonds du rail investira 282 millions d'euros dans des « projets-phares » comme la mise à double voie du tronçon entre Hamm et Sandweiler, la nouvelle ligne entre Luxembourg et Bettembourg, le renouvellement de la ligne du nord ou le pôle d'échange Howald. La construction du tramway – extensions vers la Cloche d'or et le Findel – coûtera 228 millions d'euros d'ici 2021. Le Fonds du rail dépensera en tout et pour tout 525 millions d'euros en 2018, jusqu'à 627 millions en 2021, c'est énorme.

Étonnamment, les très grands projets de construction ne sont plus guère discutés en public. Comme les 530 millions d'euros que le gouvernement investira dans le préfinancement de la construction du Jean

Si les gouvernements Juncker restent dans la mémoire avec les monuments culturels – Philharmonie, Mudam, etc – et des lycées, l'actuel aura été celui des gares, des rails et des routes

Monnet 2, qui abritera la Commission européenne au Kirchberg par exemple, les 110 millions du Lycée technique pour professions de santé ou les 60 millions d'euros que coûtera l'extension et la rénovation du Lycée Michel Rodange. Alors que Pierre Gramegna vante les 2,2 millions d'euros que coûtera l'acquisition de 6 000 iPads pour que les élèves luxembourgeois réussissent la transition vers le numérique (sans qu'aucun concept pédagogique n'ait été publié jusqu'à présent), ou qu'il évoque les 500 postes d'enseignants supplémentaires qui seront créés l'année prochaine, il ne s'est pas attardé sur les nombreuses extensions et modernisations de lycées nécessaires face à la croissance spectaculaire du nombre d'élèves. La commission parlementaire du Développement durable en discute actuellement au moins sept – réaménagement du Campus Geesseknäppchen, ECG, Lycée Clervaux (extension, déjà), nouveau Michel Lucius au Kirchberg, Arts et métiers et Lycée de garçons Esch-Alzette (mises en conformité) et un nouveau lycée à Howald. En tout, 26 projets pour 407 millions d'euros sont listés dans le projet de budget sous la responsabilité du Fonds d'investissements publics scolaires. Les plus chers sont l'École de la deuxième chance, 38 millions d'euros, ou les infrastructures communes à Ettelbruck, 32 millions.

Rien de marquant au Fonds d'investissements publics administratifs non plus : une soixantaine de projets de mise à niveau, réaménagements, adaptations etc y valent des dépenses de l'ordre de un milliard d'euros – le fait que les investissements soient budgétisés n'équivaut toutefois pas une rapide réalisation, comme le prouvent les seize millions bloqués depuis une décennie pour le réaménagement des Rotondes en espace culturel (seule

la Rotonde 1 a été réaménagée jusqu'à présent). 25 millions d'euros y sont toutefois déjà prévus pour l'aménagement de l'actuelle Bibliothèque nationale en galerie d'art luxembourgeois et l'accueil plus le foyer de la Philharmonie seront agrandis pour douze millions d'euros. Le Fonds d'investissements publics sanitaires et sociaux comporte, parmi les 24 projets listés dans le projet de budget à hauteur de 240 millions d'euros, plusieurs rénovations ou agrandissements de foyers pour demandeurs de protection internationale, notamment le centre Héliar à Weilerbach, dont les travaux sont en cours. Le sport n'est pas oublié : Pierre Gramegna annonça avec euphorie qu'avec les 120 millions d'euros que le gouvernement investit dans le cadre du onzième plan quinquennal seront construits « quinze halls sportifs et trois terrains de football ».

Par contre, les dépenses militaires sont discrètement tues dans le discours du ministre des Finances : s'il ne reste plus que des broutilles à payer de l'avion militaire A400M, d'autres investissements en plus petits équipements et, notamment, dans le programme GovSat équivalent à des dépenses de 133 millions du Fonds d'équipement militaire cette année, jusqu'à 187 millions en 2021.

L'obsession du nombre, cette impression de trop-plein rappelle beaucoup le comportement de nouveaux riches : afficher son bien-être matériel en parlant bien haut de ce qu'on peut se payer. « La crise est terminée ! » déclarait Pierre Gramegna à la tribune du Parlement mercredi, et les nombreuses pelle-teuses et grues qui décorent le paysage signifient que l'économie, ça boume au Luxembourg. Et les investissements militaires, c'est l'alarme du nouveau-riche.



Le ministre des Finances et du Budget Pierre Gramegna (DP) annonce des « investissements publics historiquement élevés » à hauteur de 2,4 milliards d'euros pour 2018. Sans toutefois définir d'accents

Leitartikel

Farewell, Wolfgang

Michèle Sinner

Nach acht Jahren im Zentrum der europäischen Finanzpolitik nahm der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Anfang der Woche in Kirchberg Abschied von der Eurogruppe, um in Berlin Bundestagspräsident zu werden. In acht Jahren Eurokrisen-Management wurde Wolfgang Schäuble zum Sinnbild für Finanzpolitik deutscher Art. Dazu braucht es mindestens einen ausgewogenen Haushalt, besser deutliche Überschüsse, Strenge, Disziplin bis zur Selbstentsagung, und auch ein paar Prozent Inflation sind des Guten schon zu viel. Das alles verrührt man so lange und unerbittlich, bis die Griechen aus dem Euro fliegen.

Mit seinem verkniffenen Gesichtsausdruck war Schäuble der ideale Gegenspieler für die Rockstars im griechischen Finanzministerium, wie Yannis Varoufakis und Euklid Tsakalotos, und in dieser Rolle eroberte er die Herzen des Luxemburger Publikums. Nicht nur, weil sich neben ihm als Unerbittlichen der frühere Chef der Eurogruppe Jean-Claude Juncker als der barmherzige Freund der einfachen Leute profilieren konnte, als den ihn die Luxemburger lieben, und der Griechen, Spaniern, Portugiesen und Italienern gerne entgegengekommen wäre, hätte man ihn nur gelassen. Sondern weil Schäuble mit seiner Politik seine schützende Hand über das europäische Bankensystem hielt. Indem

er die Wahl zwischen arbeitslosen Bankiers im Norden und hungrigen Schulkindern im Süden zugunsten der Bankiers entschied, war ihm die Zuneigung Luxemburgs gewiss.

Der ewige Thronfolger von Helmut Kohl kann wie Jean-Claude Juncker zur Generation der „alten“ konservativen Gründerväter der Europäischen Union gezählt werden, welche die „jungen“ Liberalen wie Emmanuel Macron, Charles Michel und Xavier Bettel stürzen wollen. Im Krieg geboren und in der Nachkriegszeit aufgewachsen, ist seine Erinnerung an die Kriegsfolgen authentischer als die anderer und deshalb war die Unversehrtheit der EU ihm ein Anliegen. Auch wenn er von einer Vergemeinschaftung der Schulden nichts wissen wollte, nahm er Rücksicht auf kleine EU-Mitgliedstaaten, die die Stabilitätskriterien erfüllten. Denn Schäuble ist ein Kind der Zeit vor der neuen Steuertransparenz. Wollte sein Amtsvorgänger schon die Kavallerie schicken, um die Steueroase Luxemburg zu besetzen, traf sich Schäuble bereitwillig mit den deutschsprachigen Finanzministern aus Österreich, Luxemburg, Liechtenstein und der Schweiz. Mit den letzten Bastionen des Bankgeheimnisses teilte er nicht nur sprachliche Affinitäten. Als Geständiger in der CDU-Spendenaffäre, der von einem Waffenhändler Spendengelder entgegen-

nahm, war ihm die Aufstöberung von Schwarzgeldkonten in den Nachbarstaaten vielleicht nicht die gleiche Herzensangelegenheit wie seinem Amtsvorgänger.

Mit Wolfgang Schäubles Rückzug in den Bundestag verliert die Luxemburger Wirtschaft nicht nur ein Vorbild in Sachen Haushaltspolitik, sondern einen treuen Freund und Verbündeten. Sein Nachfolger könnte neuesten Spekulationen in deutschen Medien zufolge der liberale FDP-Politiker Christian Lindner (Jahrgang 1979) werden. Er steht für Steuersenkungen, ist gegen die Aufnahme neuer Schulden und will, dass in Zukunft nicht die Politiker von der Kommission und die Finanzminister der Mitgliedstaaten überwachen, wer die Stabilitätskriterien einhält, sondern eine „unabhängige“, also mit Technokraten besetzte, Institution. Einer großen Freundschaft mit Finanzminister Pierre Gramegna (DP) steht demnach im Prinzip nichts im Weg. Vielleicht traut sich Gramegna auch deshalb, Ansprüche auf die Nachfolge von Jeroen Dijsselbloem an der Spitze der Eurogruppe zu erheben, weil er sich Unterstützung von seinem jungen Parteifreund erwartet. Ob ein Vertreter der Generation Golf sich als ebenso zuverlässiger und rücksichtsvoller Partner herausstellt wie einer der Nachkriegsgeneration, muss sich noch herausstellen.



Kundengeschenke heißen mit Firmennamen bedruckte Kugelschreiber, Flaschenöffner, Schlüsselanhänger, USB-Stifte und Feuerzeuge. Vor vier Jahren hatte es sich die moderne Sparkoalition von DP, LSAP und Grünen zum Ziel gesetzt, die Abgeordneten von der sorgfältigen und damit kritischen Lektüre des Staatshaushalts abzubringen. Seither verteilt die Regierung ihnen voller Stolz auf ihre Bibliophobie die Haushaltsdaten auf den jeweils geschmacklosesten Kundengeschenken der Saison. Das ist dem Finanzminister diese Woche wieder mit besonderer Bravour gelungen. rh.

blog

Personalien	Personalien	Politik	Bildung	Umwelt	Recht
-------------	-------------	---------	---------	--------	-------

Xavier Bettel,



Premierminister (DP), besucht am nächsten Mittwoch im Rahmen einer Russlandreise zusammen einer Zwangsrekrutierendelelegation das ehemalige Gefangenenlager von Tambow. Nach der Befreiung war der Exilregierung aus CSV und Sozialisten vorgeworfen worden, die Rückführung der in Russland gefangenen Zwangsrekrutierten verschleppt zu haben, damit sie nicht an den Wahlen im Oktober 1945 teilnehmen und ihre Unzufriedenheit ausdrücken konnten. Die Historikerin Inna Ganschow wirft der Regierung in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift *Forum* zudem einen „Menschenhandel“ vor: Als Gegenleistung für die Entlassung Luxemburger Zwangsrekrutierter aus russischer Kriegsgefangenschaft seien russische Zwangsarbeiter, die von den Nazis nach Luxemburg verschleppt worden waren, gegen ihren Willen nach Russland abgeschoben worden. rh.

Lydia Mutsch,

Chancengleichheitsministerin (LSAP), zeigte sich erfreut über den vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen veröffentlichten Gleichstellungsindex 2017, der den sarkastischen Titel *Fortschritte im Schneckentempo* trägt. Auf einer bis 100 reichenden Skala zur Bewertung der Gleichheit zwischen den Geschlechtern bekamen Spitzenreiter Schweden 82,6 Punkte bescheinigt und Schlusslicht Griechenland 50. Luxemburg wurde Neunter und kam knapp über den EU-Durchschnitt von 66,2 Punkten: auf 69 Punkte gegenüber 65,9 Punkte vor zwei Jahren. rh.

Blanche Weber,

Präsidentin, reichte vergangene Woche im Name des Mouvement écologique eine Klage gegen das Landwirtschaftsministerium bei der Generaldirektion für Landwirtschaft der Europäischen Kommission ein. Die Europäische Richtlinie 2009/128 schreibe nämlich vor, dass jeder Mitgliedsstaat bis 2012 einen nationalen Aktionsplan über Schädlingsbekämpfungsmittel ausarbeiten müsse. Trotz aller Bitten und Mahnungen habe die Regierung aber bis heute keinen solchen Plan vorgelegt. rh.

Notstandsartikel

In zweiter Lesung verabschiedete das Parlament am Mittwoch die bereits einmal am 1. Juni von 50 Abgeordneten gestimmte Revision von Notstandsartikel 32.4 der Verfassung, mit dem die Gewaltentrennung aufgehoben werden kann. Im Fall „de crise internationale, de menaces réelles pour les intérêts vitaux de tout ou partie de la population ou de péril imminent résultant d’atteintes graves à la sécurité publique“ darf die Regierung zehn Tage lang ohne Parlament und danach mit dem Segen des Parlaments mit Reglementen Gesetze und damit bürgerliche Freiheiten außer Kraft setzen. Der Staatsrat hatte schon 2013 vorgeschlagen, die Verhängung des Notstands nicht mehr auf internationale Krisen zu beschränken. Nach den Terroranschlägen im November 2015 in Paris wollte die Regierung Kritiken der CSV vorbeugen und zur Demonstration politischer Handlungsfähigkeit nicht mehr länger die geplante große Verfassungsrevision abwarten, um den Artikel zu ändern. CSV, LSAP, DP und Grüne waren am Mittwoch erneut geschlossen für den Notstand. Weil diesmal auch Lydie Polfer (DP) an der Abstimmung teilnahm, stimmten 51 Abgeordnete dafür, die fünf Abgeordneten von ADR und déi Lénk waren, teilweise aus entgegengesetzten Gründen, dagegen. rh.

Nicht ohne sie

Der Landesverband, der gut 40 Prozent der rund tausend Lehrbeauftragte (*Chargés de cours*) in den Grundschulen vertritt, fordert die Regierung auf, deren Arbeitsbedingungen endlich zu verbessern. Dabei geht es der Gewerkschaft, die am Donnerstag gemeinsam mit dem SEW-OGBL vor die Presse trat, vor allem um die Anpassung bei der Alters-*Décharges* und der *Tâche* an die der Grundschullehrer. Außerdem verlangt die Gewerkschaft einen verbesserten zweiten Bildungsweg, der es Ersatzlehrern erlauben würde, zu unterrichten und gleichzeitig den Bachelor in Erziehungswissenschaften an der Uni Luxemburg nachzumachen. Im Prinzip gibt es diesen schon, viele Lehrbeauftragte bestehen das Zugangsexamen aber nicht. Der Landesverband spricht von „schlechtem Willen“ auf Seiten der Uni. Mit seiner Aktion erhöhen die Gewerkschaften den Druck auf Erziehungsminister Claude Meisch (DP), der wegen der Personalknappheit im öffentlichen Bildungswesen in der Kritik steht. Ohne *Chargés de cours* ist kein regulärer Schulbetrieb möglich. ik

Machenschaften

Die Staatsanwaltschaft teilte am Donnerstag mit, dass ihre Jugendschutzabteilung eine kommerzielle Kinderkrippe in Bous schließen ließ. Grund seien „Machenschaften, die das Wohlergehen der Kinder beeinträchtigen können“. Die Eltern sowie das Erziehungsministerium seien über die amtliche Schließung informiert worden. Die Polizei von Grevenmacher habe eine Untersuchung eingeleitet. rh.

Feuerwerk am Abklingbecken

Um zu zeigen, wie anfällig Atomkraftwerke und ihre Abklingbecken sind, in denen abgenutzte Brennstäbe gelagert werden, drangen Aktivisten von Greenpeace Frankreich gestern morgen ins AKW Cattenom ein und zündeten an dessen Abklingbecken ein Feuerwerk (Foto: Greenpeace France). Eine Spezialeinheit der Gendarmerie nahm die Aktivisten fest, gegen die die Kraftwerksbetreiberin EDF Klage erhob. Der Luxemburger Zivilschutz übernahm eine Mitteilung der EDF, zu keinem Zeitpunkt habe eine Gefahr für die Reaktoren bestanden. Die Greenpeace-Leute seien gar nicht im Reaktorbereich gewesen. Dem französischen Recht nach riskieren die Aktivisten bei einer Verurteilung Geldstrafen von bis zu 75 000 Euro und bis zu fünf Jahre Gefängnis. pf



Prinzip der Gewaltentrennung

Nach der Menschenrechtskommission kritisiert auch die Vereinigung der Strafverteidiger Elemente der Reform des Strafvollzugs von Justizminister Félix Braz (Déi Gréng). Besonderer Stein des Anstoßes ist das Vorhaben, die Strafvollzugsverwaltung (*Exécution des peines*) bei der Generalstaatsanwaltschaft zu belassen, eine Grundsatzfrage. Dies sei mit dem Prinzip der Gewaltentrennung und der Unparteilichkeit nicht vereinbar, warnen die Strafverteidiger in ihrem Gutachten. Immerhin habe die Staatsanwaltschaft zuvor oft Monate oder Jahre damit verbracht, dem/der inhaftierten Täter/in eine Tat nachzuweisen und seine/ihre Verurteilung voranzutreiben. Im allerersten Entwurf der Strafvollzugsreform war noch eine unabhängige Behörde vorgesehen, auf Druck der Generalstaatsanwaltschaft wurde diese Prinzipien-treue jedoch über Bord geworfen. ik

In eigener Sache

Die Vorgänge der letzten Wochen unterstrichen die Bedeutung einer von politischen und wirtschaftlichen Interessen unabhängigen Presse. Um seine wirtschaftliche und damit redaktionelle Unabhängigkeit abzusichern, erhöht *d’Lëtzebuurger Land* ab dieser Ausgabe seinen Verkaufspreis. Eine Einzelausgabe kostet 4 Euro, das Jahresabonnement 140 Euro, das Studentenabonnement 75 Euro.

Deutschland / Europa

Etikettenschwindel

Martin Theobald, Berlin

Nun ist es ein Richtwert, keine Obergrenze, der Verhandlungen in Deutschland zu einer sogenannten Jamaika-Koalition ermöglichen soll. Vor Beginn der Sondierungsgespräche zwischen Christdemokraten, Christsozialen, Liberalen und Grünen haben sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer auf eine neue Sprachregelung geeinigt. Seehofer glaubt tatsächlich, allein mit dem Instrument „Obergrenze“ die rechtsradikale AfD pulverisieren und das konservative Wählerpotenzial in Deutschland hinter CDU und CSU vereinen zu können. Er übersieht dabei, dass schon allein eine Obergrenze an sich, für AfD-Sympathisanten zu viel der Zugeständnisse an Flüchtende ist, denn sie wenden sich gegen jedwede Zuwanderung.

Die Diskussion um den Obergrenzen-Richtwert hat seine europäische Dimension. Im vorvergangenen und letzten Jahr flüchteten mehr als eine Million Menschen in die Europäische Union. Die Regeln der Union für deren Aufnahme funktionierten nicht mehr, denn eigentlich sollte derjenige Staat für die Flüchtenden zuständig sein, in dem die Menschen zuerst EU-Boden betraten. Eine Komfortzone für alle mittel- und nordeuropäischen Mitgliedsstaaten, doch Griechenland oder Italien waren dem Ansturm nicht mehr gewachsen. Viele reisten weiter nach Deutschland.

Zu Beginn des diesjährigen Bundestagswahlkampfs forderte die CSU daher eine Obergrenze für Flüchtlinge: Nur noch 200 000 Menschen dürfen nach Deutschland. Pro Jahr. Er untermauerte seine Forderung mit einem Rechtsgutachten von Udo di Fabio, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht. Quintessenz dessen, so Seehofer: Eine unkontrollierte Einreise sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Di Fabio schreibt, dass die Bundesregierung

„zumindest einstweilen die gesetzmäßige Sicherung der Bundesgrenze gewährleisten“ müsse, wenn die Flüchtlingskrise nicht durch eine europäische Lösung bewältigt werden kann. Eine Obergrenze kommt in dem di Fabio-Papier allerdings nicht vor.

Doch europäisches Recht geht vor deutschem. Demnach ist Deutschland an die Dublin-Verordnung gebunden, die genau vorgibt, welcher Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Christine Langenfeld, Mitglied im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, dazu: „Eine feste Obergrenze für Schutzbedürftige ist mit dem europäischen Recht nicht vereinbar.“ Wenn sich andere EU-Staaten nicht mehr an die Dublin-Regeln hielten, rechtfertige dies keinesfalls, dass auch die Bundesrepublik diese Vorgaben nicht beachte. Daniel Thym, Dozent unter anderem für Europarecht an der Universität Konstanz, dazu in der Tageszeitung *Münchner Merkur*: „Wenn man Menschen an der Grenze zurückweisen will, muss man nicht den Umweg über die Obergrenze gehen.“ Im Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise in der Europäischen Union (AEUV) seien „die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit“ festgeschrieben. Eine Notstandssituation mache das Abweichen vom EU-Recht möglich. Wenn denn tatsächlich eine solche Notstandssituation vorliegt. Hierüber streitet die politische Elite.

Doch in Hinblick auf Europa drängt sich aus der Diskussion um Obergrenze oder Richtwert vor allen Dingen eine Frage auf: Was folgt daraus – sollte der Flüchtlingsdeal mit der Türkei scheitern, die Regierungen entlang der Balkan-Route diese wieder freigeben und es zu einem neuerlichen Zustrom

Deutschland ist, wie die anderen EU-Staaten, an die Dublin-Verordnung gebunden, die vorgibt, welcher Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist



Die Forderung der CSU nach einer Obergrenze bereitet nicht nur Angela Merkel Kopfweh

von Flüchtlingen nach Mitteleuropa kommen, und Deutschland auf eine Obergrenze beharren?

Der geplanten Jamaika-Koalition haben Horst Seehofer und seine Christsozialen einen Bärendienst erwiesen – an dem Tag, an der er die Begrenzung im Bayernplan, dem Wahlkampfprogramm der CSU, festschrieb und damit seinen Wählern versprach. Nun konnte er nicht anders, als darauf zu beharren, denn es geht um sein Amt und um seine Posten. Mögliche Nachfolger sägen in München schon am Stuhl des CSU-Parteivorsitzenden. Er bringt

lieber Bundeskanzlerin Merkel in eine verzwickte Verhandlungsposition, denn seine Gedankenspiele – auch im europäischen Rahmen – zu Ende zu denken. Für die anstehenden Koalitionsverhandlungen bedeutet dies, dass nun alle Parteien von ihren Maximalpositionen abweichen müssen. Mit mehr oder weniger Gesichtsverlust. Dabei hilft ein Blick in die Statistik: Nur etwa ein Prozent der Menschen, die sich in Deutschland als Flüchtlinge registrieren lassen, sind asylberechtigt. Wirtschafts- und Demografieexperten fordern schon lange, dass Deutschland aufgrund seiner schrumpfenden Bevölkerung eine

jährliche Zuwanderung von etwa 400 000 Menschen benötigt. Die Politik möge den kleinsten gemeinsamen Nenner der beiden Positionen finden, unter Berücksichtigung geltenden europäischen Rechts.

Außen vor sind die Wähler, denen wieder Wortklaubereien als Visionen und Lösungskompetenz verkauft werden. Verknappte Schlussfolgerung daraus: Menschen wenden sich weiter von etablierten Parteien ab, um sich radikalen oder extremen Parteien zuzuwenden, was beim Establishment wieder Aktionismus hervorruft.

La migration bouscule l'Europe centrale

L'aide telle qu'Orban la comprend

Mirel Bran, Bucarest

On les voit de plus en plus souvent sur les boulevards de Bucarest ou dans les grandes villes roumaines. Épuisés, le regard perdu dans leur rêve de se rendre à l'Ouest, et plus précisément en Allemagne, des Africains et des Asiatiques foulent depuis quelques semaines la terre roumaine. Les Roumains ont commencé à découvrir cette nouvelle espèce humaine : les migrants. Officiellement il n'y en aurait que quelques centaines, mais dans la réalité, on les compte par milliers depuis qu'ils ont choisi la Roumanie comme pays de transit vers l'Europe occidentale en quête d'une vie meilleure. Depuis le mois d'août ce pays est devenu attractif pour les candidats à l'immigration, car de plus en plus d'obstacles se dressent sur la Méditerranée, dont l'interdiction faite aux ONG de patrouiller au large de la Libye pour les secourir. « Nous avons déjà accueilli 700 réfugiés et nous sommes prêts à en accueillir 1 942 de plus », a affirmé le ministre roumain des Affaires étrangères Teodor Melescanu.

C'est la première fois que la Roumanie se trouve confrontée à une telle situation. L'image d'un pays pauvre et corrompu, même si elle ne correspond plus à la réalité, a tenu les migrants à distance et les a poussés à choisir d'autres routes vers l'Europe de l'Ouest. Mais la donne risque de changer en raison des obstacles auxquels ils se heurtent. Le choix de la Méditerranée est risqué depuis la nouvelle législation et

en Europe centrale ils se heurtent au mur de barbelés construit par la Hongrie à la frontière avec la Serbie.

Les migrants ne sont pas les bienvenus en Europe centrale. Les pays du groupe de Visegrad – Hongrie, Pologne, République Tchèque et Slovaquie – s'opposent fermement à leur installation sur leur territoire. Le 6 septembre, la Cour de justice de l'UE a retoqué l'ensemble des arguments du groupe de Visegrad qui avait montré son hostilité à la politique migratoire de l'UE en votant contre ses quotas en septembre 2015. « Il est temps de travailler dans l'unité et de mettre pleinement en œuvre la solidarité », avait déclaré dans ce contexte le Commissaire européen aux migrations Dimitris Avramopoulos. Mais cet appel n'a en rien changé l'opinion des autorités hongroises sur les migrations. « La décision de la Cour est un désastre pour le gouvernement, a répliqué le ministre hongrois des Affaires étrangères Peter Szijjarto. Elle met en danger la sécurité et l'avenir de toute l'Europe. Cette fois la politique a violé les lois et les valeurs européennes. »

Le Premier ministre hongrois Viktor Orban, qui dirige son pays d'une main de fer et s'oppose par tous les moyens à la politique européenne de la migration, propose aux

Après avoir bloqué l'accès des migrants par la Serbie, les autorités hongroises se sont tournées vers la frontière avec la Roumanie

Roumains de leur donner un coup de main à sa manière. « La Roumanie aura besoin d'un système efficace pour protéger ses frontières orientales, a-t-il affirmé le 4 octobre à l'occasion d'une visite dans l'ouest de la Roumanie. Plus ou moins rapidement la Roumanie sera submergée par les migrants, et si cela arrive, nous, les Hongrois, nous serons obligés de construire un mur à la frontière roumano-hongroise. Nous voulons aider la Roumanie à éviter ce scénario et nous ferons tout ce que nous pouvons pour aider ce pays à sécuriser ses frontières orientales. »

Après avoir bloqué l'accès des migrants par la Serbie au moyen de barbelés et la présence de militaires qui patrouillent à la frontière, les autorités hongroises se sont tournées vers la frontière avec la Roumanie. « Nous surveillons attentivement les voies alternatives de transit des migrants et nous sommes prêts à bloquer toute tentative de passage illégal de la frontière entre la Roumanie et la Hongrie », a déclaré le chef adjoint de la police hongroise Zsolt Halmosi. Fin 2016, les autorités hongroises avaient menacé la Roumanie de construire un mur de barbelés long de 70 kilomètres à la frontière roumano-hongroise, mais elles ont baissé le ton sous la pression de la Commission européenne. « Frontières communes et protection commune doivent aller de pair, a rappelé le président de la Commission européenne Jean-Claude Juncker dans le discours sur l'avenir de l'Europe qu'il a tenu le 13 septembre. Si nous voulons renforcer la protection de nos frontières extérieures, nous ouvrirons immédiatement l'espace Schengen à la Bulgarie et à la Roumanie. »

La Roumanie aurait dû intégrer l'espace Schengen en 2011. Malgré les rapports techniques très positifs effectués par Frontex, la police européenne des frontières, la Roumanie s'est heurtée à l'opposition de la France, de l'Allemagne et des Pays-Bas, qui ont fait de l'adhésion de ce pays à l'espace Schengen une question politique. Le ton a changé depuis la visite du président Emmanuel Macron à Bucarest, qui a eu lieu le 24 août. « Nous soutenons l'adhésion de la Roumanie à l'espace Schengen, mais il faudra que l'espace Schengen soit réformé dans son ensemble », a-t-il déclaré. En attendant, la Hongrie reste sur ses gardes. « Le nombre de migrants qui arrivent par la mer Noire en Roumanie va augmenter, précise György Bokondi, le conseiller du Premier ministre hongrois pour la sécurité interne. Il y a encore environ trois millions de réfugiés dans les camps en Turquie et nous avons tous intérêt à aider la Roumanie à sécuriser ses frontières orientales. » Un message qui semble avoir été entendu à Bruxelles.

A black and white photograph of a person holding a large, oversized magazine titled "land". The cover of the magazine features a close-up image of a person's face. The person holding the magazine is partially visible, wearing a light-colored shirt.

Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Die Handelskammer ist wesentlich wohlhabender, als sie das bisher nach außen dargestellt hat

1,2,3 Äppel fir den Duuscht

Michèle Sinner

Egal, wie man es dreht und wendet: Als Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, bei der Vorstellung der Jahresbilanzen für die Jahre 2014 und 2016 von „50 Millionen Euro“ in den Reservefonds der Handelskammer sprach, gab er damit kein vollständiges Bild ihrer tatsächlichen Vermögenssituation ab. Denn den Berechnungen des *Land* zufolge, die einerseits auf internen Unterlagen der Handelskammer beruhen, sowie andererseits auf den Informationen, die von der Handelskammer selbst veröffentlicht werden, beliefen sich die Ersparnisse im Fonds pour la péréquation conjoncturelle (FPC) vergangenen Mai auf 75 Millionen Euro und im Fonds pour la promotion de l'intérêt économique général hatten sich 34,4 Millionen angesammelt, insgesamt demnach 110 Millionen Euro. Vom *Land* vergangene Woche nach der Differenz befragt, versuchte Carlo Thelen zu erklären, dabei handele es sich um ein Missverständnis.

Die Schaffung der beiden Fonds fällt in die erste Amtszeit von Michel Wurth als Handelskammerpräsident. Der FPC, sagt er, sei „den Äpfel für den Duuscht“, die Reserve, mit der die laufenden Ausgaben der Handelskammer gedeckt werden sollen, wenn die Mitgliedsbeiträge der Finanz-

beteiligungsgesellschaften (Soparfi) nicht mehr so stark sprudeln. Wurth vergleicht sie mit den Mehrwertsteuereinnahmen aus dem elektronischen Handel im Staatshaushalt. Mit den Geldern aus dem FPIEG soll die Handelskammer investieren, im Sinne des wirtschaftlichen Allgemeinwohls. Laut Wurth steht der Zähler im FPC aktuell knapp unter dem Ziel, zweimal die laufenden Jahresausgaben abdecken zu können. Vergangenes Jahr beliefen sich die laufenden Ausgaben auf 29 Millionen Euro, womit sich ein Kontostand von knapp unter 60 Millionen ergeben würde. Der FPC, dessen Funktionsweise nicht öffentlich ist, erklärte Thelen gegenüber dem *Land*, darf erst angezapft werden, wenn die Handelskammer ein Defizit ausweist. Das ist seit der Schaffung des Fonds nie passiert, er befindet sich demnach in der Akkumulierungsphase und in ihren Jahresbilanzen hat die Handelskammer seit 2007 davon berichtet, den Fonds mit 69,2 Millionen Euro gespeist zu haben. Weniger Geld dürfte demnach nicht im Fonds sein.

Von diesem Fonds will Carlo Thelen ohnehin nicht geredet haben, als er von den „50 Millionen Euro“ sprach, sondern nur vom FPIEG. Dort steht der Zähler laut Michel Wurth aktuell auf rund 20

Millionen Euro. Die Differenz erklären Wurth und Thelen durch die in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen. Sie zählen auf: Für die Bauindustrie habe man in die Luxexpo investiert (2015: sieben Millionen Euro), wegen der für sie wichtigen Herbstmesse. Für den Handel und das Gaststättengewerbe habe man das Kapital der Mutualité de cautionnement et d'aide aux commerçants aufgestockt (2016: 3,5 Millionen Euro). Sie soll in Zukunft öfter für Bankkredite bürgen, nicht nur an Händler und Restaurateure, sondern auch an innovative Start-ups. Ins House of Training (2015: eine Million Euro), in Luxtrust (2016 und 2017, anteilig an Kapitalerhöhungen von insgesamt 1,6 Millionen Euro) und in die Teilnahme an der Weltausstellung in Dubai 2020 (ab 2017 bis 2020: zwei Millionen Euro), ins House of Start-Ups, den hauptstädtischen Firmeninkubator (2017: 30 000 Euro) investiere man. Insgesamt 20 Millionen Euro so Wurth, „im Interesse der Wirtschaft und unserer Mitglieder“. Davon lassen sich via Firmenregister rund 14 Millionen Euro nachvollziehen. Die Differenz erklärt Wurth mit Investitionen in Immobilien und langfristigen Mietverträgen, beispielsweise der Miete für den ehemaligen Firmensitz der Kanzlei Arendt&Medernach, gegenüber der Handelskammer gelegen, wo das House of Entrepreneurship untergebracht ist oder der für das House of Start-Ups.

Über die Angaben, welche die Handelskammer in ihren Jahresberichten über ihre Ausgaben und über die Auflösung von Reserven aus dem FPIEG macht, lässt sich nicht prüfen, wie viel der Fonds investiert hat. Denn ihren eigenen, öffentlichen Angaben zufolge, hat die Handelskammer seit 2013 von den in den FPIEG eingezahlten Beträgen über *reprises* rund 5,1 Millionen Euro wieder herausgeholt, keine 20. Dass es aber zumindest in der Vergangenheit einen Zusammenhang zwischen den *reprises* aus dem FPIEG und den Investitionen gab, zeigt die Präsentation, die der Vorstand der Handelskammer bei der Hauptversammlung 2013 über das abgelaufene Finanzjahr machte und über die das *Land* verfügt. Darin erklärt der Vorstand, 2012 447 622,45 Euro aus dem Fonds zurückgeholt zu haben, um mit 200 000 Euro bei einer Kapitalerhöhung von Luxtrust mitgemacht und genau 247 622,45 Euro in die Finanzierung des Projektes 2030.lu investiert zu haben. Die *reprise* entspricht exakt dem Investitionsbetrag.

Diese Inkohärenzen belegen vor allem, wie undurchsichtig die Finanzlage der Handelskammer ist. Denn ihr Vermögen beschränkt sich nicht auf die beiden Fonds FPC und FPIEG. Im Dezember 2009 erwarb sie über einen Share-Deal für 15 Millionen Euro das ehemalige Quartier der IKB International gegenüber ihrem eigenen Sitz, wo heute die Verbände der Finanzbranche ABBL, Alf und die Promotionsgesellschaft Luxembourg for finance untergebracht sind. Trotz allgemeinen wirtschaftlichen Interesses zahlen die Verbände Miete, die Wurth „für Kirchberg billig“ nennt. Wie viel Provisionen und Rückstellungen die Handelskammer sonst noch gebildet hat? In internen Unterlagen aus dem Jahr 2013, deren Herkunft Wurth und Thelen in Frage stellen, wird das Vermögen der Handelskammer definiert als Eigenkapital plus langfristige Schulden und Provisionen minus die Nettoinvestitionen minus die mathematische Reserve für die Zusatzrenten auf rund 100 Millionen beziffert. Bis 2017, so die Entwicklungsvorhersage (mit konservativen Annahmen über die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge), würde es voraussichtlich auf 160 Millionen Euro ansteigen.

Dass die Handelskammer so viel Geld auf der hohen Kante hat, liegt daran, dass sich ihre Einnahmen sehr viel besser entwickelt haben als gedacht. In einem 2013 erstellten Dokument, das dem *Land* vorliegt, spielte die Handelskammer Szenarien über die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge durch. Im Szenario „worst case“ sah sie beispielsweise für das Jahr 2016 Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen von 31,5 Millionen Euro vor, im Szenario „Business as usual“ waren für 2016 Mitgliedsbeiträge von 35 Millionen vorgesehen. In Wirklichkeit beliefen sich die Beiträge laut Jahresbericht 2016 auf 43 Millionen Euro. Und auch in den Jahren davor fielen sie wesentlich höher aus, als erwartet. 2013 belief sich der Soparfi-Anteil an den Beiträgen auf 40 Prozent.

Das Geld sprudelte dermaßen schnell, dass die Commission aux Comptes laut Sitzungsprotokoll

vom Januar 2014 vorschlug, die Deckelung für die Speisung der beiden Reservefonds aufzuheben, weil sie wiederholt überschritten wurden. Dann musste die Plenarversammlung abstimmen, um zu entscheiden, was mit den Überschüssen passieren sollte. „(...) les études menées font ressortir que la simple suppression des plafonds pour les 2 fonds de réserve semble être la solution la mieux adaptée afin de faciliter la gestion des fonds de réserve en vue de nouveaux dépassements des plafonds.“ Ein wenig Zweifel waren wohl aufgekomen, daran, ob der Aufbau eines solchen Fonds für Investitionen noch mit den gesetzlichen auferlegten Missionen der Handelskammer zu vereinbaren sei. „En outre la Commission des Comptes recommande également de modifier l'objectif du fonds de promotion de l'intérêt économique général pour préciser les utilisations futures de ce fonds et pour mieux coller avec les missions telles que définies dans la loi du 26 octobre 2010 réorganisant la Chambre de Commerce.“ Am besten sollte die Plenarversammlung nicht mehr über die zu hohen Überschüsse abstimmen müssen: „il est fortement recommandé de suivre ces propositions (...) et de demander à l'assemblée plénière du 29 janvier 2014 de voter les modifications proposées afin de s'assurer que plus aucune prononciation future des assemblées plénières n'est requise en matière de dépassements des plafonds.“

Darüber hinaus, „il est encore à préciser que le financement des investissements immobiliers rentre dans l'objectif du fonds de promotion de l'intérêt économique général, tel qu'il est proposé de le modifier.“ Die Auflösung der Rückstellungen aus dem Fonds, die „reprises“, würden dann auf Basis der Amortisierungen dieser Immobilieninvestitionen erfolgen. Außer dem Gebäude der IKB, in dem die Verbände der Finanzbranche ihren Sitz haben, habe sie aber keine weiteren Immobilien erworben, so Michel Wurth gegenüber dem *Land*.

Vielleicht ist es also auch ein bisschen darauf zurückzuführen, dass die Plenarversammlung sich nicht mehr überlegen muss, was sie mit den Ersparnissen anfängt, dass es, wie Michel Wurth sagt, mit den Mitgliedern „keine Diskussion“ über die Finanzierung durch die Beiträge und die im Gegenzug erbrachten Leistungen gibt. Denn ganz so, also ob nie jemand die Beitragshöhe in Frage gestellt habe, ist es nicht. Die Soparfi hatten in der Vergangenheit Schwierigkeiten, nachzuvollziehen, warum sie der Handelskammer Beiträge zahlen sollten und hatten sich vor Gericht dagegen gewehrt. Über Jahre dauerten die Prozesse an. Daher räumt Michel Wurth ein, es sei ein „bisschen berechtigt“ gewesen, das Gesetz anzupassen, um eine eigene Mitgliedskategorie für die Soparfi mit einem kleinen, pauschalen Mitgliedsbeitrag einzuführen. Ironie, dass die Arbeitgeberverbände die Steuerreform des ehemaligen Handelskammerdirektors Pierre Gramegna auch mit der Aussage kritisierten, die Soparfi hätten keine Gewerkschaft, weil der Finanzminister die Mindeststeuer für Finanzbeteiligungsgesellschaften hochschraubte?

Das Gesetz, mit dem die Handelskammer 2010 zur öffentlichen Einrichtung wurde, gibt ihr eine derart einzigartige Position, dass der Staatsrat ein selten geharnischtes Gutachten dazu schrieb. Er warnte vor einer Sonderstellung der Handelskammer gegenüber den anderen Berufskammern, deren Grundlage das Gesetz von 1924 blieb. Die Missionen der Handelskammer sind im neuen Gesetz extrem weit gefasst, so dass ihr mit ein wenig gutem Willen im Sinne des wirtschaftlichen Allgemeinwohls auch Immobilien-Geschäfte erlaubt und die Finanzierung von Initiativen wie 2030.lu abgedeckt sind, um den Ausgang von Parlamentswahlen zu beeinflussen. Denn ist eine wirtschaftsliberalere Regierung herbeizuführen, in der dann der Direktor der Handelskammer das Amt des Finanzministers besetzt, etwa nicht „œuvrer en faveur de tout ce qui contribue à la défense et à la promotion de l'intérêt des ses ressortissants“?

Im Gesetz über die Reorganisation der Handelskammer steht explizit, dass die Handelskammer den Staatshaushalt begutachtet, aber nicht, dass sie der Regierung – die sie bezuschusst – Rechenschaft über ihre Finanzen ablegt. Sie ist demnach „finanziell autonom“, alle in Luxemburg etablierten Firmen sind automatisch Mitglied und müssen Beiträge zahlen, manchmal auch die, die bei der Handelskammer Mitglied sind. Sogar eine Firmenauflösung befreit nicht von den Beitragspflicht. So gesehen, sind die Beiträge der Han-

delskammer eine krisensichere Einnahmequelle als die Steuern, die der Staat erhebt. Der Direktor ist gehalten, der Regierung von jeder Plenarversammlung einen Sitzungsbericht zu schicken. Die Regierung darf einen Kommissar in die Plenarversammlungen schicken, der dort reden darf, wenn er das Wort ergreifen möchte. Ein *ministère de tutelle* ist darin nicht genannt, nur beschrieben, dass das Wirtschaftsministerium bei der Organisation der Wahlen für die Plenarversammlung hilft (die mit öffentlichen Geldern bezuschusst wird).

So gesehen, können Carlo Thelen und Michel Wurth guten Rechts über die finanzielle Lage der Handelskammer erzählen, was sie wollen. Um so wenig wie möglich zu sagen, berufen sie sich auf Artikel 6 des Gesetzes vom 26. Oktober 2010 portant réorganisation de la Chambre de Commerce, der besagt: „Les membres effectifs et suppléants de la Chambre de Commerce sont tous tenus au secret professionnel et doivent garder le silence envers les tiers sur tout ce qu'ils ont appris dans l'exercice de leurs fonctions.“ Tatsächlich haben Wurth und Thelen Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass die Handelskammer von allen Berufskammern im Bezug auf die Finanzen die transparenteste ist. Denn die Landwirtschaftskammer, die Beamtenkammer, die Handwerkskammer und die Arbeitnehmerkammer geben in ihren Jahresberichten nicht einmal die wenigen Informationen preis, welche die Handelskammer liefert. Dabei investiert beispielsweise auch die Arbeitnehmerkammer gerade in Immobilien und baut sich einen neuen Prunkbau an der Rocade de Bonnevoie.

Die finanzielle Situation der Handelskammer ist aber nicht zuletzt auch deshalb ein Politikum, weil die Arbeitgeberverbände der Regierung nach dem *Zukunftspak* das Zugeständnis abrang, die Arbeitgebermutualität mit Zuschüssen in Höhe von zehn Prozent ihrer Jahresausgaben zu versorgen. Wäre die tatsächliche finanzielle Situation der Handelskammer bekannt, könnte sich so mancher fragen, warum den Arbeitgebern noch Geld vom Staat zugesteckt wird. Immerhin war es der ehemalige Handelskammerdirektor Pierre Gramegna, der im Rahmen des *Zukunftspaks* entschied, der Handelskammer die direkten Zuschüsse durch das Budget des Wirtschaftsministeriums zu streichen. So sollte der Staat ab 2015 und bis nächstes Jahr insgesamt 3,8 Millionen Euro sparen. Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) wollte die Handelskammer und die Handwerkskammer auf diesem Weg zu deren Entsetzen zu einer Fusion ermutigen. Auch deshalb ist eine Diskussion über die Vermögensverhältnisse der Handelskammer delikat – weil die Handwerkskammer weitaus schlechter gestellt sein soll als die Handelskammer.

Die Sache ist dermaßen brisant, dass der Wirtschaftsminister trotz einer *Land*-Anfrage vor Monaten und Nachforschungen bei seinen Beamten vergangene Woche nicht abschließend sagen konnte, ob dem Ministerium eine vollständige Bilanz der Handelskammer vorliegt oder nicht. Eine weitere Anfrage, dazu endgültig Stellung zu beziehen, ließen Schneider und seine Beamten unbeantwortet. Die Meinungen darüber, wer Einblick in die vollständige, vom Wirtschaftsprüfer kontrollierte Bilanz hat, gehen offensichtlich auseinander. „Sie haben die Bilanz“, so Wurth über das Wirtschaftsministerium, „eine ganz dicke Bilanz und sie unterliegen auch Artikel 6.“

Eventuell ist der Minister nicht der einzige, der nicht vollkommen im Bilde ist. Denn ein gewähltes Mitglied erklärte dem *Land*, in der Plenarversammlung keine abgeschlossenen Bilanzen gesehen zu haben. Haushaltsvorschläge ja – für jedes Projekt werde eine neue Abteilung geschaffen, die danach nie mehr abgeschafft werde. Auf die Frage, ob es den dort vertretenen Bankdirektoren und Industriechefs nicht einfallt, danach zu fragen, kam die Antwort: „Warum denn? Es war ja immer genug Geld da.“ Ein anderes Mitglied wollte sich über Vorlage und Inhalt der Bilanzen nicht äußern, fand es allerdings „nicht normal“, dass in Zeiten, in denen Unternehmen und Banken immer mehr Informationen preisgeben müssen, die Handelskammer keine vollständige Bilanz veröffentlicht. Eine Bemerkung, die man durchaus auf die anderen Berufskammern ausweiten kann, die ebenfalls von Gesetzeswegen her ihren Mitgliedern obligatorische Beiträge abknöpfen, ohne Rechenschaft über deren Verwendung abzulegen.



Im Film *De Schlüssel*, suchte der Direktor der Handelskammer, Carlo Thelen, anlässlich des 175. Geburtstags der Handelskammer nach dem Schlüssel des House of Entrepreneurship

Carlo Thelen und Michel Wurth haben vollkommen Recht, wenn sie sagen, dass die Handelskammer die transparenteste Berufskammer ist

Bernard Thomas

Le noyau La place financière est « pour l'Europe », à condition que celle-ci reste faible. L'optimum est difficile à définir, car l'UE doit rester suffisamment intégrée pour que le Luxembourg puisse continuer à remplir sa fonction de porte d'entrée (*hub*) vers le marché unique. Une désagrégation de l'UE transformerait le pipeline (en fait plutôt un *Durchlauf-erhitzer*) luxembourgeois en cul-de-sac : Les flux financiers et les produits normatifs commercialisés par la place financière y resteraient bloqués. Car, à l'inverse du Royaume-Uni, le Luxembourg ne peut compter ni sur l'allié américain historique ni sur le Commonwealth. A contrario, une intégration trop poussée – dans le sens d'une harmonisation fiscale et d'une convergence de la supervision financière – abolirait les derniers restes de la souveraineté considérée « comme un capital dont on peut tirer un rendement » (pour reprendre l'expression utilisée en 1987 par Gaston Reinesch). À chaque fois que l'Union européenne fait un pas dans cette direction, les groupes d'intérêt de la place financière crient à la fin du monde.

« **Här ass Här** » C'est à cette croisée des chemins, où l'idéal européen commence à avoir un prix, que le Luxembourg a été projeté par l'inattendu divorce entre le Royaume-Uni et l'UE. Jusqu'ici, au Conseil européen, le Luxembourg pouvait se cacher derrière le grand frère libéral d'outre-Manche qui bloquait les propositions jugées délétères aux places financières. Aujourd'hui, le Luxembourg se trouve en première ligne. « Max ass Max an Här ass Här », c'est sans la gravitas européenne d'usage que le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), avait exprimé en mars 2015 l'idée que, sur ces dossiers stratégiques, le Luxembourg seul ne pouvait rien. Alors que le « Här » anglais s'apprête à prendre la porte, le Luxembourg peut mesurer son impuissance.

Pour réunir une minorité de blocage, il lui faut mobiliser au moins quatre membres du Conseil qui, pris ensemble, doivent représenter plus de 35 pour cent de la population de l'UE – soit quelque 180 millions d'habitants. Même en s'alliant à d'autres « Max » *business friendly* comme les Pays-Bas, l'Irlande, Malte ou Chypre, le Luxembourg est loin de faire le poids. Pierre Gramegna, en fait actuellement l'expérience dans le dossier de la supervision des fonds : s'étonnant du silence de l'allié irlandais, il s'agrippe à l'espoir de convaincre l'Allemagne.

Le mot d'ordre Qu'il s'agisse de la supervision des fonds, de la taxe sur les transactions financières (TTF), de l'harmonisation de la base imposable de l'impôt des sociétés ou de la « taxe Google », Pierre Gramegna sort le cheval de bataille du *level playing field*. L'argument n'a pas varié depuis son prédécesseur Luc Frieden (CSV), et se présente sous la forme d'excuse : « Si nous arrêtons de le faire, quelqu'un d'autre en dehors de l'Europe le fera à notre place ». En décembre 2012, le mensuel *Forum* avait caricaturé cette position ainsi : « Keine Beteiligung Luxemburgs ohne Beteiligung Englands, Singapurs, Belutschistans und aller Jupitermonde ! » Le mot d'ordre du *level playing field* opère de la même manière que celui de la mondialisation, comme une chaîne de contraintes économiques réduisant le champ d'action politique.

Les négociateurs luxembourgeois espèrent que la sortie de la City de Londres de l'UE donnera plus de poids à leur ligne d'argumentation. Le Royaume-Uni pourrait ainsi reprendre le rôle d'allié objectif extra-européen qu'avait occupé la Suisse lorsqu'il s'agissait de défendre le secret bancaire. C'était un jeu de cache-cache : Le Luxembourg bloquait l'échange automatique au sein de l'UE en se référant à la concurrence extra-européenne helvétique ; tandis que Berne refusait toute concession tant que le membre fondateur luxembourgeois ne bougeait pas. Cette tactique aura permis de prolonger un *business model* basé sur l'évasion fiscale de plus d'une décennie.

« **Profitons de ces vents favorables** » Durant le mois de septembre, le gouvernement luxembourgeois aura été amené à deux reprises de passer outre les bienséances diplomatiques. Pierre Gramegna accusait ainsi ouvertement la Commission de lui avoir tendu un guet-apens dans le dossier de la supervision européenne des fonds (*d'Land* du 29 septembre). Son ministère se demandait même à qui pourrait profiter le crime, spéculant sur « l'intérêt que pourraient avoir certaines parties intéressées à voir le Luxembourg ne pas être informé en temps utile des changements envisagés ». Cette tactique de la confrontation contraste avec le style feutré de l'ancien ministre des Finances, Luc Frieden (CSV)



Le Premier ministre, Xavier Bettel, dans la cour du ministère de l'État

qui, en parfait technocrate, préférerait agir derrière les coulisses plutôt que de provoquer une médiatisation des dossiers touchant la place financière.

Le Luxembourg a sous-évalué la rapidité et la détermination avec lesquelles les fonctionnaires de la Commission allaient avancer et profiter de la fenêtre d'opportunité ouverte par l'élection d'Emmanuel Macron à la Présidence française. Dans son discours sur l'état de l'Union du 13 septembre, le président de la Commission, Jean-Claude Juncker, estimait, en bon machiavélien, qu'il fallait saisir le moment : « De nouvelles opportunités s'ouvrent à nous, mais elles ne resteront pas ouvertes éternellement. Mettons cet élan à profit, profitons de ces vents favorables. » Deux semaines plus tard, dans son discours sur l'Europe à la Sorbonne, le Président français félicitait la Commission d'avoir « commencé à bousculer certains acteurs ou certains pays ».

« **Wou mir missten houffreg sin** » La réaction de Xavier Bettel (DP) au discours de Juncker fut atypique, du moins pour un Premier ministre luxembourgeois. Il estimait que le président de la Commission était « à côté des réalités ». Interrogé sur l'idée de créer un ministre européen de l'Économie et des Finances, Bettel répondait : « Ech sinn e bëssen iwwerrascht, dass d'Kommissioun gären dee Pouvour hätt. » Dans une vidéo postée sur la plateforme Youtube, l'eurodéputée Viviane Reding (CSV) s'efforçait de paraître indignée : « Nous étions terriblement enthousiastes, comme l'étaient neuf dixièmes de la Plénière. Tous s'étaient levés pour féliciter Jean-Claude Juncker. C'était le meilleur discours de sa vie, beaucoup

l'ont dit. Tous étaient enthousiastes, aussi la presse internationale. Sauf un, et il est au Luxembourg : à savoir notre Premier ! Je ne sais pas quelle mouche l'a piqué ! » Ce qui choquait le plus l'eurodéputée, c'était le manque patriotisme : « Il s'agit du Président de la Commission, qui est d'ailleurs un Luxembourgeois, *wou mir jo missten houffreg driwwer sin.* »

Son collègue Frank Engel, qui a repris les manières rhétoriques de Juncker, s'offusquait à son tour : « C'est une première, *an der europäesch verankerter Geschicht vu Lëtzebuerg*, qu'un ministre d'État est d'avis que l'Europe ne devrait pas se développer par rapport à là où elle se trouve actuellement. C'est lamentable ! » (Bettel se fit également tancer par son collègue de parti, Charles Goerens, et son ministre des Affaires étrangères, Jean Asselborn.) Mais Frank Engel concédait qu'il y avait des « raisons fonctionnelles » à la réaction de Bettel, comme celle de « protéger le terrain du gouvernement ».

L'actuel président de la Commission Juncker avait prononcé une phrase qui aurait fait bondir l'ancien Premier ministre Juncker : « Je suis d'avis que nous devrions introduire le vote à la majorité qualifiée sur les décisions concernant l'assiette commune consolidée pour l'impôt des sociétés, la TVA, une fiscalité juste pour l'industrie numérique et la taxe sur les transactions financières. » Du tourisme à la pompe à l'industrie des fonds en passant par l'implantation d'Amazon, le catalogue junkcérien touche au cœur de ce que les responsables politiques luxembourgeois ont pris l'habitude d'appeler le « modèle d'affaires ».

« **S'immoler au service d'intérêts étrangers** » Alors qu'il était encore Premier ministre, Juncker avait un instant flirté avec la taxe Tobin. En mars 2011, devant l'Alliance progressiste des socialistes et démocrates au Parlement européen réunie à Francfort, il se prononçait de manière « décidée » pour une telle taxe. Enfreignant l'impératif catégorique du *level playing field*, il déclarait : « Wenn es auf G-20-Ebene nicht klappt, dann auf Ebene der EU oder der Eurozone ». En juillet 2012, revirement radical. Si on introduisait une telle taxe, estimait Juncker soudain, il faudrait abandonner la taxe d'abonnement (Tabo), c'est-à-dire renoncer à une grosse part des recettes fiscales. (En 2016, la Tabo a fait entrer 903,5 millions d'euros dans les recettes budgétaires.) Ce pas, il n'était pas prêt à le faire, du moins pas en tant que Premier ministre luxembourgeois.

Quelques semaines plus tard, l'ABBL envoyait une lettre à une vingtaine de parlementaires et ministres. Le lobby bancaire leur rappelait les « intérêts particuliers du Luxembourg » : « Un appel des responsables politiques nationaux pour une TTF revient à s'immoler au service d'intérêts étrangers ». En 2013, Luc Frieden se rendait à Londres et y annonçait soutenir le Royaume-Uni dans son recours devant la Cour de Justice européenne contre l'autorisation d'une coopération renforcée pour la TTF. La plainte, jugée prématurée, fut rejetée en avril 2014. Avec le Royaume-Uni sur le départ, le Luxembourg pourrait bientôt être forcé à relancer seul la procédure judiciaire.

Depuis l'annonce du Brexit, le Luxembourg se découvre isolé dans les dossiers fiscaux et financiers. Du coup, le gouvernement abandonne sa traditionnelle grandiloquence européenne

A posteriori, la panique de 2012-2013 semble quelque peu exagérée. Durant des années, le dossier languissait dans un état végétal, bloqué par une multitude d'intérêts nationaux contradictoires, sans que personne n'ose prononcer son arrêt de mort. Le serpent de mer vient de réapparaître ce 26 septembre, dans le discours européen d'Emmanuel Macron. Il plaidait pour une TTF sur le modèle français ou britannique (*stamp duty*) : « Si nous décidions collectivement d'adopter la taxe britannique, personne ne pourrait nous dire que cela viendrait créer des désagréments ou des biais à la compétitivité de l'Union européenne. Non ! » C'est un développement embêtant pour le gouvernement luxembourgeois. Car l'assiette fiscale du *stamp duty* et celle de la Tabo sont largement identiques ; ce qui ferait une taxe en trop.

« **Quadras en marche** » Invité le lendemain sur le plateau de *RTL Télé*, son canal de communication préféré depuis qu'il a renoncé aux briefings de presse, le Premier ministre luxembourgeois se devait donc de réagir au discours du Président français. Xavier Bettel, qui aime afficher sa proximité avec Macron comme preuve que lui aussi est un « quadra en marche » et un « réformateur de l'Europe » (pour reprendre les titraillures du dernier numéro de *Paperjam*), se sent peu à l'aise dans de tels exercices en Realpolitik. Après avoir postulé que « nous sommes tous les deux des Européens convaincus », il enchaînait avec un discours luxocentriste : « Il n'est pas acceptable que nous devions augmenter les impôts au Luxembourg parce que d'autres pays n'ont pas été capables de gérer leur budget. » Mais l'offensive grandiloquente du Président français n'est peut-être qu'une diversion pour protéger son flanc gauche. *L'Humanité* vient ainsi de révéler qu'à peine élu, Emmanuel Macron avait annulé la taxe visant le *trading* haute fréquence.

« **Taxe Google** » Ce mardi, la Commission a présenté une feuille de route pour une « taxation juste et efficace dans un marché unique du numérique ». De nouveau, c'est Emmanuel Macron qui en est à l'initiative disant vouloir « taxer sans complaisance » ces acteurs du numérique qui seraient trop souvent « les passagers clandestins du monde contemporain ». Le modèle proposé par la France – et qui, d'après le *Wort*, serait désormais favorisé par une vingtaine d'autres États membres –, consiste à imposer non plus le bénéfice, mais le chiffre d'affaires. La différence est de taille : car alors que les bénéfices peuvent être facilement déplacés vers une juridiction à faible fiscalité (*profit shifting*), une taxe sur le chiffre d'affaires sera levée là où se trouvent les clients, c'est-à-dire dans les grands pays.

La *Neue Zürcher Zeitung*, le porte-parole officieux de la place financière suisse, est alarmée : « Die laufenden Anstrengungen der Schweiz mit einer Unternehmenssteuerreform für Firmen steuerlich attraktiv zu bleiben, die Konzernzentralen und Forschung und Entwicklung hier anzusiedeln, würden womöglich ins Leere laufen ». Et d'appeler à une alliance de tous les « steuerlich attraktive kleinere Länder wie Irland, Luxemburg und die Schweiz ». Pour Xavier Bettel, « ce n'est pas un sujet européen mais un sujet mondial, sans quoi on va juste rendre l'Europe moins compétitive ». À nouveau, il faudrait mener la discussion au niveau de l'OCDE. Ce mercredi, lors de la présentation du budget, Pierre Gramegna rappelait qu'à l'OCDE « d'autres pays sont aussi impliqués, surtout les États-Unis, où la plupart des firmes Internet sont domiciliées ». Le Luxembourg pourra ainsi se rallier aux Américains, allergiques à l'idée qu'une deuxième TVA vienne frapper leurs gérants du web que sont les Gafa (Google, Apple, Facebook et Amazon).

Level playing field !

Le phygital, avenir de la banque ?

Un concept en questions

Georges Canto

Qui se souvient encore du « click & mortar » ? C'est sous ce terme, en forme de jeu de mots, que l'on désignait souvent, au début des années 2000, les stratégies de distribution multi-canal, c'est-à-dire la possibilité pour le client d'une entreprise d'accéder à son offre soit dans un point de vente (« mortar ») soit à distance et notamment par Internet (« click »). La banque en a été un terrain privilégié pendant deux décennies. Aujourd'hui, il s'agit davantage d'intégrer le physique et le digital, d'où le terme de « phygital », apparu dans le commerce de détail il y a cinq ou six ans. Mais c'est bien dans la banque que ce concept trouve désormais ses applications les plus nombreuses.

En quoi consiste le phygital ? Les professionnels du commerce reconnaissent volontiers que « le terme est aussi souvent utilisé qu'il est peu expliqué » et que personne ne parle vraiment de la même chose. Dans son acception la plus courante, le phygital désigne l'installation d'outils numériques dans les magasins, de façon à procurer aux clients une « nouvelle expérience » sous la forme d'un meilleur service, plus fluide et plus rapide, et d'une offre élargie. Par exemple dans l'enseigne de décoration française « Maisons du monde » les vendeurs sont tous équipés d'une tablette, qui permet de présenter aux clients l'intégralité des 4 000 références de meubles et des 12 000 articles de décoration, alors que chacun des 288 magasins n'en expose que de six à dix pour cent. Dans ceux qui sont équipés du dispositif (un peu moins de la moitié) il est utilisé avec environ un client sur deux, notamment pour les commandes de meubles. Au total les ventes par tablettes représentent 32 pour cent du chiffre d'affaires, contre 19 pour cent sur le site Internet. Les ventes « classiques » en boutique pèsent désormais pour moins de la moitié du total en valeur.

Les banques ne pouvaient échapper au phénomène, et elles sont même un lieu très favorable à son déploiement, à cause de leurs réseaux. Les banques de détail, un peu partout dans le monde, sont confrontées à une baisse très rapide de la fréquentation de leurs agences. En France, selon l'Observatoire de l'image des banques, la proportion de ceux qui déclarent venir plusieurs fois par mois a été divisée par trois en dix ans pour tomber à vingt pour cent en 2016 (et même à treize pour cent chez les moins de 35 ans !). En mettant à disposition de leurs clients les moyens technologiques d'effectuer leurs opérations à distance, elles sont dans une large mesure les principales responsables de cette situation.

Pour autant elles ont du mal à sacrifier leurs réseaux, car les agences, bien qu'un grand nombre ne soient plus rentables, constituent un patrimoine commercial de première importance où se concluent encore trois quarts des ventes de produits et de services. Il est significatif que des banques en ligne cherchent, autant que possible, à s'appuyer sur un réseau « en dur ». Dans sa communication publicitaire, Hello Bank, la marque de banque en ligne créée par BNP Paribas en 2013, met régulièrement l'accent sur la possibilité de réaliser des opérations matérielles, comme des remises de chèques, dans les quelque 2 200 agences françaises de sa « maison-mère ». Et pour son lancement prévu en France en novembre, Orange Bank, se réclamant clairement d'une approche phygitale, s'appuiera sur quelque 140 de ses 800 boutiques télécom, avec 700 employés dédiés à son offre bancaire. Dans une étude menée récemment au niveau mondial (le *Land* du 22 septembre) deux tiers des personnes interrogées considéraient que la technologie ne pouvait remplacer le contact humain, surtout lorsque le besoin de conseil se fait sentir.

Mais les banques redoutent aussi les risques d'image et de déperdition de clientèle imputables à une politique de réduction trop rapide du nombre net de leurs agences. C'est pourquoi elles ont, dès les années 90, fait feu de tout bois pour tenter de transformer et de valoriser leurs agences, allant jusqu'à faire appel aux techniques du « marketing olfactif ». Depuis quelque temps déjà, les outils digitaux tiennent une place centrale dans cet effort de reconfiguration, comme le montre le « concept store » ouvert par BNP Paribas à Paris fin 2010.

L'apparition du terme « phygital » dans la banque de détail peut être datée de juillet 2013, avec un document publié par l'EFMA (acronyme anglais de l'Association européenne de marketing financier) et le cabinet Kurt Salmon, intitulé « Phygital and other digital challenges for retail banks ». Fin octobre 2017, lors de la cinquième édition de ses « Distribution

Début octobre, la filiale luxembourgeoise de la Société Générale Bank & Trust (SGBT) a inauguré ses nouveaux locaux, boulevard Royal. Comme il sied à une banque ayant une importante activité de *private banking*, un gros travail a été réalisé pour l'accueil des clients. La SGBT promet « d'enrichir et d'approfondir leur expérience bancaire » par l'utilisation d'outils digitaux

& Marketing Innovations Awards », l'EFMA décernera une récompense pour la première fois dans la catégorie « phygital distribution » avec six nominations, dont deux banques indiennes, une brésilienne, une coréenne, une polonaise et une allemande. Les innovations foisonnent, avec comme pivot les « guichets automatiques avancés », écrans tactiles dotés de fonctionnalités nouvelles (scanning, messagerie sécurisée, visioconférence, simulations, souscriptions simples) et des applications spécifiques sur smartphone, comme la gestion des files d'attente ou la reconnaissance de l'arrivée du client en agence.

Mais 2017 est aussi l'année où le phygital a fait son apparition dans d'autres domaines de l'activité bancaire, comme le montrent deux exemples très récents. Début septembre, la filiale française d'HSBC a inauguré à Paris tout près de l'Opéra un centre d'affaires dédié aux start-up et aux petites entreprises (moins de deux millions d'euros de chiffre d'affaires). Baptisé « Live », il se veut « un modèle hybride qui conjugue l'expertise et la stabilité d'une grande banque et la fluidité et la réactivité du digital ». Il s'agit de permettre aux entrepreneurs de réaliser la quasi-totalité de leurs opérations quotidiennes à distance, avec des fonctionnalités nouvelles et une grande rapidité, tout en bénéficiant en cas de besoin des conseils « en face-à-face » d'une quarantaine de chargés d'affaires attirés.

Ces derniers incarnent la dimension « physique » du concept, davantage que les locaux où les clients ne sont pas supposés venir régulièrement. Les collaborateurs se rendent dans l'entreprise où ils peuvent faire usage d'outils digitaux quasi identiques à ceux que les clients utilisent habituellement.

Début octobre, la SGBT, filiale luxembourgeoise de la Société Générale, a inauguré de nouveaux locaux. Comme il sied à une banque ayant une importante activité de *private banking*, un gros travail a été réalisé pour l'accueil des clients, en termes d'architecture intérieure (parois à translucidité variable), de décoration (couleurs, photographies artistiques) et même de bruit et d'odeurs (recours à un acousticien et à un parfumeur).

Une place particulière a été faite au digital, « le bâtiment ayant pour vocation d'être un lieu innovant en termes d'outils numériques ». À cette occasion le terme de phygital n'a pas été prononcé ni écrit. Néanmoins Jeanne Duvoux, directrice générale adjointe en charge des activités de banque privée, ne le réfute pas. Car au-delà de l'agrément procuré aux clients par les nouveaux aménagements, il s'agit bien « d'enrichir et d'approfondir leur expérience bancaire » par l'utilisation d'outils digitaux dont certains ne sont utilisables que dans les lo-

caux de la banque : ainsi la table digitale dont l'installation est prévue prochainement ou les grands écrans de visioconférence, grâce auxquels le client est mis en relation avec des experts délocalisés (à Paris, par exemple) mais en présence de son chargé de relation.

Les collaborateurs peuvent aussi utiliser lors de leurs rendez-vous des outils plus familiers comme les tablettes en s'asseyant aux côtés du client (et non plus en face) ce qui donne à l'entretien une dimension plus conviviale et plus pédagogique, et permet de réaliser plus facilement des présentations de toutes sortes (un aspect des choses également évoqué chez HSBC France), ce qui va dans le sens d'un développement de « l'agilité collaborative au service des clients ».

Malgré son aspect séduisant, le concept de phygital peine tout de même, où qu'il s'applique, à emporter la conviction. Dans le commerce, certains experts se demandent ouvertement s'il ne s'agit pas d'une mode ou d'un coup de com' car dans ses applications actuelles (qui ne sont pas forcément les plus abouties) les résultats sont mitigés. Du côté des clients, les outils digitaux présents dans les magasins leur facilitent la vie mais ne transforment pas radicalement leur expérience. On est loin de « l'enchantement » promis par certains, dans des magasins « réinventés et augmentés ». Du côté des enseignes, les tablettes, par exemple, sont de bons outils d'aide à la vente, mais leur impact positif sur le chiffre d'affaires atteint rapidement ses limites. En effet, la technologie ne semble pas susceptible de faire revenir les clients dans les points de vente et d'enrayer la baisse de leur fréquentation, qui est générale, de sorte que le quotidien genevois *Le Temps* titrait en avril dernier que « les centres commerciaux suisses affrontent la peur du vide ».

Ces interrogations valent aussi pour la banque de détail, où l'on commence à avoir un peu de recul. Certaines innovations, même saluées par des récompenses, font un peu figure de gadgets (robots d'accueil humanoïdes), souffrent d'une faible utilisation et ne

parviennent pas, en tout état de cause, à résoudre la question de la moindre fréquentation du réseau.

Dans la banque d'entreprises et la banque privée les expériences phygiales sont trop récentes pour prétendre en établir un bilan. Restent quelques impressions. Le fonctionnement du Live d'HSBC ne semble pas fondamentalement différent de celui des 33 autres centres d'affaires de la banque en France. Les outils digitaux sont plus perfectionnés mais la partie « physique » du concept reste traditionnelle et concentrée sur l'intervention des chargés d'affaires, le plus souvent chez le client. Les vraies innovations concernent la cible (même si elle reste encore limitée géographiquement à la région parisienne) et le mode de facturation des services, inspiré de celui des opérateurs de téléphonie mobile.

Richard Lelong, directeur de l'activité Business Banking d'HSBC France, reconnaît que le nouveau concept, s'il devrait permettre de gagner 1 000 à 2 000 nouveaux clients par an, n'est pas destiné à « générer du trafic » c'est-à-dire à faire venir les clients dans le centre d'affaires. De la même manière, dans la banque privée, l'aménagement parfois luxueux des locaux avec ou non présence d'outils numériques, n'est pas principalement destiné à attirer davantage les clients. En raison de la nature de leurs besoins, et souvent de leur éloignement géographique (cas typique de la SGBT dont la clientèle est en majorité internationale) ils se déplacent assez peu dans les agences et reçoivent traditionnellement leurs conseillers à domicile.

Mais dans ces conditions les clients profitent peu, ou rarement, des outils digitaux mis à leur disposition dans les locaux de la banque et des « nouvelles façons d'interagir ». D'autre part les progrès de la technologie conduiront à mettre un jour à la disposition des clients, à distance, les mêmes fonctionnalités que celles qui leur sont actuellement offertes exclusivement « in situ », et ils seront encore moins incités à se déplacer. Finalement, la part du physique dans le phygital risque bien, comme dans le fameux pâté d'alouette, d'être réduite à la portion congrue.



Filiales de la Spuerkeess à Lintgen et à Merl-Belair (toutes les deux fermées fin juin) ; nouveau siège de la SGBT sur le boulevard Royal



Die kleine Zeitzeugin

Ein bisschen wie früher



Stad, Markt mit jungem Mann von der CSV

Michèle Thoma

Die Kirche, in die keine mehr geht, ist wieder im Dorf, halleluja!

Vor einer knallbunten Wand steht ein CSV-Politiker, in der Stadt, Schlachthof. Schlachthöfe sind immer gut, weil so Szene, weil so Art, weil so *Street Art*, cool, sagte man früher. Start-up und Kreativ-Dings, assoziiert der Politiker, all das Freie, freie Wirtschaft, freie Kunst, freie Welt. Der Graffiti-Künstler, von Unkreativen kreativ als Knaschtpitti titulierte, protestiert, so war das nicht gemeint. Vor der kreativ bemalten Wand steht der junge schwarze Politiker, die Welt wird schließlich immer bunter. Auch mit den Schwarzen, bestimmt! Aber sie treiben es nicht zu bunt, preschen nicht vor bis in den Weltraum, und wenn, hängen sie es nicht an die große Kirchenglocke. Geldraum ist auch gut.

Nicht zu viele Schritte nach vorn, nicht zu schnell, nicht zu offen, nicht zu viel *space*, ein bisschen heimelig soll es bleiben, auch mit 700 000 Menschenseelen, zunehmend praktisch in roten Menschenboxen geparkt, ein bisschen heimelig. Migrationshintergründe ja, aber einen heimeligen Hinterwaldgrund soll es geben, weiterhin. Nicht zu viele Schritte nach vorn, mal zurück, mal seitwärts, und zur Springprozession schulfrei.

Nicht zu viele Schritte nach vorn, nicht zu schnell, nicht zu offen, nicht zu viel *space*, ein bisschen heimelig soll es bleiben

Den höllenroten Sündensüden haben die Schwarzen eingenommen. Die Hochofenburg der Arbeiterpartei ist über Nacht gefallen. Warum nur, warum? Weil es keine Hochöfen mehr gibt, nur noch Hochkultur und Kulturläufe. Vielleicht weil es gar keine Arbeiter mehr gibt.Und kein Arbeiterbewusstsein mehr und keinen Arbeiterstolz, nur Intellektuelle fahren noch auf Hammer und Sichel ab.

Arbeiter, was ist das überhaupt, kennt jemand noch so einen oder so eine, wie schauen die aus? Sind das die mit den falschen Vornamen? Sind das die Dicken? Nein, das sind die RMG-ler. Was ist denn so ein Arbeiter, was macht so einer eigentlich? Ja, der macht halt die Arbeit. Die scheiße bezahlte Scheißarbeit. Aber das machen doch die Portugiesen. Oder die Jugos, oder solche. Ja, genau. Aber dann gibt es also noch Arbeiter. Ja, aber die wählen meist nicht. Weil sie nicht dürfen oder sich von all den Menschen mit vornehmlich Aboriginee-Namen nicht repräsentiert fühlen. Und wenn, dann wählen sie nicht die Arbeiter_innenpartei. Nicht solche, die Fatima nicht toll finden und nicht gern singend hinter verkleideten Holzpuppen schreiten. Sie wollen es auch heimelig, mit Palast. Und Fahrrad fahren wollen sie schon gar nicht, sie sind viel zu müde dafür.

Aber wer soll denn so eine Arbeiter_innenpartei wählen? Wenn alle Aboriginees Staatsdiener_innen sind? Vielleicht Traditionsbewusste oder Nostalgikerinnen, wegen dem Boop, den Kaninchenställen in der Kindheit? Oder wegen dem Prinzip? Welchem Prinzip? Wegen der Arbeit, Tag der Arbeit, Arbeit als Wert an sich. Weil sie so toll ist. Weil man sie haben sollte. Auch wenn es keine gibt. Weil man sie haben wollen sollte.

Auch wenn Googlehausen on the Roost ganz gut ohne altertümliche Besatzung auskommen wird, die paar *brains* werden gleich mit geliefert. Auch wenn niedliche Roboterinnen zunehmend in die engere Auswahl kommen, denn sie haben Manieren, brauchen keine Rauchpausen und keine Babypause, noch nicht. Aber wenn es schon Minette nicht mehr gibt, *Space Mining*, *Space Miner*, Grubenarbeiterin im Weltraum also, Topjob, das wäre eine realistische Perspektive? Aber das machen bestimmt wieder die Ausländer. Oder die Roboter. Und die wählen ja keine Arbeiterinnenpartei.

Ein bisschen inne halten. Kleine Pause, bevor es Klimakatastrophe wird und sonst was Schlimmes, oder alles total offen oder total zu. Noch mal kuscheln, mit Kirchen- und Kuhglocken, der Herr Bischof segnet noch einmal, und Schwule dürfen alles, natürlich, aber müssen sie es so zeigen? Es geht doch auch diskreter! Vielleicht wird alles noch mal ein bisschen heil-ig, nur ein bisschen, nicht übertrieben. Das *Wort* in guten Händen, ein paar Piraten, ein paar Linke für die Folklore, die Grünen radeln. Für alle was, Demokratie, *wwwellness*. Ein bisschen wie früher, aber doch modern, wie man früher sagte. Mit christlicher Deko, gediegen.

Chronique Internet

Ces 200 000 dollars de pub qui ont fait gagner Trump

Jean Lasar

Facebook est en mauvaise posture après les dernières révélations sur le rôle des pubs hyper-ciblées achetées par des organisations russes pour influencer par le biais du réseau social le résultat des élections 2016 aux États-Unis. Google a commencé lui aussi à battre sa coulepe, reconnaissant avoir accepté des campagnes problématiques lors de ces élections, tandis que Twitter est accusé d'avoir laissé sépanoir des armées de bots hyperactifs sans lever le petit doigt, empoisonnant et manipulant le débat sur sa plateforme.

Pour s'expliquer, Facebook a pris la peine d'acheter des pubs de pleine page dans le *New York Times* et le *Washington Post*. L'entreprise y a annoncé neuf actions immédiates censées empêcher toute utilisation abusive de sa plateforme lors des campagnes électorales. Cette initiative en dit long sur la pression politique dont Facebook fait l'objet aujourd'hui aux États-Unis, plongés depuis janvier dans une crise institutionnelle permanente en raison du résultat de ces élections et dans les premières joutes des élections de *mid-term* de l'automne 2018.

Les États-Unis s'interrogent sur la « weaponization » de Facebook lors du scrutin présidentiel de 2016

Zu Gast

Viviane Loschetter

Diese Woche fand die letzte Chamber-Eröffnung dieser Legislaturperiode statt. In den kommenden Monaten kommt noch einmal viel Arbeit auf die Abgeordneten zu.

Besseres ressortübergreifendes Zusammenarbeiten ist ein Markenzeichen der Dreierkoalition, sowohl auf Regierungs- wie auch auf Parlamentsebene, und Déi Gréng werden diesen Ansatz konsequent weiter verfolgen. Nur so können komplexe Themen wie Klimaschutz, Landesplanung und nachhaltige Entwicklung angegangen und sinnvolle Lösungen umgesetzt werden.

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Die Weichen für die langfristige Entwicklung, für die Zukunft unseres Landes und der unserer Kinder und Enkelkinder müssen heute gestellt werden. Das Zeitfenster, das uns momentan zur Verfügung steht, müssen wir nutzen solange es noch offen ist. Luxemburg braucht langfristige Lösungen anstatt kurzfristige „Kirchturmpolitik“ und daran werden wir auch in den nächsten Jahren weiter arbeiten.

Die Erhaltung unserer Umwelt und unserer Lebensqualität bleibt unser Ziel. Dazu brauchen wir wirksame Lenkungsinstrumente, die es ermöglichen, Entwicklungen in Wirtschaft, Sozialem und Umwelt nach nachhaltigen Kriterien zu lenken. Einige dieser Instrumente sind nun auf der gesetzgeberischen Zielgeraden.

Das neue Landesplanungsgesetz, das voraussichtlich Ende des Jahres verabschiedet wird, bietet die gesetzliche Grundlage für die nachgebesserten *Plans sectoriels*. Die Landesplanung beschränkt sich dabei nicht nur auf die Aufstellung von kohärenten Entwicklungsplänen, sondern ist eng mit den Fragen des Naturschutzes, der Mobilität, des Wohnungsbaus und natürlich des Wachstums verbunden. Auch das kommende Naturschutzgesetz bildet ein wichtiges Regelwerk, das auf den Schutz, den Erhalt und auch die Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume sowie deren Diversität und Integrität abzielt.

Im kommenden Parlamentsjahr werden einige neue infrastrukturelle Projekte im Bereich der Mo-

Ce qui a laissé les législateurs américains pantois est à quel point il est simple et bon marché d'acheter des campagnes ciblées (ces pubs auraient coûté 100 000 dollars), combien l'algorithme qui préside à leur diffusion est opaque, empêchant quiconque d'autre que Facebook d'avoir une vue d'ensemble sur leur déploiement, et avec quelle précision les publics déterminants pour l'issue du scrutin ont été identifiés et arrosés de manière sophistiquée. La viralité a joué à plein, démultipliant l'effet. Sans une aide d'experts locaux connaissant les moindres recoins du tissu social américain, les agents russes, notamment ceux de de l'Internet Research Agency, procédant aux achats de pubs n'auraient pas réussi cette « weaponization » hyper-efficace de la plateforme présidée par Mark Zuckerberg. Le fait que dans un souci de réduction des coûts, les annonces puissent être placées en ligne, sans interaction avec un employé de Facebook, pour viser des groupes identifiés à l'aide d'algorithmes, n'arrange rien, comme on l'a vu avec les pubs ciblant expressément les « jew-haters » que des groupes antisémites ont pu diffuser tranquillement.

Bien qu'ils soient moins en pointe de mire que Facebook dans cette affaire, Google et les publicités en ligne sur ses différents services ne sont pas en reste. L'entreprise de Mountain View a révélé ces derniers jours les résultats d'une enquête interne sur la même problématique. Là aussi, il est question de quelque 100 000 dollars, une paille par rapport au coût des campagnes télévisées classiques.

Pour identifier les donneurs d'ordre, Google a scruté Twitter et a pu ainsi établir des liens entre des bots qui y sévissaient à l'initiative d'une écurie de *trolls* russes – distincte de celle ayant manipulé Facebook – et ceux qui avaient placé des pubs sur YouTube, Gmail, Google Search et le réseau DoubleClick. Les pubs en question étaient favorables au candidat républicain Donald Trump, au challenger démocrate de Hillary Clinton, Bernie Sanders, et à la candidate écologiste Jill Stein.

Tant Facebook que Google avaient dans un premier temps minimisé le rôle qu'auraient pu jouer ces pubs dans les élections. Mark Zuckerberg avait même cru bon pouvoir affirmer que c'était « a pretty crazy idea » que des *fake news* aient pu avoir une quelconque influence. Ils reconnaissent en creux aujourd'hui qu'au contraire, ces flux d'infos bidon ou tendancieuses ont bel et bien pu avoir un impact inversement proportionnel à leur coût. Il faut se rendre à l'évidence : les grandes plateformes d'interaction sociale du Net, gérées par des entreprises cotées en bourse, sont devenues des armes à la main de ceux qui veulent subvertir les débats factuels. Ces entreprises ont-elles une chance de rester rentables si elles sont contraintes de remplacer les algorithmes qui régulent leurs flux publicitaires par des humains filtrant le grain de l'ivraie ? Tant aux États-Unis que dans l'Union européenne, il est grand temps de ne plus seulement regarder les GAFAs comme des monopolistes, mais aussi comme des plateformes de sabotage potentiel du débat démocratique.

Das Zeitfenster nutzen

Viviane Loschetter

bilität und des öffentlichen Transports auf die Tagesordnung kommen. Die budgetären Zukunftsinvestitionen bleiben deshalb sehr hoch: Erweiterung der Tramlinie, Modernisierung der Bahnhöfe, Ausbau des Eisenbahnnetzes, des Radwegenetzes, neue innovative Mobilitätsangebote, und so weiter. Diese landesplanerischen und ressortübergreifenden Bemühungen werden auch dem Ziel der Klimaschutzpolitik und der Energiewende zugutekommen, genau wie die so genannte Rifkin-Strategie zur optimalen Meisterung der dritten Industriellen Revolution, in der wir uns gerade befinden. Sie ist eine weitere wichtige Initiative der Regierung, mit der wir ressortübergreifend und langfristig die Weichen für die Zukunft des Landes stellen können. Auf dem Weg dorthin müssen wir aber die Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen. Um die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs verständlich zu machen, werden wir weiterhin eine möglichst breite gesellschaftliche Debatte führen. Dabei werden wir den Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam zuhören und ihre Ansichten mit in unsere Lösungsansätze einfließen lassen.

Die wohl zentralste Frage ist dabei die Wachstumsfrage. Es ist klar, dass Raum und Ressourcen begrenzt sind. Das Luxemburger Wirtschaftsmodell der letzten 30 Jahre, das auf einem beständigen quantitativen Wachstum beruhte, ist alles andere als nachhaltig. Es ist auf längere Sicht nicht mit

Viviane Loschetter ist Fraktionspräsidentin von Déi Gréng

der Erhaltung der Umwelt und der Lebensqualität vereinbar. Das wird auch heute schon deutlich. Den vordergründig positiven Effekten stehen zunehmend kostspieligere Langzeitfolgen entgegen. Déi Gréng wollen deshalb den Weg ebnen für ein neues, sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich tragfähigeres Modell, das auf weniger Wachstum abzielt.

Dem Schluss dieser Legislaturperiode, den bereits angefangenen Projekten und den noch anstehenden Gesetzesnovellen kommt natürlich eine besondere Bedeutung zu. Der Zeithorizont grüner Politik ist jedoch nie die nächste Wahl, sondern die Welt, die wir unseren Kindern und Kindeskindern hinterlassen möchten.

Billet

Le vice et la vertu

Ira-t-on jusqu'à dire qu'il y a comme un hommage de l'un à l'autre ? Vérité d'un côté des Ardennes, erreur de l'autre, dirait Pascal. Et nos gouvernants génés d'empocher les 250 millions d'euros qu'Amazon devrait depuis des années au pays. Eux disent que les temps ont changé, sans recon-

naître toutefois qu'il est des raisons à cela. Et de l'argent qu'ils mettront dans un bas de laine, invitions-les à tirer quelques maigres milliers d'euros pour les passer aux Deltour et Halet au cas où en novembre et en cassation leurs condamnations seraient confirmées. Lucien Kayser

La mobilité des cerveaux : envergure et impact économique

Sélection positive

Joël Machado

L'Union Européenne a récemment mis en place la « carte bleue européenne » afin d'encourager l'immigration de travailleurs hautement qualifiés venant de pays tiers. Ce titre de séjour permet à certaines catégories de travailleurs qualifiés possédant une offre d'emploi venant d'un employeur d'un pays émetteur d'y immigrer (notons néanmoins que le Danemark, l'Irlande et le Royaume-Uni n'émettent pas de *carte bleue*).

Ce type de visa connaît un succès inégal parmi les pays participants. L'Allemagne a été avec 14 620 premières émissions en 2015 le pays qui a émis le plus de *cartes bleues* et a représenté à elle seule 85,5 pour cent de toutes les *cartes bleues* émises cette année (Eurostat, 2017). Le Luxembourg se retrouve à la quatrième place dans le classement européen avec 336 émissions, derrière la France et la Pologne. La *carte bleue* est un titre de séjour privilégié pour les travailleurs immigrants de pays tiers au Grand-Duché. En comparaison, 931 titres de séjour ont été délivrés sous les cinq catégories de titres « travailleur » (voir le rapport d'activité 2016 du ministère des Affaires étrangères).

Le niveau d'éducation des migrants est un sujet d'intérêt aussi bien pour les pays d'origine que pour les pays d'accueil. Les pays à forte émigration se soucient d'une possible « fuite des cerveaux », entraînant le départ d'une partie souvent considérable des professionnels hautement éduqués (tels que les médecins, les ingénieurs, et cetera). L'opinion publique dans les pays de destination tend à être plus favorable à l'immigration fortement qualifiée. En effet, ces travailleurs sont souvent plus complémentaires aux travailleurs locaux, permettent une hausse de la productivité et génèrent un impact fiscal potentiellement plus avantageux que les immigrants moins éduqués.

La part d'individus éduqués (c'est-à-dire ceux ayant terminé au moins le premier cycle universitaire, un bachelors) parmi les émigrants âgés de plus de 25 ans est supérieure à celle de la population totale originaire de leur pays dans nombreux pays d'origine. Ceci est connu sous le concept de « sélection positive ». Par exemple, on parle de sélection positive parmi les émigrants haïtiens car la part d'individus très qualifiés (26,3 pour cent en 2010 selon les données OCDE) dépasse celle de la population totale d'origine haïtienne (4,5 pour cent en 2010). Dans certains pays comme la Tanzanie ou le Malawi, les émigrants ont une probabilité d'être hautement éduqués au moins trente fois supérieure à celle de la population totale originaire du pays.

Cette sélection se reflète également dans les pays de destination. Elle est particulièrement élevée dans les pays anglo-saxons, dont les politiques migratoires ciblent souvent les individus hautement qualifiés. Au Luxembourg, cette sélection est également marquée, même si elle est avant tout due à la structure industrielle plutôt qu'à la politique d'immigration. Ainsi, la part des immigrants très éduqués est en moyenne 1,7 fois supérieure à celle des populations dans les pays d'origine.

L'impact de l'immigration sur le bien-être des individus ou certaines composantes de celui-ci telles que les salaires, le niveau d'emploi ou encore la croissance a été un sujet d'étude central depuis les années 1980. La plupart de ces études se concentrent sur un pays en particulier. Même si ce type d'analyse permet ainsi, par exemple, d'étudier l'impact des immigrants sur les salaires des travailleurs américains au cours d'une certaine période ou encore l'effet de l'émigration sur la croissance dans certains pays africains, il néglige la dimension globale de la migration. L'émigration de « talents » africains, qui



Au salon de l'ICT Spring

peut ralentir la croissance dans certains secteurs économiques du pays d'origine, a également un impact économique dans leur pays de destination. Cet impact reste cependant invisible si l'attention se concentre sur le pays d'origine uniquement.

Les effets globaux de l'immigration sont le sujet d'une littérature théorique plus limitée. Les modèles développés utilisent des données économiques (sur la production totale, les salaires ou le commerce) ainsi que des statistiques sur l'immigration afin d'en évaluer l'impact économique global. Plusieurs scénarios sont ensuite simulés. Le premier constitue un point de référence dans lequel le chercheur essaye de répliquer certains aspects du monde tel que nous l'observons. Ensuite, il en modifie une caractéristique, comme par exemple le nombre d'immigrants, et mesure l'impact de ce changement par rapport à la simulation de référence. Les résultats ainsi obtenus permettent de quantifier l'effet du changement du nombre d'immigrants. Ces exercices quantitatifs reposent sur un certain nombre d'hypothèses techniques, et leurs résultats doivent être interprétés à la lueur de celles-ci.

La population immigrée présente cependant des caractéristiques différentes de celles des autochtones (tel que l'âge, le niveau d'éducation, l'expérience professionnelle, et cetera). En conséquence, les études qui analysent l'impact économique de l'immigration sont susceptibles de mélanger un effet quantitatif (le nombre d'immigrants) et un effet « qualitatif » (les caractéristiques des immigrants comme par exemple l'éducation). Dans une étude récente, co-écrite avec Costanza Biavaschi, Michal Burzynski et Benjamin Elsnér, nous essayons d'isoler l'impact économique de la sélection observée dans les flux migratoires (c'est-à-dire l'impact de la différence du niveau de l'éducation des immigrants et de leur population d'origine).

Pour ce faire, nous partons d'un modèle simplifié de l'économie mondiale, intégrant plusieurs secteurs productifs, du commerce entre pays et des travailleurs ayant différents niveaux d'éducation. Ce modèle est dans un premier temps simulé avec des données observées qui incluent notamment la production totale, les flux de commerce et la structure de l'éducation des travailleurs immigrés et des natifs (c'est-à-dire

Le niveau d'éducation des migrants est un sujet d'intérêt aussi bien pour les pays d'origine que pour les pays d'accueil

les individus nés dans un pays qui n'émigrent pas). Dans un deuxième temps, nous simulons le même modèle en remplaçant les immigrants observés par le même nombre d'immigrants mais en supprimant la sélection observée dans les flux migratoires. Dans ce scénario alternatif, les travailleurs d'un certain pays d'origine ont donc le même niveau d'éducation moyen, peu importe le pays de destination dans lequel ils vivent. Nous comparons ensuite différents indicateurs (tels que la production économique par tête ou l'utilité par natif)¹ obtenus dans les deux scénarios. Il convient de noter que les effets pris en compte sont uniquement économiques et négligent tout impact sur la culture, les préférences éventuelles pour l'homogénéité de la société, et cetera.

Maux dits d'Yvan

Trop tard ?

Yvan

L'Uni.lu aura-t-elle le recteur qu'elle mérite ? On a pu reprocher à certaines de ses disciplines de privilégier le salon cossu et *cosy* de l'économie et de la finance à l'aventure de la pensée. Et il est vrai qu'un esprit pseudo-scientifique a contaminé jusqu'aux têtes chercheuses de la psychothérapie, pour ne citer que cet exemple, qui transforment le sujet de la psychothérapie en objet de leurs échelles qui quantifient angoisses, dépressions et autres souffrances humaines, bien trop humaines.

Quantifier la misère humaine, c'est aussi le propos du recteur désigné dans un article paru en 2001 et intitulé « Why Banning the Worst Forms of Child Labour Would Hurt Poor Countries »¹. « C'est une des premières tentatives de quantifier un problème moral », écrit fièrement notre auteur qui affirme, peut-être non sans raison, qu'interdire simplement les pires formes du travail des enfants équivaut à appauvrir l'ensemble de la population. Dans la même veine, le recteur désigné part en guerre contre ce qu'il appelle les effets pervers de l'aide au développement. Prenant exemple sur Haïti, il affirme que cette aide favorise la fuite des cerveaux, portant ainsi par exemple le coup de grâce à la médecine privée². Loin de nous l'idée que l'auteur veuille promouvoir le travail des enfants, voire donner un coup d'arrêt à l'aide au développement. Mais privilégier le résultat économique à l'im-

La figure 1 montre que les natifs dans les principaux pays d'origine hors OCDE (et donc considérés comme en voie de développement) subissent, en moyenne, une perte d'utilité de l'ordre de 0,3 pour cent due à la sélection positive parmi les émigrants. Il est important de noter que ce chiffre représente l'estimation la plus pessimiste qui exclut tout mécanisme pouvant (au moins partiellement) contrebalancer cet effet, tel que les transferts financiers renvoyés au pays d'origine par les émigrants ou encore les transferts technologiques. À l'inverse, les natifs originaires et résidents des pays de l'OCDE bénéficient en moyenne de la sélection positive des immigrants (augmentation moyenne de 0,7 pour cent de l'utilité).

Pour le Luxembourg, où le nombre d'immigrants positivement sélectionnés est important, le gain obtenu dépasse largement la moyenne des pays de l'OCDE : l'utilité moyenne d'un natif luxembourgeois est 1,5 pour cent supérieure à ce qu'elle ne serait si les immigrants n'étaient pas positivement sélectionnés. Ce résultat est principalement dû au fait que le Luxembourg accueille un grand nombre d'immigrants, qui tendent à être positivement sélectionnés par rapport à leur pays d'origine.

Quelques remarques s'imposent en conclusion. Premièrement, les résultats obtenus peuvent paraître très faibles. Il convient cependant de rappeler que l'exercice entamé ici n'affecte pas le nombre de travailleurs mais uniquement la distribution de leur niveau d'éducation. Les immigrants ne constituent qu'environ trois pour cent de la population mondiale, et le fait que ce nombre relativement faible de travailleurs soit en moyenne plus éduqué que la population native des pays d'origine, entraîne un effet marqué sur la production mondiale totale.

Deuxièmement, en se concentrant sur l'utilité des natifs, la mesure utilisée n'inclut pas les émigrants, qui sont les principaux bénéficiaires de la mobilité. Troisièmement, même si globalement l'impact de la sélection est positif, ce type de résultat agrégé cache évidemment des réalités différentes pour différents agents. Certains natifs perdront en utilité tandis que d'autres bénéficieront de cette sélection positive. Plutôt que de se concentrer sur un chiffre précis, il convient avant tout de comprendre le mécanisme sous-jacent. En concentrant les travailleurs les plus éduqués dans les pays les plus productifs, l'utilité totale augmente au niveau mondial. La répartition de ce gain reste cependant un enjeu majeur.

Joël Machado est chercheur au Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (Liser). Il était chercheur post-doc au Centre de recherche en économie et management de l'Université du Luxembourg (Crea) au moment de la rédaction de l'article qui est basé sur un projet de recherche effectué au sein du Crea.

¹ Le terme « d'utilité » est un concept théorique qui cumule l'impact sur les différents mécanismes tels que les salaires, la taille de marché, le nombre de variétés de produits consommés, et cetera. Il peut être approximé par la consommation totale de l'individu. Si la consommation de référence d'un individu est de cent euros, une hausse d'un pour cent implique qu'il pourra consommer un euro en plus, soit 101 euros au total. Nous comparons l'impact sur les natifs, c'est-à-dire le nombre d'individus nés dans un pays et qui n'émigrent dans aucun des scénarios.

Pour aller plus loin :

Biavaschi, C. ; Burzynski, M. ; Elsnér, B. et Machado, J. (2016), « The Gain from the Drain : Skill-biased Migration and Global Welfare », *IZA Discussion Paper* 10275

Rapport d'activité 2016 du ministère des Affaires étrangères, www.gouvernement.lu/4279676/publications

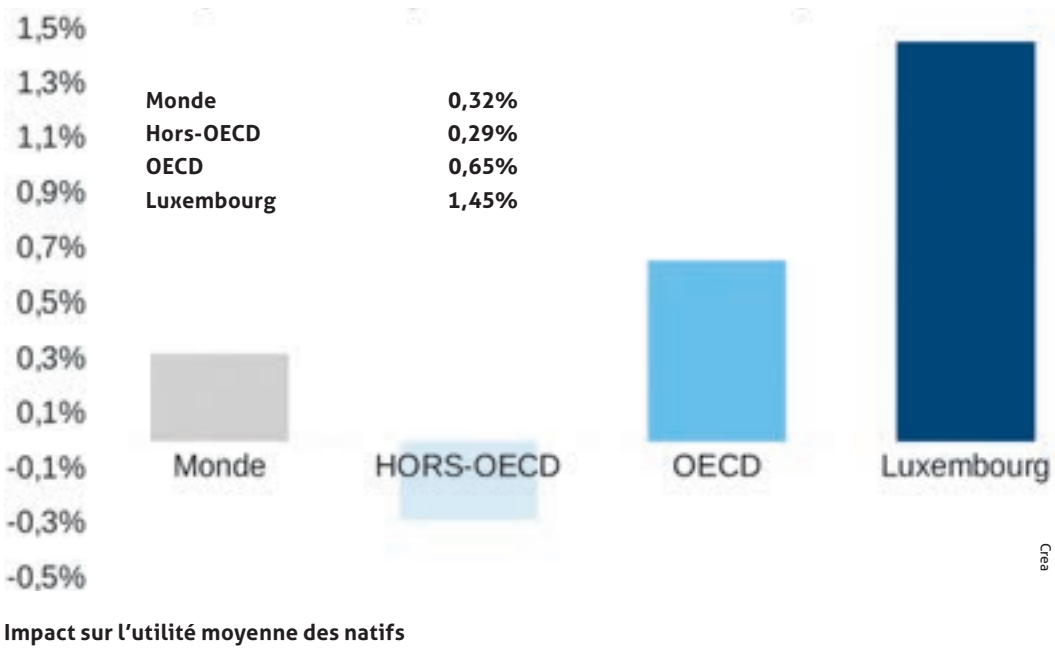
Returnees from the emigration to America and long-run effects on regional entrepreneurship. Eurostat (2017), Base de données : « Asile et gestion des migrations », <http://ec.europa.eu/eurostat/web/asylum-and-managed-migration/data/database>.

L'économie ne peut pas faire l'économie de l'éthique et les scientifiques ne peuvent se défaire de la responsabilité des conséquences de leurs découvertes

faire basculer le fragile *nation branding* dans le *nation bashing*, dans lequel le Grand-Duché a tout à perdre. Gageons qu'à Belval, le plaisir de penser fera alors bien vite place à l'urgence de panser.

¹ Dessy, Sylvain Dessy ; Pallage, Stéphane, « Why Banning the Worst Forms of Child Labour Would Hurt Poor Countries ». *Working Paper*, n° 135, CREFE, Université du Québec, Montréal, juin 2001

² Lemay-Hébert, Nicolas ; Pallage, Stéphane, « Aide internationale et développement en Haïti : bilan et perspective ». *Haïti Perspectives*, vol.1, n° 1, printemps 2012





Les photos de promotion pour la pièce *7 Minuten – Betriebsrat* rappellent la dernière cène, forcément : onze femmes en uniforme de travail sont attablées, l'air grave, dans un décor d'usine. La pièce de l'Italien Stefano Massini – qui a également écrit *Femme non-rééducable*, sur la journaliste russe Anna Politkovskaïa, et une trilogie sur les Lehman Brothers – parle d'une réalité cruelle : celle du monde du travail. Car les onze femmes sont les déléguées du personnel d'une usine textile, dont les repreneurs leur demandent l'accord pour que tous les ouvriers travaillent sept minutes de plus par jour. Ce qui, de prime abord, semble dérisoire, s'avère vite une question de principe : les ouvrières doivent-elles donner suite à ce chantage, de peur de perdre leur emploi ? Elles ont une heure pour en délibérer. Carole Lorang monte la pièce en allemand au Capucins, dans une coproduction avec le Staatstheater Mainz (première le 17, [theatres.lu](#)). jh

Politique

Encore un p'tit effort !

Peu à peu, on y arrive, le budget alloué à la Culture augmente à nouveau : pour 2018, il constituera 0,94 pour cent du budget des dépenses de l'État, ou 141 millions d'euros (contre 124 millions cette année), a annoncé le ministre des Finances et du Budget Pierre Gramegna (DP) à la tribune de la Chambre ce mercredi. En y regardant de plus près toutefois, aussi dans le budget pluriannuel, peu de surprises ou de grands accents : les budgets des instituts culturels de l'État et des établissements publics culturels augmentent linéairement. La « stratégie numérique culturelle nationale » dévorera jusqu'à un million d'euros annuels d'ici 2021 et Jo Kox, l'expert externe en charge du « suivi des assises culturelles » voit son budget augmenter au-delà de 300 000 euros et ce jusqu'en 2020 – à Mersch, le secrétaire d'État Guy Arendt avait annoncé qu'il devait « livrer » un plan d'action d'ici avant les législatives de 2018. L'année prochaine, l'État investira déjà quatre millions d'euros dans le financement de l'année culturelle Esch 2022, le budget annuel du pavillon luxembourgeois à Venise augmentera à 350 000 euros (plus 21 000 euros de frais de location à l'Arsenale), et les « édifices religieux à régime spécial » (la Cathédrale de Luxembourg et la Basilique d'Échternach) se voient attribuer plus de 65 000 euros annuels pour le fonctionnement et l'entretien. L'État investira en outre 4,55 millions d'euros dans la nouvelle conception du Musée national de la Résistance à Esch-Alzette et budgétise 25 millions d'euros pour le « réaménagement » du bâtiment de la Bibliothèque nationale, rue Notre-Dame, prévu pour accueillir la future Galerie d'art nationale voulue par le ministre Xavier Bettel (DP), sans toutefois qu'on en trouve la moindre trace côté budget de fonctionnement, même pas dans le budget pluriannuel. jh

Scènes

Les carnets du sous-sol...

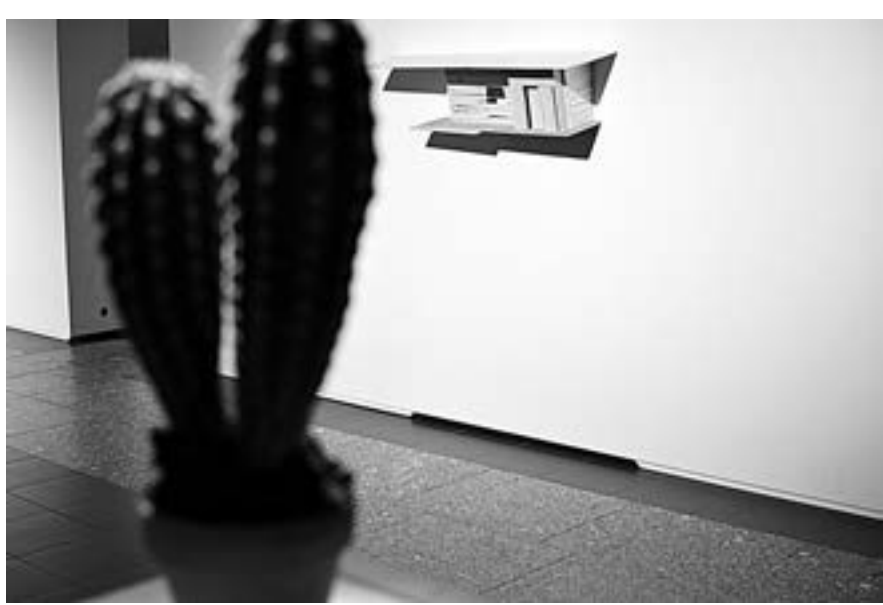
...de Fiodor Dostoïevski, publiés une première fois en 1864 sous forme de roman, est le monologue d'un homme aigri, rempli de haine. Le texte aura servi de base à Ruth Heynen pour la pièce de théâtre *Untergrund*, que Frank Hoffmann met en scène au Théâtre national. Le narrateur y est incarné par Marco Lorenzini, que Roger Seimetz et Anouk Wagner accompagnent dans les bas-fonds de Saint-Pétersbourg (jusqu'au 26 octobre ; [www.tnl.lu](#)). jh



L'avant-garde est vivante !

Charlotte Moorman (1933-1991) était une violoncelliste et performeuse américaine qui travaillait avec les artistes du mouvement Fluxus, surtout avec le vidéaste Nam June Paik, mais qui est largement tombée dans l'oubli depuis. Le metteur en scène et curateur d'exposition luxembourgeois Stéphane Ghislain Roussel travaille depuis des années, avec la violoncelliste Julie Läderach, sur l'œuvre de Moorman, qu'ils considèrent comme une source d'inspiration. Ce samedi et dimanche, 14 et 15 octobre, ils donneront leur performance *Variations in time and space N° 5&6 : Stromboli* (photo) à la biennale de Lyon et présenteront le catalogue *In memoriam Charlotte Moorman* (Amac, Nantes). jh

Art contemporain



Le monde entier est un cactus

Non, Duchamp n'a pas tout dit sur la sculpture et le geste de l'artiste qui élève n'importe quel objet au rang d'œuvre. Exactement un siècle après son urinoir, les artistes vivants se frottent toujours à la question de la définition de l'œuvre et du pouvoir de l'artiste. Le Luxembourgeois Max Mertens, par exemple, essaie de donner une définition à la fois littérale et ludique de l'œuvre d'art en inscrivant le mot dans un rectangle de gazon, mot qui, au fur et à mesure que l'herbe pousse sous le tube néon, disparaîtra – ou du moins deviendra invisible (*Kunstrasen*). Pour son exposition personnelle au Centre des arts pluriels à Ettelbruck, intitulée *Edifice of thought*, Mertens essaie de donner forme à sa réflexion théorique. En enlevant les épines d'un cactus (on pense forcément au travail du duo Brognon-Rollin) et en les entassant sur un petit socle à côté de celui qui porte le cactus désormais nu (*Freigeist*, esprit libre, photo : TPC), il affirme haut et fort qu'il s'agit là déjà d'un geste de sculpteur. Les réverbères usagés de *Bestand*, avec les luminaires posés par terre qui semblent donner leur dernière énergie en clignotant encore faiblement, s'inscrivent dans les recherches de Mertens sur les effets de la lumière, sa poésie aussi. Deux *Platzhalter* (« marques de réservation », également une série continue de Mertens) aux jolis prénoms de *Haruto* et *Lucas*, architectures brinquebalantes et légères, font écho aux caissons en bois de *Envoi exceptionnel*, où une partie du caisson est accrochée au mur et éclairée comme s'il s'agissait d'une œuvre en soi.

Si le foyer du Cape est on ne peut plus difficile pour des expositions d'art contemporain, avec son bar, ses socles, sa pente et les grandes baies vitrées (beaucoup d'artistes y ont déjà échoué), Max Mertens arrive à se l'approprier pleinement avec ses constructions très présentes, notamment le cube central qui abrite *Kunstrasen*, et, surtout, grâce à cette combinaison de rigueur et de légèreté, de réflexion et d'humour qui est la sienne. (L'exposition dure jusqu'au 18 octobre ; finissage en présence de l'artiste demain, samedi 14 octobre de 10 à 13 heures, avec apéro et visite guidée ; [www.cape.lu](#)). jh

Musées

Garanties par écrit

C'est en l'absence de la présidente, la grande-duchesse héritière Stéphanie, et des deux vice-présidents, Philippe Dupont et Paul di Felice, et même en l'absence de l'intéressée elle-même, retenue par des obligations à Porto, que Laurent Loschetter, responsable de la gestion quotidienne du Mudam pour le compte du CA (photo : TPC) a confirmé vendredi dernier, lors d'une conférence de presse, que l'Australienne Suzanne Cotter allait prendre la succession d'Enrico Lunghi à la direction du Mudam à partir du 1^{er} janvier 2018. Durant une période de transition de deux mois en début d'année, elle terminera ses projets entamés au Museu Serralves et fera des aller-retour. Cotter, qui dispose d'une expérience très internationale – d'Angleterre en passant par les États-Unis jusqu'aux Émirats Arabes unis – et d'un agenda bien fourni, se serait vite avérée la favorite parmi 43 candidatures (dont trois luxembourgeoises), affirma Loschetter. Elle aurait été très modeste dans ses revendications personnelles (comme le logement par exemple), mais inquiète en ce qui concerne le budget d'acquisition (qui a fondu comme neige au soleil). En outre, elle a demandé à ce que le CA lui garantisse par écrit sa totale liberté de choix, aussi bien du point de vue artistique qu'administratif – ce qui lui a été accordé. Elle semble avoir bien négocié : la dotation publique du Mudam augmentera de presque un million d'euros à 7,8 d'ici 2021. jh



Land-Art



Penser en images

La Française Lea Brousse et l'Allemand Raban Ruddigkeit se sont associés en 2015 à Berlin dans un bureau de communication visuelle portant leurs deux noms et qui essaie de penser et de s'exprimer autrement que par la seule recherche d'un logo et d'une identité visuelle pour un client. Brousse & Ruddigkeit travaillent avec des éléments graphiques directs, simples, mais immédiatement reconnaissables. Depuis 2015, ils interviennent ainsi chaque dimanche avec une « chronique visuelle » dans le quotidien allemand *Der Tagesspiegel*. Ces commentaires leur ont valu le Visual Lead Award en 2016 et ils sont actuellement exposés à la galerie Neurotitan à Berlin (jusqu'au 21 octobre ; [www.neurotitan.de](#) ; photo). Brousse & Ruddigkeit font partie des illustrateurs contemporains invités par le Mudam à réagir au travail graphique d'Ad Reinhardt, à l'honneur du musée avec l'exposition *Hard to picture*. Le *Land* est partenaire de ce projet et publie une intervention visuelle du duo en page 17 de cette édition. Pour en savoir plus sur les artistes, on pourra consulter leur site [www.brousserruddigkeit.com](#) ou assister, le 16 mai 2018, à leur conférence organisée par Design Friends Luxembourg. jh

Theater

Kleines Arsenal

josée hansen

Modernisierungsverlierer. Wutbürger. Heteronormalität. Der deutsche Feuilleton erfindet ständig solch wunderbare Wörter, um die immer unträglichere Banalisierung des Bösen in der urgemütlichen guten Stube der AfD-Wohnungen zu beschreiben. Das Narrativ dieser Banalisierung erzählt von diesen zurückgebliebenen Mittelschichten, ganz normale Deutsche, die überzeugt sind, „immer alles richtig“ gemacht zu haben, und trotzdem sitzen gelassen werden, ihren Job verlieren, danach ihre Wohnung in einem Viertel, in dem sie sich „überfremdet“ fühlen... Sibylle Berg hat einen Riecher für solch ganz normalen Arschlöcher, die sich gegen den dominierenden Gutmenschen-sprech wehren wollen, die finden, das müsse „man doch noch sagen dürfen“. Sie beschreibt sie in ihrer wöchentlichen Kolumne „Fragen Sie Frau Sibylle“ im *Spiegel*, in ihren Büchern und ja, besonders auch in ihren Theaterstücken. Anne Simon inszeniert derzeit im Kasemattentheater ihren knappen, schnellen Text *Viel gut essen*, uraufgeführt 2014 von Rafael Sanchez in Köln.

„Ein Mann oder viele“ könnten den Text vortragen, schreibt Berg in ihren Regieanweisungen. Anne Simon entscheidet sich für zwei Männer, Pitt Simon und Nickel Bösenberg, in der Rolle des Alter Ego oder des klassischen Chores, sowie Sängerin Marly Marques, als Erinnerung und Fantasmus der Frau, als Verkörperung des Anderen auch. Er, der Mann in der Hauptrolle, hat keinen Namen aber ein ganz normales Leben: einen Job als IT-Experte, eine Frau, die er liebt und einen jugendlichen Sohn, eine neue Einbauküche in einer Wohnung, die er seit 17 Jahren mietet. „Ich kann von mir behaupten, alles richtig gemacht zu haben... Ich habe nie betrogen, kaum gelogen, bin nie fremdgegangen“. Doch seine Welt zerfällt, ist schon zerfallen: Die Frau ist weg, der Sohn wollte so gar kein Macho sondern Balletttänzer werden, die Arbeit ist futsch und die Wohnung gekündigt.

Das Leben als Zyniker und der ganz normale Hass: Anne Simon inszeniert Sibylle Berg im Kasemattentheater

Also kocht er. Jeden Abend kocht er *Michelin*-würdige Gerichte, in der Hoffnung, seine Frau und sein Sohn kämen, einfach so, eines Abends wieder nach Hause. Die Trostlosigkeit dieses Wartens erinnert an das der Familien, die nach dem Zweiten Weltkrieg jeden Abend auf die Rückkehr der Söhne von der Front warteten. Auf der Bühne riecht es nach Lauch, und wenn er sich in den Eifer redet, wenn er ausflippt, fliegen auch mal getrocknete Chilis, Kapern oder geraspelt Gemüse herum (nicht in die erste Reihe setzen!). Denn heute ist er „auf der B-Seite [s]eines Lebens“ angekommen. Nicht seine Schuld. Er hat doch alles richtig gemacht, von seinem ersten Onanieren bei seinen Eltern – „das sexuelle Werden war eine Enttäuschung“ – bis zum Job, in dem er von einer Beförderung zum Abteilungsleiter träumte, doch in Wirklichkeit kurzerhand von Frau Hüdücü gefeuert wird. Frau und Ausländerin – doppelte Quote, ungerecht, weiß er gleich.

Also hasst er. Inbrünstig. Jeden und alles. Die Kunden der Bioläden, die Russen und die Juden (die sowieso immer mehr Geld haben als „wir Deutschen“), die Hipster, die als „Social-media-Experten“ mit Bart und Laptop in coolen Bars rumhängen, die Ausländer die draußen Lärm machen, die Schwulen und Lesben sowieso. Pitt Simon ist perfekt als Otto-Normalverbraucher, mit goldum-



Nickel Bösenberg, Pitt Simon und Marly Marques in *Legoland*

randeter Busfahrerbrille, gepflegtem Bart und unauffälliger blauer Kleidung. Er versucht, die Contenance zu behalten, den Alltag zu wahren, gediegen zu leben. Doch sein Alter Ego, Nickel Bösenberg, dreht durch – total. Er gibt alle Abscheulichkeiten von sich, die man sonst so in Internetforen liest, gegen Europa, den Euro, die Bürokraten, die Homosexuellen... Manchmal wird einem schon übel dabei. Bösenberg dreht auf, spielt den Clown, setzt auf Mimik, Körpersprache und Überraschungseffekte (und übertreibt manchmal ganz schön).

Wie immer arbeitet Anne Simon mit Rhythmus, gibt einen schnellen Gang vor, der immer kurzatmiger wird (Sibylle Bergs Hauptfigur erinnert nicht nur zufällig an Guy Helmingers Benoît Pleimer in *Performance*, den Anne Simon letzte Saison insze-

nierte). Und während sie spielen und kochen und hassen, bauen die Schauspieler eine Mauer um sich auf. Im wahrsten Sinne des Wortes. Anouk Schiltz hat ein Bühnenbild aus riesigen Legosteinen vorgesehen, die nicht nur zufällig an die Betonklötze erinnern, die in europäischen Städten vor Selbstmordattentaten schützen sollen. Und nach und nach werden die Steine zu einer Mauer. Dazu Joey Tempests Welthit *The final countdown* (Europe), sein Lieblingslied. Es erschien 1986.

Viel gut essen von Sibylle Berg, inszeniert von Anne Simon; Bühne & Kostüme: Anouk Schiltz; mit Nickel Bösenberg, Marly Marques und Pitt Simon; weitere Vorführungen heute Abend, 13. Oktober, am 14. und 16. im Kasemattentheater in Bonneweg, danach im Kulturhaus Niederanven und im Escher Theater; www.kasemattentheater.lu.

Art contemporain

Face au monde, face au temps

Lucien Kayser

Il est une image, d'une jeune femme du nom de Kazia qui vous accompagne au long de l'exposition du duo Karolina Markiewicz et Pascal Piron au Centre d'art Dominique Lang ; elle ne vous quittera pas après, vous restera longtemps. Elle est dans une des vidéos de l'exposition, dans une grande toile, dans une photographie. La jeune femme a le visage pris entre ses deux mains, recouvertes de poudre d'or. On dirait qu'elles en forment comme un écrin, non, les mains ne se ferment pas, comme on le ferait pris par de la frayeur, pour protéger, elles disent une concentration extrême, allons jusqu'à parler d'intériorisation. La qualité justement qu'on reconnaît de suite au travail des deux artistes, et qu'ils demandent de même au visiteur. Une exposition, réduite avec beaucoup de justesse, où il faut prendre son temps, de réflexion, laisser également s'épanouir la poésie.

La première ne devrait pas étonner alors que nous sommes éblée et vivement interpellés. Prenez cet ensemble autour d'une figurine, de l'univers Disney : on l'a retrouvée sur les bords de la Vistule, il faut croire qu'elle a appartenu à un enfant assassiné à Auschwitz. Nous voilà face au monde de l'horreur, d'une façon paradoxale mais d'autant plus radicale. Il suffit d'une impression en 3D, d'une série de crayons sur calque, d'une vidéo avec Amandine Truffly comme revenante de passage. Là-dessus la musique de Chopin qui s'élève, et s'il est d'un bout à l'autre de l'exposition un côté nocturne chez Markiewicz et Piron, la nuit est comme éclairée, illuminée sur les photographies, avec tels emprunts littéraires ou philosophiques.

Sur un mur, il y a le « mentir vrai » de Louis Aragon. Oui, l'art est artifice, et il en est beaucoup dans les apparitions des femmes des vidéos, beaucoup de vérité aussi. Dans les images qui ramènent aux pires moments de l'histoire humaine, non sans une lueur d'espoir, toutefois, *all we are able to make, are wishes*. Tant qu'on ne sombre pas dans le désespoir, dans la résignation, prenant la tête à deux mains, l'y enfermant ; Kazia fait autrement.

Il arrive à Markiewicz et Piron d'être plus directs, dès l'entrée de l'exposition. Une photographie d'une voiture Ferrari devant une maison, plaque d'immatriculation luxembourgeoise, et les bâtons lumineux, cette fois-ci, ainsi que le texte pris à Sarah Kane de ne prendre aucun détour : « what do you offer your friends to make them so supportive ». Les autres « neon thoughts », les vidéos avec les autres femmes sorties de la nuit, des ténèbres de la mémoire, Irene Del Olmo en déesse Eos, Silvia Costa, apportent une autre lumière, pour reprendre les paroles de Jaurès : rallumer tous les soleils.

Inutile d'aller plus loin dans une transition, pour l'exposition de Giulia Andreani, à quelques centaines de mètres de distance, au Centre d'art Nei Liicht. On y reste face au monde, davantage encore face au

temps, dans un univers pictural, peintures et aquarelles, plongé entièrement dans une moiteur bleuâtre quelque peu spectrale. Si telles peintures d'Andreani figurent des moments de « damnatio memoriae », c'est d'ailleurs à la mode de condamner, ou refouler, de la sorte le passé, en bisant les statues, sont travail fait exactement le contraire : évoquer, rappeler (comme on le fait des acteurs pour qu'ils repassent sur la scène) des épisodes, aussi douloureux soient-ils. De l'immigration par exemple, et pis, des années où il existait un commissariat aux questions juives.

On se penche longuement sur la table où sont exposés documents (qu'il faut absolument lire) et aquarelles autour de l'artiste Zadkine, autour de la quête de son fils adultérin. Dans la même salle, une grande toile, deux mètres sur trois cinquante, montre un



Face au temps de Giulia Andreani au centre d'art Nei Liicht

Literature

Long-haul solitude

All those years ago, in 1983, *Granta* magazine ushered him on to the national stage when it celebrated Kazuo Ishiguro as one of the twenty most promising young British novelists under 40. Like so many others on the list – people such as Ian McEwan, Salman Rushdie, Rose Tremain, Pat Barker, Julian Barnes or Martin Amis – he has definitely lived up to those expectations over the years. And now he has won the ultimate accolade.

Ishiguro was born in Nagasaki in 1954, but was raised in England. His family moved there in 1960, when his father got a job at the National Institute of Oceanography. They spoke Japanese at home, yet Ish, as his friends call him, never learnt to write it. He read English and Philosophy at the University of Kent before enrolling in the MA in creative writing at the University of East Anglia. In-between he did a year of social work in London, which was when he really started writing. His first two novels, *A pale view of hills* (1982) and *An artist of the floating world* (1986) were both set in the late 1940s in Japan. His third book, however, could not have been more English. *The remains of the day* (1989), which is set in a splendid country-house, is narrated by an ageing butler. It went on to win the Booker Prize that year, and I think is still his best book to date.

Kazuo Ishiguro is an extremely versatile writer who reverses stereotypes of east and west

In the novel it is 1956, the year of the Suez crisis. Stevens, who has devoted his life to service, embarks on a journey to the West Country. The book shifts between being a travelogue, a personal memoir and a set of reflections on life as a manservant. By the mid-fifties the aristocracy seems to have become an endangered species. Deference has gone as people refuse to know their place. We see Stevens look back with nostalgia at the interwar world, when he was running Darlington Hall with clockwork efficiency. He still firmly believes in loyalty, discipline and a sense of duty. Private emotion is taboo. Even now he keeps defending Lord Darlington, his former master, who is only remembered by others for his associations with Sir Oswald Mosley's fascists and for having been an arch appeaser in the 1930s. Though the press pillories Darlington, Stevens resents loosening the ties. Ishiguro is often drawn towards periods in history during which moral values shift. Like his first two books, *The remains of the day* deals with how the society we live in impacts on us as individuals. At one point the main protagonists are forced to step back and realise that their energy and intentions have been wasted. They may once have been thinking that they were doing good but were, in fact, contributing to something rather sinister all along.

Over the decades Ishiguro's prose has become his hallmark. At times it is distant and deliberately flattened, reflecting a type of narrator that tries to evade certain truths though he cannot avoid looking back. The pain of self-delusion lies at the heart of it all, while different story lines and time frames run parallel and echo each other. Among the later books, *The Unconsoled* (1995), a novel about a famous pianist who stays in a hotel in a city somewhere in Central Europe, and *Never let me go* (2005), which is about love and about clones created as organ donors, deserve special mention.

So, yes, Kazuo Ishiguro is an extremely versatile writer who reverses stereotypes of east and west, who pokes fun at Orientalism and likes exploring new genres. He never writes the same novel twice, never stays within his comfort zone. He is also a representative of what is routinely referred to as contemporary multicultural fiction. Rather like Hanif Kureishi, Ben Okri or Monica Ali, he has helped formulate what Homi Bhabha called "a hybrid national narrative". Janine Goedert

Festival Touch of Noir



Variations automnales

La lecture *Variations autour d'un meurtre* de Ian de Toffoli et Tullio Forgiarini ouvrira le festival 2017 mardi prochain

Kévin Kroczek

Qu'elles soient astronomiques ou culturelles, les saisons passent. Aussi, les équipes du centre culturel régional de Dudelange (Opderschmelz) s'adaptent et tandis que le temps s'assombrit, le noir est de nouveau tendance. Une décennie déjà que le Festi-

val Touch of Noir rythme les automnes luxembourgeois. Cette année encore au programme on nous propose une ambiance, une atmosphère ou plutôt tout un état d'esprit. Le noir sous toutes formes. L'an dernier, le festival bien qu'inégal avait offert à ses

spectateurs quelques Moments avec un grand M, notamment un concert de James Carter en guise de conclusion. Concert fleuve aux multiples rappels, les élan flamboyants du saxophoniste américain raisonnent encore et ressurgissent parfois au cours

d'une discussion. De doux souvenirs, mais qu'en sera-t-il de cette nouvelle édition ?

Du mardi 17 octobre au vendredi 27 octobre, plusieurs événements quasi journaliers vont se succéder. Concernant la forme déjà, l'affiche du festival donne le ton. Sous le logo en majuscule et en jaune où se trouve perché un corbeau, une photographie en noir et blanc inquiétante. On aperçoit une silhouette fantomatique au bout d'une ruelle sombre. L'arrivée imminente d'un drame est annoncée. Et en effet, le mardi les spectateurs pourront découvrir les *Variations autour d'un meurtre* de Ian de Toffoli et Tullio Forgiarini. Une « lecture mise en espace autour d'un événement terrifiant ». Une introduction pour le moins prometteuse.

Par la suite, place sera évidemment faite à la musique, c'est le Jakob Bro trio qui va lancer les festivités mercredi 18. La musique du leader guitariste danois, reconnu pour sa finesse, se métamorphose en images gravées dans nos rétines. Selon les équipes d'Opderschmelz, en l'écoutant « on se croirait dans un paysage hivernal observé à travers des vitres embuées », rendez-vous donc est pris dans le Grand auditoire. On le retrouvera sur scène en compagnie du bassiste Thomas Morgan et du batteur Joey Baron. Le lendemain, jeudi 19, un concert d'acid jazz immanquable, le James Taylor quartet. L'orgue Hammond B3 risque de raisonner à travers Dudelange, de déseubuer les vitres et de réveiller les esprits endormis.

Le samedi 21, le pianiste Rembrandt Frerichs proposera son spectacle Chiaroscuro. Ayant conscience que l'ombre de son homonyme, peintre du XVII^e siècle, risque dans tous les cas de planer dans la salle, le pianiste a décidé d'en jouer. Jouer sur l'ambiguïté, sur le clair obscur. Sa musique inspirée de grandes figures du classique sera contre-balancée par celle de quatre musiciens aux aspirations plus jazzesques. Un clair-obscur musical en somme, en adéquation totale avec la ligne du festival. Le lundi 23 sera

Cette année encore, Opderschmelz nous propose une ambiance, une atmosphère ou plutôt tout un état d'esprit

ensuite projeté, en collaboration avec le CNA, le dernier film de Thomas Alfredson, *The Snowman*, adapté d'un roman de Jo Nesbo. Le cinéaste suédois, internationalement reconnu depuis son *Lat den ratte komma in* (*Morse* en version française) revient donc avec un film policier qui s'annonce crépusculaire. Michael Fassbender, Charlotte Gainsbourg ou encore J.K. Simmons sont à l'affiche.

Jazz encore le mercredi 25 octobre avec la formation Children of the Light. Danilo Perez au piano, John Patitucci à la section basse et Brian Blade à la batterie. Les musiciens officient tous les trois en parallèle dans le Wayne Shorter Quartet. Des professionnels plus que rodés. Patitucci notamment a joué avec des légendes, de B.B. King, à Joanne Brackeen en passant par Dizzy Gillespie et Chick Corea. Ils sont assurément les enfants de certaines lumières et méritent plus qu'un coup d'œil. En guise de conclusion, le vendredi 27 octobre au soir, le groupe Lambchop tout droit venu de Nashville au Tennessee présentera son dernier opus *Flotus* paru l'an dernier. La formation de Kurt Wagner a su dynamiter les codes de la country pour en extraire une musique alternative, de l'underground aux antipodes d'une musique qui, pour certains, est plus que datée.

www.opderschmelz.lu

Festival Cineast

Wild Wild Est

Loïc Millot

Comme chaque année depuis sa création en 2008, le Festival Cineast offre l'occasion inespérée de voir des films d'Europe centrale et orientale. La manifestation luxembourgeoise a débuté le 5 octobre avec la projection en avant-première d'*Aurora borealis*, de la réalisatrice hongroise Marta Mészáros, et l'inauguration de l'exposition *Making a difference* dans les Caves voutées de Neimënster.

Au programme de cette dixième édition, un panorama riche d'une centaine d'œuvres, courts et longs-métrages confondus. Dix-neuf pays autrefois affiliés à l'URSS y sont représentés, dont pour la première fois des films albanais. L'importance de ces productions si souvent tenues en marge de l'industrie cinématographique a depuis longtemps été démontrée. Grâce au génie d'Ernst Lubitsch, les comédies hongroises ont connu un franc succès à Hollywood, tandis que Béla Tarr (*Les Harmonies Werckmeister*, 2000) figure parmi les cinéastes adulés de Gus Van Sant. Ces dernières années a émergé une génération de réalisateurs roumains prometteurs, tels que Cristian Mungiu, Corneliu Porumboiu ou Catalin Mitulescu. Le documentaire d'Alexander Nanau, *Toto est ses soeurs* (2016), compte parmi les plus beaux films de l'année 2016. À l'école de Lodz, en Pologne, se sont formés Jerzy Skolimowski, Krzysztof Kieslowski, Roman Polanski, ou encore Andrzej Wajda, auquel le festival rend hommage en présentant *Afterimage* (2017).

Dix-neuf pays autrefois affiliés à l'URSS sont représentés cette année au Cineast, dont pour la première fois des films albanais



L'équipe du Cineast 2017 lors de l'ouverture ; *Miracle* de la Lituanienne Eglė Vertelytė et *November* de Rainer Sarnet (de gauche à droite)

Les jeunes cinéastes qui composent aujourd'hui ce paysage cinématographique ne l'ont pas oublié. S'ils ont gagné en liberté de tons et de sujets, comme en témoigne les comédies de la section *FunnyEast*, leurs styles puisent souvent dans l'héritage de leurs aînés. Ce constat vaut particulièrement pour les huit films sélectionnés dans la compétition officielle. Trois d'entre eux sont des drames sociaux de facture réaliste. *Filthy*, réalisé par Tereza Nvotova, aborde sans détour des sujets graves (le viol) ou intimes (la sexualité d'une adolescente), autrefois tabous dans le cinéma soviétique. *Daybreak*, de Gentian Koçi, décrit les tourments quotidiens de Leta (Ornela Kapetani), une jeune femme partagée entre l'éducation de son enfant et les soins à prodiguer à une dame âgée. 3/4, du réalisateur bulgare Ilian Metev, lauréat du « Guépard d'or des Cinéastes » au dernier Festival de Locarno, s'inscrit dans une sensibilité plus poétique. À Sofia, Mila (Mila Mihova) et son jeune frère, le fantasque Niki (Nikolay Mashalov), passent avec leur père les derniers jours de l'été. C'est le crépuscule de l'enfance, et le réalisateur capte les moments de tension et d'attention qui affectent leurs relations familiales.

Krzysztof Krauze et Joanna Kos-Krauze ont quant à eux retracé le génocide perpétré au Rwanda dans *Birds are singing in Kigali*. Le film a pour emblème symboliquement des vautours dévorant la carcasse d'un animal. Le plan, qui reviendra à plusieurs reprises, est de mauvais augure, annonçant les massacres ethniques qui vont avoir lieu. Le montage parallèle confronte les points de vue et les trajectoires de deux femmes, la Polonaise Anna Keller et la Rwandaise Claudine Mugambira. La mémoire de l'Holocauste vient hanter chaque image de ce film récompensé d'un Lion d'argent au Polish Film Festival. Comme par exemple dans cette séquence où des vêtements sont entassés dans une église désaffectée.

Un dernier groupe de films se détache de la compétition officielle par leurs aspects loufoques, décalés, parfois jusqu'à l'absurde. Pour son cinquième film, *Directions*, sélectionné lors du dernier Festival de Cannes, le Bulgare Stephan Komandarev jette un regard à la fois acerbe et tendre sur les difficultés économiques de son pays. Par désespoir, même



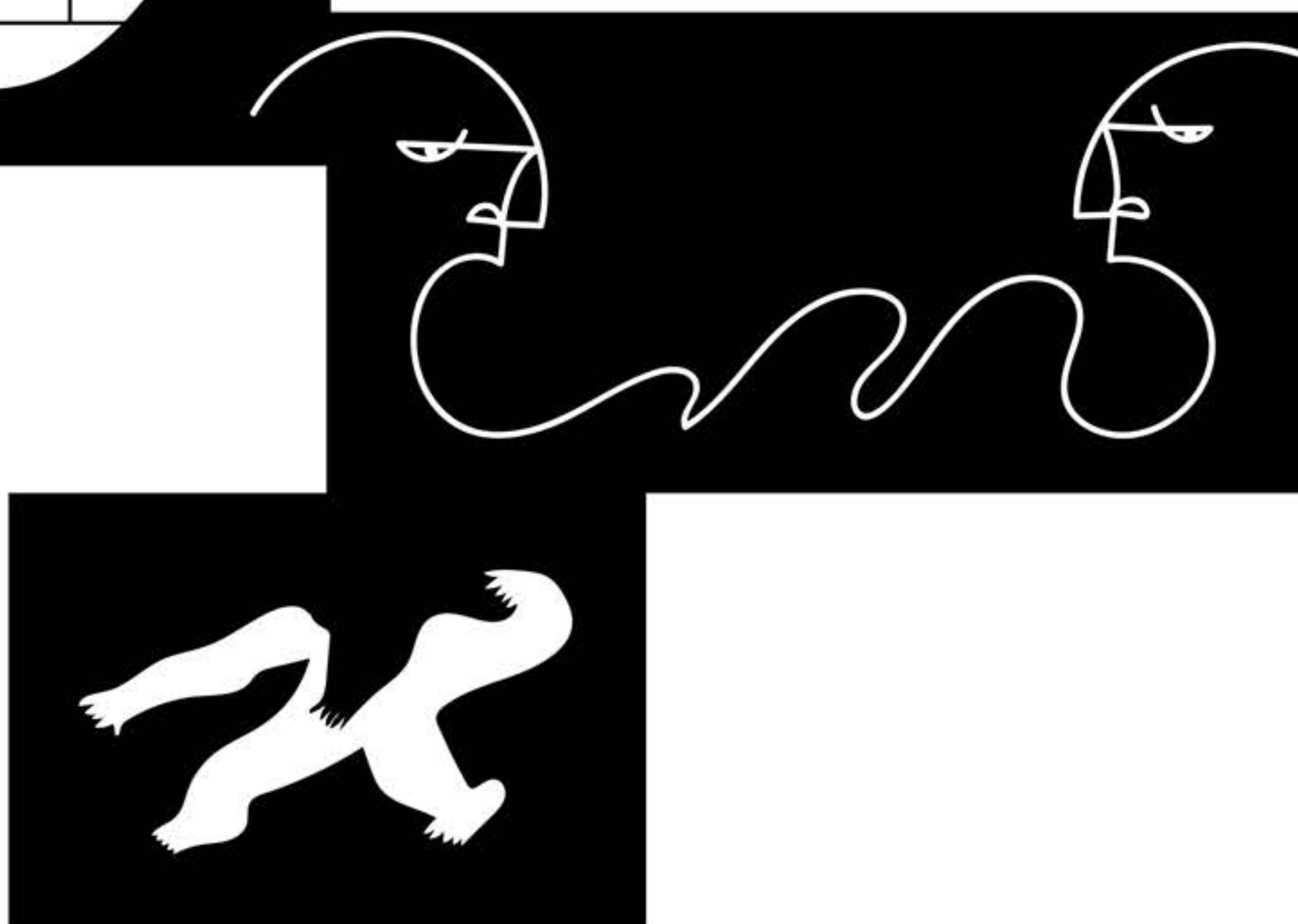
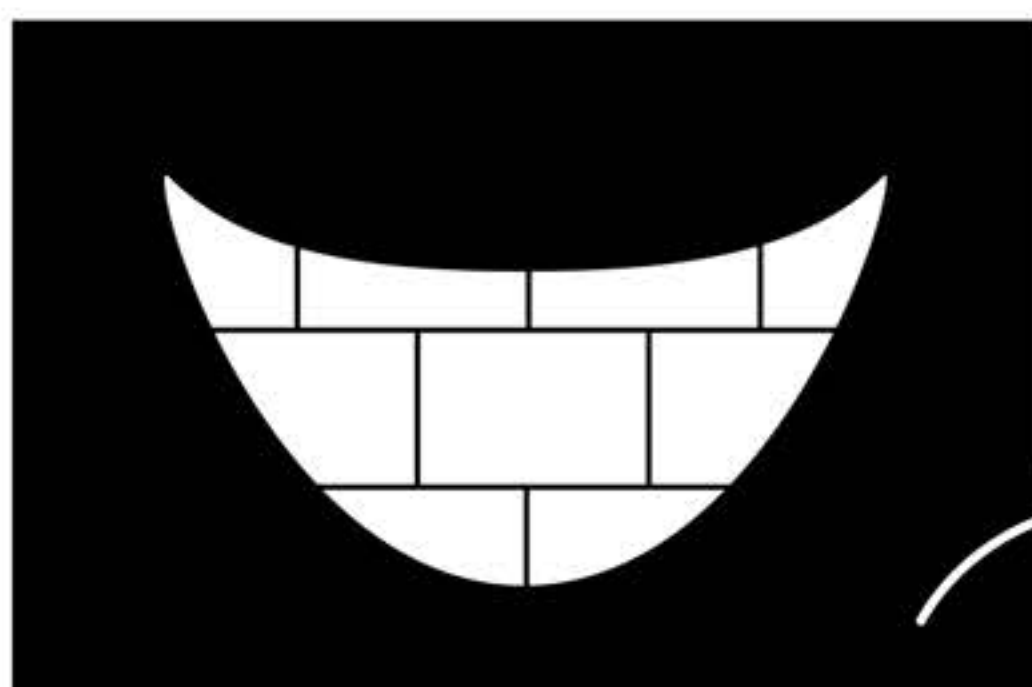
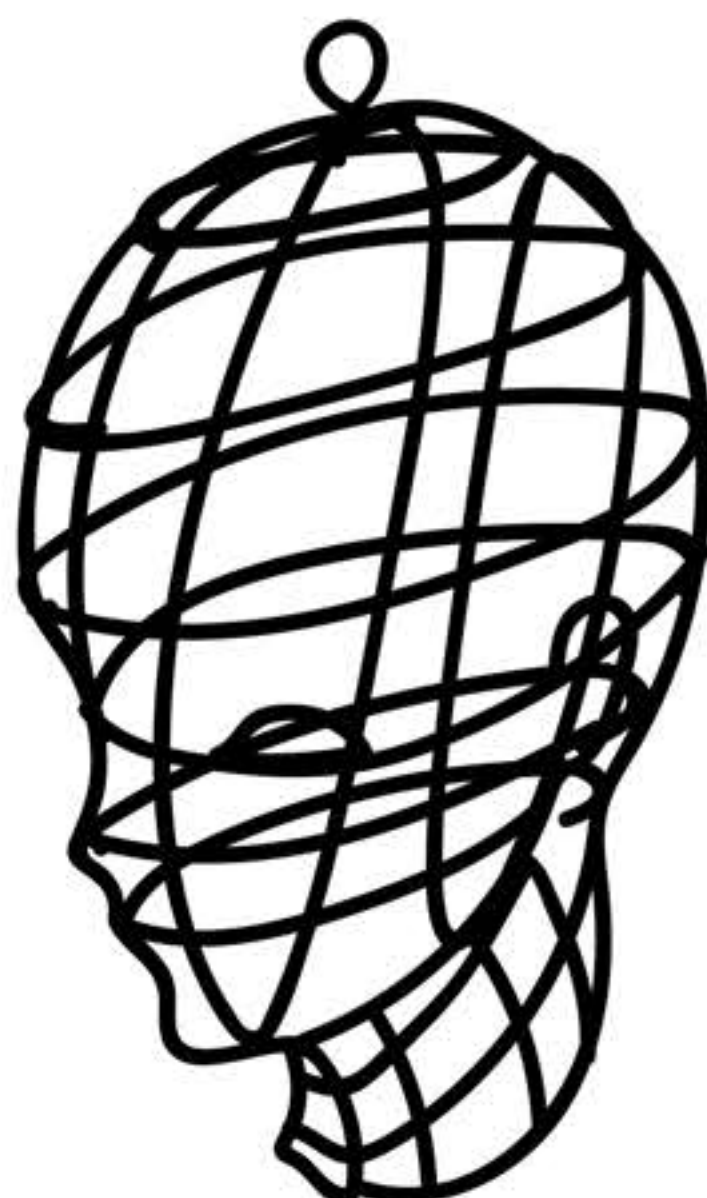
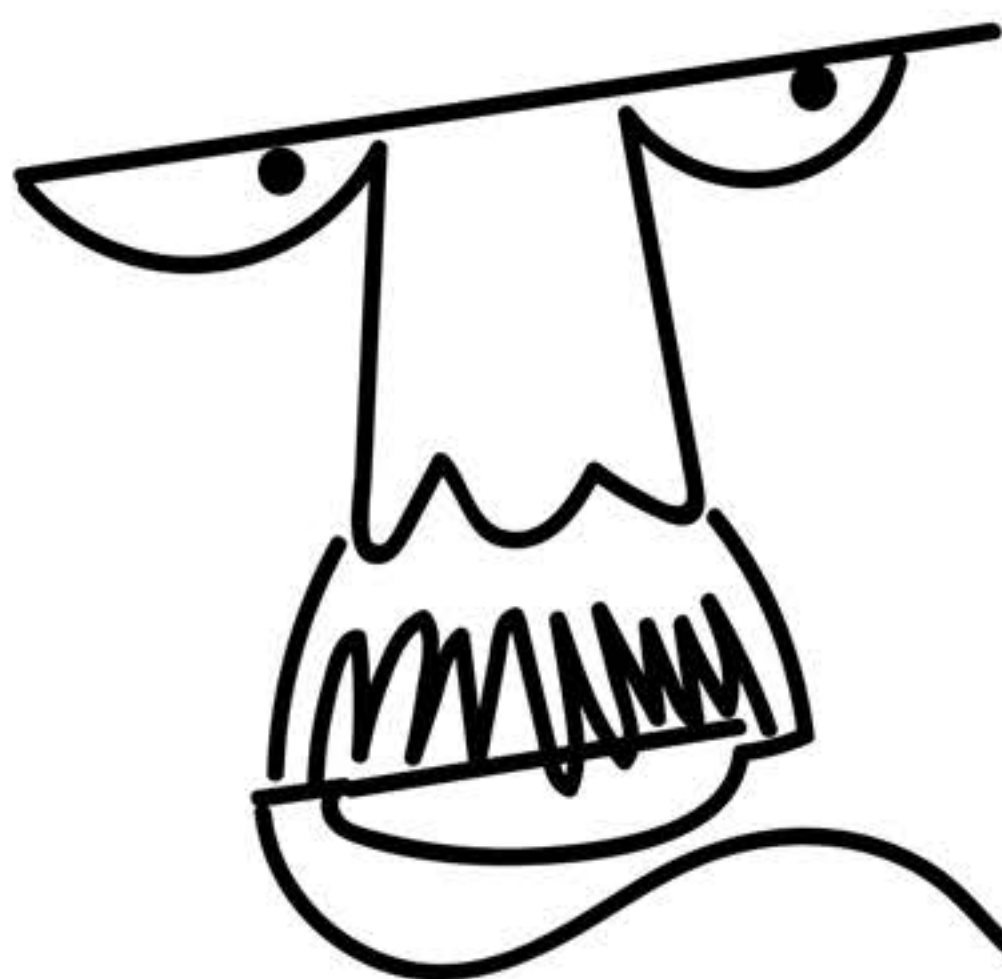
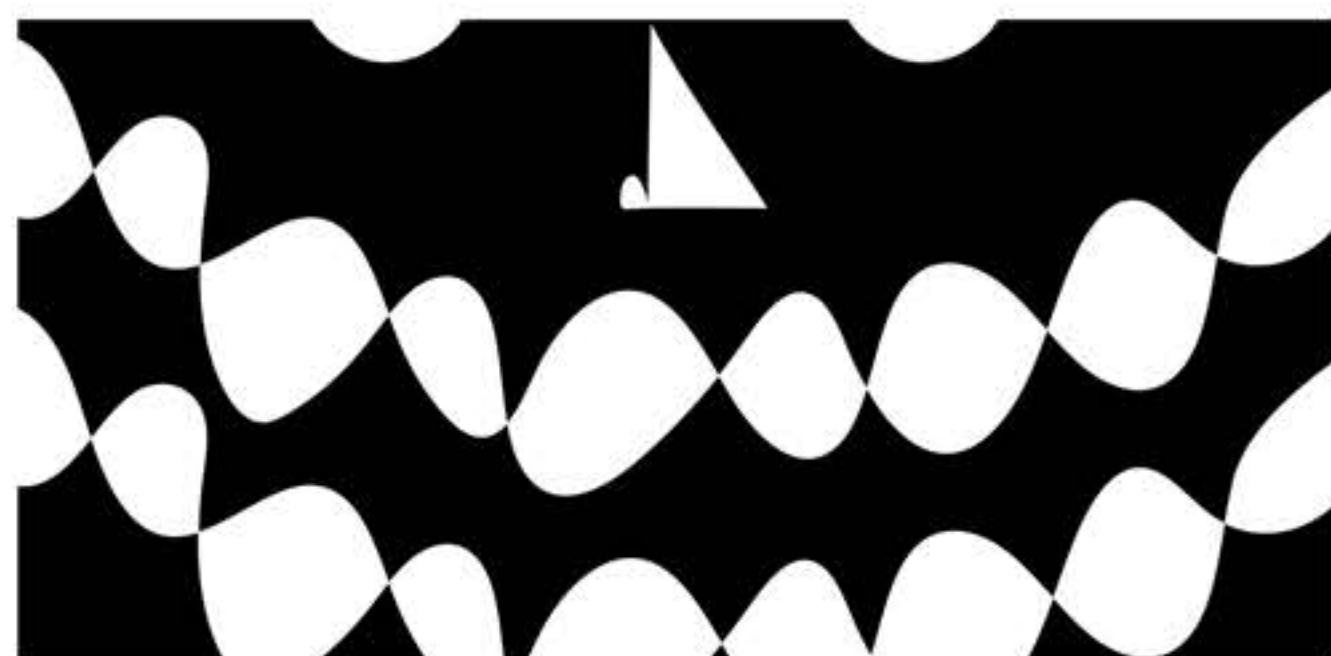
« Dieu a préféré partir depuis longtemps », comme l'affirme l'un des personnages de ce *road-movie* conduit par cinq chauffeurs de taxi. Avec *Soldiers : A story from Ferentari*, qui se déroule dans une banlieue malfamée de Bucarest, Ivana Mladenovic signe un film très drôle sur l'improbable idylle unissant Adi, un anthropologue passionné de musique, à Alberto, un ancien prisonnier.

Miracle, comédie écrite et mise en scène par la Lituanienne Eglė Vertelytė, ressemble, par sa photographie, à un film d'Aki Kaurismäki. Les vestiges du communisme subsistent : bustes de Lénine, drapeau rouge, propagande télévisuelle, sans oublier le Kolkhoze géré depuis 1978 par Irène (Eglė Mikulionytė)... Jusqu'au jour où un entrepreneur américain (Vyto Ruginis) se présente pour racheter et moderniser la ferme. Le miracle dont il est ici question dépendra-t-il de cet homme providentiel, ou s'agit-il, une fois de plus, d'une énième diversion conduisant à de faux espoirs ? Cet héritage soviétique transparait tout autrement dans *November*, de Rainer Sarnet, libre adaptation du best-seller estonien *Rehepapp* d'Andrus Kivirähk. Le film évoque à bien des égards *Andrei Roublev* (1966) de Tarkovski, tant pour son traitement pictural du noir et blanc que pour sa thématique pagano-chrétienne (l'épisode de la sorcière). Et par ses aspects baroques et son recours à des matières argileuses, *November* fait songer aussi à la dernière épopée médiévale d'Alexei Guerman (*Il est difficile d'être un dieu*, 2013).

Outre les films comparissant pour l'obtention du Grand Prix Cineast, la manifestation luxembourgeoise entend bien s'adresser au plus grand nombre, du cinéphile averti au public familial. Des soirées d'accompagnement viennent également ponctuer le séjour des festivaliers, avec des repas, des concerts et des débats organisés en présence des professionnels invités. En attendant les délibérations du Jury international présidé cette année par Anne Fontaine, fêtons, comme il se doit, le dixième anniversaire de Cineast avec le groupe de rock Svjata Vatra (samedi 14 octobre, à partir de 19 heures aux Rotondes).

Le festival Cineast dure encore jusqu'au 22 octobre ; programme : www.cineast.lu/2017





Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 29.11.2017
Heure : 11.00 heures

Intitulé attribué au marché :
ERP pour le Fonds du Logement

Description succincte du marché :
Marché public de services relatif à la sélection d'un ERP et à la désignation d'un prestataire qui sera chargé de l'intégration de l'ERP.

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Modalités visite des lieux/réunion d'information :
Une réunion d'information obligatoire aura lieu le 10 novembre 2017 à 10.00 heures dans les bureaux du Fonds du logement sis 74, Mühlenweg, L-2155 Luxembourg. Lors de cette réunion d'information obligatoire il sera uniquement répondu aux questions qui ont été envoyées préalablement par les opérateurs économiques au pouvoir adjudicateur et au plus tard 3 jours ouvrables avant la date de la réunion d'information.

Les questions posées entre le 7 novembre 2017 à 10.00 heures et le 15 novembre 2017 à 10.00 heures seront adressées sur le portail des marchés publics.

Réception des offres :
Pour les envois postaux, cette même enveloppe, sous peine de nullité, est mise sous un second pli recommandé à la poste et portant :
1) L'adresse du destinataire ;
2) La mention « Marché passé par procédure ouverte pour ERP pour Le Fonds du Logement NE PAS OUVRIR PAR LES SERVICES DU COURRIER ».
3) La mention du nom du soumissionnaire.

La version intégrale de l'avis n° 1701466 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 20.11.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'installation de tableaux interactifs et de projecteurs dans l'intérêt de la construction d'un lycée à Clervaux.

Description succincte du marché :
Installation de tableaux interactifs et de projecteurs
La durée prévisible des travaux est de 3 semaines.
Début prévisionnel des travaux : 2^{ème} trimestre 2018

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour l'installation de tableaux interactifs et de projecteurs dans l'intérêt de la construction d'un lycée à Clervaux » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
09.10.2017

La version intégrale de l'avis n° 1701468 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 22.11.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'installation d'ascenseurs à exécuter dans l'intérêt des ateliers de la Ligue HMC à Capellen.

Description succincte du marché :
– 3 ascenseurs personnes,
1 600 kg / 1 275 kg / 675 kg
Durée des travaux : 125 jours ouvrables (en 2 phases)

Début prévisionnel des travaux : 1^{er} semestre 2018

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est autorisée pour cette soumission.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour l'installation d'ascenseurs à exécuter dans l'intérêt des ateliers de la Ligue HMC à Capellen » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
09.10.2017

La version intégrale de l'avis n° 1701462 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

LE FONDS BELVAL

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 02.11.2017 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Description :
Soumission relative aux travaux de plâtrerie et plafonnage dans l'intérêt du Bâtiment Laboratoires – aile Sud à Esch-Belval.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics est autorisée pour cette soumission. Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date de publication de l'avis 1701487 sur www.marches-publics.lu :
12.10.2017

Fonds du Logement

Appel de candidatures

Procédure : négociée
Type de marché : Services

Date limite de remise des candidatures :
31.10.2017 à 16.00 heures

Description :
Appel à candidatures relatif aux services d'architectes, en tant que futurs mandataires d'un groupement de maîtrise d'œuvre, constitué d'un architecte et d'ingénieurs-conseils, en vue de la conclusion d'un marché négocié, basé sur les contrats-types « Maîtrise d'œuvre globale » du Fonds du Logement, pour la réalisation d'une mission complète pour le projet suivant :
– Mission complète pour la conception et la réalisation de 13 maisons

unifamiliales et 5 maisons bi-familiales pour un total de 23 unités de logements, Projet 2453_Bridel.

Délai d'achèvement des travaux : printemps 2021.

Conditions d'obtention du dossier :
Le dossier de soumission peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des candidatures :
Les dossiers de candidature peuvent être envoyés par lettre recommandée ou être remis par le candidat en personne ou par son mandataire au siège du Fonds du Logement, au plus tard le 31.10.2017 à 16.00 heures. Les modalités de réception des offres sont précisées dans le dossier de soumission.

La version intégrale de l'avis n° 1701480 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

LE FONDS BELVAL

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 30.11.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative aux travaux de photovoltaïque pour la Rockhal à Esch-Belval.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Téléchargement gratuit du dossier de soumission sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
L'attribution se fait à l'offre conforme la plus avantageuse économiquement suivant les conditions définies au cahier des charges.

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics est autorisée pour cette soumission. Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
12.10.2017

La version intégrale de l'avis n° 1701493 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 21.11.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Travaux d'aménagements extérieurs à exécuter dans l'intérêt de la Bibliothèque nationale à Luxembourg-Kirchberg
– Déblais généraux : env. 4 300 m³
– Bordures et files de pavés : env. 1 800 ml
– Pavés et dalles : env. 2 000 m²
– Tuyaux de canalisation : env. 620 ml
– Éclairage extérieur :
– câbles et gaines : env. 3 000 ml
– mâts d'éclairage : env. 35 unités
Les travaux sont adjudgés en bloc à prix unitaires.
Début des travaux : début 2018
Durée des travaux : 60 jours ouvrables

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée pour cette soumission.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux d'aménagements extérieurs dans l'intérêt de la Bibliothèque nationale à Luxembourg-Kirchberg » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
09.10.2017

La version intégrale de l'avis n° 1701470 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

LE FONDS BELVAL

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 31.10.2017 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture:
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Description :
Soumission relative aux travaux d'ouvrages secs dans l'intérêt du Bâtiment Laboratoires – aile Sud à Esch-Belval.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics est autorisée pour cette soumission. Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date de publication de l'avis 1701464 sur www.marches-publics.lu :
06.10.2017

d'Letzebuenger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Zeitgenössischer Tanz

Vom guten Kern eines Diktators

Anina Valle Thiele

Darf man Diktatoren verschiedener Zeiten und unterschiedlicher politischer Gesinnung in einen Topf werfen? Die Tänzerin und Choreografin Sylvia Camarda macht es (sich) einfach. Ihr Solostück *Ex(s)ilium – Or down the rabbit hole* sei „wie eine Synthese verschiedener Diktatoren der Geschichte“, liest man in der Ankündigung. Camardas Diktator, der stellvertretend für Stalin, Gaddafi, Hitler, Idi Amin und Saddam Hussein stehe und durch sie selbst verkörpert wird, befindet sich in dem Stück in einer Art Exil. Wie in *Alice im Wunderland* lässt die Tänzerin ihren Diktator durchs Kaninchenloch auf die andere Seite des Spiegels blicken, um das Exil zu durchbrechen und sich diesmal nicht mit Gewalt durchzusetzen, sondern „mit der Kraft der Überzeugung, getrieben vom menschlichen Bedürfnis nach Anerkennung“, heißt es.

Was nicht gerade von einer tiefen Reflexion zeugt, wirkt auf der Schauspielbühne im Grand Théâtre einfach *trashig*. Dabei ist das Bühnenbild (Ingo Groher), bestehend aus metallenen Stühlen, die sich beliebig ineinander bauen lassen, auf einer kargen Bühne an sich nicht schlecht. Vorne hängt ein eindrucksvoll genähter blauer Herrscherinnenmantel (Design: Ezri Kahn), zu dem sich die Tänzerin durch die Stuhlreihen hindurch schlängeln wird, um ihn zunächst liebevoll zu streicheln. Ein Kokettieren mit der Macht!

Während einer Stunde wird Camarda tanzend die Bühne umbauen, sich durch die Stuhlreihen begeben und die Stühle symbolisch verrücken. Die Kulisse wandert nach vorn, die Stühle werden anders angeordnet, der Mantel weicht in den Hintergrund, bis die Tänzerin irgendwann herrschstüchtig den Thron erklimmen wird. Hoch erhobenen Hauptes verrichtet sie, auf einem Hochsessel thronend, fast mechanisch Bewegungen; zu metallisch-scheppern-den Tönen schreitet sie herrisch die Stuhlreihen ab und richtet über ihr Volk, indem sie die Stühle nach ihrem Gutdünken verschiebt und minutiös anordnet. Dann wieder wird sie sich wie eine Wildkatze durch die Stuhlreihen schlängeln und fauchende Geräusche ausstoßen – ein machthungriger Tiger? Bisweilen wirkt es so, als würde sie mit den Stühlen kopulieren. Metallische Klänge und blaue Lacklederstiefel wecken Sado-Maso-Fantasien.

Irgendwann wird sie die Stühle ineinanderstecken, sich selbst darin verkeilen, um sich dann brüsk aus

Was nicht gerade von einer tiefen Reflexion zeugt, wirkt auf der Schauspielbühne im Grand Théâtre einfach *trashig*: *Ex(s)ilium* von Sylvia Camarda

Zeitgenössischer Tanz

Apokalyptische Traumwelten

Anina Valle Thiele

Es klang wie ein gewagtes Experiment: Ausgehend von dem musikalischen Album *Dystopian dream* des Briten Nitin Sawhney haben die Tänzer Honji Wang und Sébastien Ramirez eine Choreografie entwickelt. Die Musikstücke des Albums verschmelzen in ihrer Performance zu einem szenischen Bild, das den Zuschauer anzieht wie ein Strudel und zugleich aufwühlt. *Dystopian dream* ist nicht nur eine Reise durch verschiedene Sphären der Musik, sondern kann zugleich als Reise durchs eigene Leben interpretiert werden. „Wie das Licht am Ende eines Tunnels“ beschreibt der Komponist und Produzent Sawhney sein Album, in dem er den Schmerz um den Verlust seines Vaters verarbeitet hat (siehe *d’Land* 39/17).

Kaum ein Wort könnte sein Album, das Bühnenbild und die Choreografie von Wang und Ramirez wohl besser beschreiben als „dystopisch“. Das 70-minütige Stück, das zum Auftakt der Saison im Grand Théâtre Weltpremiere feierte, entführt einen wie in einen apokalyptischen Traum. Fantasievoll auch das Büh-



Sylvia Camarda im Diktatorinnenmantel

der Umklammerung zu befreien. Das alte Gewand wird abgestreift. In einen roten Mantel gehüllt, kehrt sie zurück und bewegt sich wie im Traum mit Herrscherrinnengesten, die nun an Evita Peron erinnern. Mit den Stühlen wird die Tänzerin Pirouetten drehen, um sie irgendwann aufeinander zu stapeln und den gebauten Stuhlturm mit Karacho zu zerstören. Im dunklen Licht fällt der Blick des Zuschauers auf einen Trümmerhaufen.

Die ohnehin bedeutungsschwangere Solo-Performance wird am Ende noch abgerundet durch ein pathetisch verlesenes Plädoyer für mehr Menschlichkeit. „Es tut mir leid, aber ich wollte kein Diktator

sein!“ Die von Charlie Chaplins *The great dictator* geliehenen Anfangsworte ihres Monologs münden in einer martialischen Ansprache im Dienste der Demokratie: „Soldiers in the name of democracy, let us all unite!“ – Ein unheimlicher Abend, der das Gefühl von Leere hinterlässt.

Ex(s)ilium or down the rabbit hole; Konzept, Choreographie und Tanz von Sylvia Camarda; Bühnenbild: Ingo Groher; Kreation der Kostüme: Ezri Kahn; Musikalische Kompositionen: Steve Kaspar; Belichtung: Anne Beckius; Blick von außen: Steve Karier. Premiere war am 4. Oktober im Grand Théâtre. Weitere Spieltermine: am 3. Dezember 2017 im Mierscher Kulturhaus und am 12 & 13. Januar 2018 im Theater in Esch-sur-Alzette.

Raum und Zeit verschwimmen in *Dystopian dream* zu einem poetischen Bild. Starke Symbolik liegt in den einzelnen Bewegungen

nenbild: nach oben hin offen mit einer Treppe, die gen Himmel führt und zugleich beengend wie ein Puppenhäuschen, mal eingetaucht in düsteres Grau, mal hoffnungsfroh türkisblau. „It’s a dark day in heaven...“ Die Sängerin Eva Stone, deren dunkle Stimme an die von Tori Amos erinnert, kniet zunächst auf dem Boden. Das Tänzerduo schwebt heran. Erst auf ein Fiepen hin, das einem durch Mark und Bein geht, wird Ramirez sich die schwarze Maske vom Kopf reißen, werden seine leisen Schritte bestimmter, bis hin zum wütenden Break-Dance.

Die Klangwellen begleiten das Tänzer-Duo. Das Album ist wie die Choreografie von Wang und Ramirez eine Reise durch verschiedene Musikstile. Elektro verschmilzt mit Blues und indischen Klängen, zu denen sich das Duo verspielt kreist. Natürlich sind bei einer so bedeutungsschwer aufgeladenen Choreografie einige Standbilder nicht frei von Pathos. Und doch überzeugt das Zusammenspiel von Licht, Sound und Choreografie. An

die weiße Mauer projiziert, wirken die schwarzen Schattenspiele (Animationen von Nick Hillel) wie eine entwindende Seele. Wenn harte Klänge den weichen Sound überlagern, springt Ramirez auf Klötze, die sich sogleich wie schmelzende Inseln auflösen. – Eine Flucht vor dem Tod oder vor sich selbst?

Leblos wird der Körper der Sängerin in die Lüfte schweben und irgendwann verschwinden. Doch dazwischen liegt Harmonie: etwa, wenn die Tänzerin Wang eine goldene Schatztruhe ehrfürchtig von dannen trägt. Dann wird das Folkloristische ulkig gebrochen, wenn die Klänge in die goldene Box wandern und aus dieser wie aus einer Kassette nur noch entfernt knatternde Geräusche erklingen.

Raum und Zeit verschwimmen in der Choreografie zu einem poetischen Bild. Starke Symbolik liegt in den einzelnen Bewegungen: So wird Ramirez gegen Ende an einer steilen Wand abprallen und bei dem

Musique classique

De Korngold à Strauss

Juraj Valčuha a été bien inspiré, lors du concert que le chef slovaque a donné à la tête de l’OPL, le 6 octobre dernier à la Philharmonie, en mettant en regard un chef-d’œuvre malencontreusement délaissé et un cheval de bataille postromantique.

Qui a dit que Erich Wolfgang Korngold, prodige d’une effrayante précocité (« il a tellement de talent que s’il nous en cédait la moitié, il lui en resterait encore assez », disait de lui Puccini), n’a pas laissé un grand nom dans l’histoire de la musique ? Tousjours est-il que, longtemps incompris, le *Concerto pour violon*, dédié à Alma Mahler et créé par l’immense Jascha Heifetz, brille aujourd’hui au firmament du répertoire. Jamais, en effet, dans ce genre « théâtral » qu’est le concerto, la plus redoutable virtuosité n’avait été alliée à une telle poésie, une intense effervescence émotionnelle à une telle générosité mélodique, un sens du panache à un lyrisme de feu, un camaïeu de couleurs d’une étrangeté harmonique à une verve expressive stimulante. Et jamais l’instrument-roi n’avait tant exulté de toutes ses fibres que dans le *Finale*. De cette partition qui appartient à la meilleure veine créatrice de l’ex-*Wunderkind* viennois (partition que pourtant un critique new yorkais éreinta en y voyant « more corn than gold »), le jeune et fougueux violoniste américain Stefan Jackiw, épaulé par un Juraj Valčuha attentionné et efficace, donne une fort belle lecture, à la fois inspirée et raffinée, aussi remarquable dans la virtuosité que dans la sensualité. Sous les vivats, le soliste est revenu distiller avec un extraordinaire lyrisme un bis signé Bach, coda prenante d’une prestation toute en émotion pénétrante.

Le violoniste Stefan Jackiw, en vedette d’un concert de l’OPL dirigé par Juraj Valčuha

De Korngold à Richard Strauss, son père spirituel, il n’y a qu’un pas. Impressionné par la précocité du Viennois, le Munichois, examinant les trois premiers opus de l’ado de treize ans, confiait : « Cette sûreté de style, cette maîtrise de la forme, cette individualité de l’expression – tout cela a de quoi nous étonner ». Partition monumentale s’il en est (137 instruments, soit le plus vaste orchestre réuni pour une symphonie), la *Symphonie alpestre* est un fantastique hommage à Dame Nature au travers de l’évocation d’une journée passée dans les Alpes.

Cet adieu somptueux au grand orchestre post-wagnérien requiert une phalange d’une extraordinaire richesse de timbres et, pour la guider, un magicien des timbres capable d’une grande rigueur à la fois dans la mise en place des contrastes dynamiques et dans la répartition des plans sonores. C’est le cas de l’OPL d’une part et du maestro slovaque d’autre part. Le premier respire superbement et livre, sous la direction limpide et impliquée du second, une lecture du meilleur aloi. Pour le fringant chef natif de Bratislava, les pentes des Alpes n’ont manifestement pas de secret, et c’est à une rapide vitesse d’ascension qu’il emmène sa nombreuse et généreuse cordée, laquelle n’a aucunement le temps d’admirer le paysage dans ce voyage montagnard initiatique qualifié par le compositeur de « purification morale ». Pas de répit ni de vertige face à la montagne, même au moment d’atteindre le sommet (*Auf dem Gipfel*). Ceci dit, si Valčuha adopte des *tempi* prestes, c’est sans doute pour prévenir toute surcharge, pour éviter de s’appesantir. Ce faisant, l’œuvre, qui a de toute évidence quelque chose d’un peu massif (sans jeu de mots), y gagne à coup sûr en tension, et le lyrisme, délesté de toute afféterie, en densité.

Galvanisés au pupitre par une *guest-star* qui excelle à tirer deux ce qu’ils offrent de meilleur, dévorant avec gourmandise cette partition frénétique, volubile, excessive, que l’on peut aimer avec passion ou rejeter pour son excès d’effectifs, de sonorités acérées, de couleurs crues, de crescendos, de cavalcades, de déchaînements orchestraux chthoniens (comme dans *Gewitter und Sturm*, tempête la plus longue et sans doute la plus effrayante de toute l’histoire de la musique, digne d’une superproduction en cinémascope !), les Opéliens sont impressionnants de tenue et, en leur sein, les cuivres, tellement sollicités, sont remarquables de justesse et d’intonation, à telle enseigne qu’ils transcendent la routine pour transformer l’édifiant monument musical straussien en une grande et grandiose aventure métaphysique et humaine. José Voss

Versuch, die Wand zu erklimmen, herunterrutschen und sich mit Hip-Hop-Bewegungen am Leben abarbeiten. Mit seiner schwarzen Maske wird er wie ein Sensenmann zurückbleiben. Verloren in Raum und Zeit. Ein Weltuntergangsszenario? Mitnichten! Am Ende steht die Hoffnung. Dem Tänzerduo wie den Choreografen ist es gelungen, die fünfzehn Stücke des Albums von Nitin Sawhney in eine stimmige 70-minütige Choreografie zu verwandeln. Die szenischen Bilder harmonisieren in fast jedem Moment mit der Musik, bleiben noch lange hängen und wirken wie ein beklemmender Zauber nach.

Dystopian dream – Choreographie mit zwei Tänzern und einer Sängerin, von Nitin Sawhney, Sébastien Ramirez & Honji Wang, mit Eva Stone; Set Designer: Shizuka Hariu; Kostüme: Hussein Chalyan; Belichtung: Natasha Chivers, Video-Design: Nick Hillel; Dramaturgie: Farooq Chaudhry. Die Weltpremiere war am 29. September im Grand Théâtre. Keine weiteren Spieltermine in Luxemburg.

STIL

Mauvais Stil



Après la reprise d'Utopia SA par Kinepolis, les amoureux du cinéma au Luxembourg regrettent plus vite que prévu les rêveurs utopistes



L'endroit

Ce n'est pas une tâche facile que de refaire briller les lettres de noblesse d'un endroit mythique qu'un prédécesseur a fini par ternir. Car on peut affirmer que le Club 5 comptait jadis parmi les lieux les plus prisés de la capitale. Devenu le Colors, il avait encore quelques belles années devant lui avant que ce ne fut la chute libre, due à la négligence des derniers propriétaires qui ne se sentaient plus responsables ni de la qualité culinaire ni de l'hygiène des lieux. Fermé pendant un moment, on était inquiets de voir soudain le nom un peu pompeux **Colisée** apparaître sur la façade, et cela dans une typo plutôt ringarde. Ouvert la semaine passée, il faut avouer que des travaux conséquents ont été faits et que le gris clair et lumineux invite à prendre place sur des banquettes confortables, ornées de jolis coussins (photo : GD). Le comptoir de l'entrée a été écourté, une garderobe installée dans l'escalier condamné. Sinon, du minimalisme pour le reste de la déco sur les deux étages. La première carte menu est réduite, celle des vins et digestifs peut-être un peu trop même, mais le Chef qui a officié sur des bateaux de croisière fait du bon travail, surtout au niveau des succulentes sauces qui accompagnent carré de veau ou cabillaud. Pour les friands de mondanités, à noter que l'un des investisseurs est le footballeur international Florent Malouda, ancien finaliste de la Coupe du monde pour la France. GD



L'évènement

Le départ s'est fait sur la pointe des pieds et la reprise de façon très confidentielle. Le badaud qui passe tous les jours devant la **Rôtisserie Ardennaise** à Belair n'aura sans doute même pas remarqué qu'il y a eu changement de propriétaire voici quelques mois. C'est d'abord Christian Mantovanelli, le Chef, qui a pris sa retraite pour aller sur les chemins de Compostelle. Ensuite, sa deuxième moitié, Brigitte Mosard, aussi charmante et attentionnée que menue, s'est fait relayer après plus de deux décennies de loyaux services à l'accueil par Sergio Pezzan, une des têtes les plus connues de la restauration au centre-ville. En effet, Sergio a été pendant très longtemps un des patrons au Bacchus, où il a fait sourire et même éclater de rire nombreux députés et ministres de la Chambre voisine avec son humour aussi sec que décalé. En tant que nouveau gérant de la Rôtisserie Ardennaise, qu'il dirige désormais seul, Sergio a décidé que, dans un premier temps, le seul changement serait marqué par sa gestion et la reprise par un nouveau Chef. Qui reconduira toutefois, avec l'aide de l'ancienne équipe en place, le concept initial de la brasserie traditionnelle. Cordon bleu et bouchée à la reine sont donc toujours parmi les classiques et le cadre boisé au flair de l'ancienne Angletterre restera préservé (photo : GD). GD



Le produit

Quand ça fond dans la bouche avec un délicieux goût doux-amer et qu'en l'achetant, on rajoute la bonne œuvre au plaisir, il n'y a vraiment plus aucune raison d'y résister. Il est question ici des **Chocolats du Cœur**, fabriqués chaque année par un ou deux de nos plus grands Chefs en collaboration avec les Ateliers du Tricentenaire à Bissen. Le but de ce travail, plus encore que de vendre le chocolat, est de faire travailler des gens en situation de handicap et de leur offrir ainsi une vie sociale digne. Pour la collection « automne hiver 2017-2018 » ce sont Roberto Fani de Roeser, Méditerranéen de l'année 2017 au *Gault&Millau*, et Alain Pierron, Chef du restaurant Les Roses à Mondorf (15/20 au *Gault&Millau*) qui ont été choisis pour rajouter leur touche à la collection des fameuses pralines. À rappeler qu'avant eux, les maisons Clairefontaine, Mosconi, la Distillerie, la Cristallerie, Favaro et Ma langue sourit ont toutes signées une collection. Tout le gratin de la gastronomie luxembourgeoise aura donc participé au projet. À part avoir l'honneur de déguster ces gâteries dans les nobles maisons des participants ou d'en emporter des mini-ballotins, les chocolats sont aussi en vente à la boutique de l'atelier au 50, route de Diekirch, à Walferdange. (bar@chocolatsducoeur.lu) GD

Yvan

Depuis que Kinepolis a repris l'Utopolis, le boulevard Kenndy prend des allures de Sunset-Boulevard et le septième art risque bien d'y brûler de ses derniers feux follets. Il est vrai que les sièges sont devenus plus enveloppants et qu'ils proposent désormais une grosse tablette disproportionnée pour déposer popcorn et autres glaces et chips. Et c'est bien pratique, car les séances débutent avec de plus en plus de retard pour des films qui proposent de plus en plus les plats de la saison hivernale qui s'annonce, à savoir des navets. Oh certes, à y regarder de (très) près, on trouve bien encore quelques pépites, mais vous avez intérêt à bien regarder votre ticket. Car le vendeur, trop habitué à vendre le bas de gamme, peut vous refourguer, malgré votre commande, un billet pour le dernier flop. Et si, par hasard, vous vous apercevez un peu tard de sa méprise, comme c'est arrivé l'autre jour à votre serveur, il appelle un David qui se prend pour Goliath, vous rend certes votre argent, vous tance du haut de toute sa superbe et vous tient un langage que j'entends comme un: « Quoi, vous êtes cinéophile ? Mais mon pauvre Mōssieu, il y a la Cinémathèque pour ça ! » Eh oui, le happy-end n'est plus au générique, et les amoureux du cinéma au Luxembourg regrettent plus vite que prévu les rêveurs utopistes qui ont permis aux cinéphiles de rêver avec Hollywood, Godard et Fellini. Au Luxembourg, l'usine à rêve est en train de tourner un cauchemar.

Mauvais Stil, bis

Yvan

Est-ce la loi des séries? Le lendemain je dînai avec l'ami Alex au Twosixtwo à Strassen où j'optai pour une paëlla revisitée par le chef annonçant du poulpe confit. Mais en guise d'octopus, j'eus droit à de la seiche et du poulet bien insipides. Quand je fis part à la patronne de ma déception, elle m'apprit avec un sourire désinvolte que seiche et poulpe c'est presque du pareil au même et qu'après tout, les deux bestioles sont des invertébrés ... Sur quoi, elle tourna les talons. Je ferai désormais pareil avec cette table pour préférer des maisons où on se connaît mieux en gastronomie qu'en zoologie.

land élections



Index

22

Große Themen

Kommentar
Romain Hilgert

23

Des Rechtsrutschs dritter Teil

Am Sonntag wählten wieder mehr Leute konservativ und die LSAP verschwand in den Gemeinden als Arbeiterpartei
Romain Hilgert

25

Tablo

Koalitionen, Personalien, Parteien
Romain Hilgert

26

Objectif 2018

Malgré la baisse de son score, le DP reste largement en tête dans la capitale
josée hansen

27

Wenig Wechsel

In den Randgemeinden der Hauptstadt wird traditionell DP oder CSV gewählt. Zwei LSAP-Trutzburgen konnten die Stellung halten
Ines Kurschat

28

L'érosion du socialisme municipal (1921-2017)

Les bastions sudistes de la social-démocratie sont en cours de démantèlement.
Bernard Thomas

Microcosmes

Les élections dans les villes ouvrières du bassin minier
Bernard Thomas

29

Sic transit

Le dimanche où le LSAP a perdu Esch-sur-Alzette
Bernard Thomas

30

Eine gewisse Spannung

Die CSV-Wähler haben weniger panaschiert, meint Claude Haagen, Diekircher LSAP-Bürgermeister
Michèle Sinner

31

Ökoliberaler Wettbewerb

Je mehr der Osten zum Einzugsgebiet der Hauptstadt wird, desto mehr entscheiden Wahlen sich daran, wer Ruhe und „Lebensqualität“ zu erhalten versteht
Peter Feist

Steter Tropfen

Es geht nur langsam voran in punkto mehr Frauen in der Gemeindepolitik. Der Frauenrat fordert eine Quote auch für die Gemeindewahlen
Ines Kurschat

32

Des Rechtsrutschs vierter Teil

Nach dem Rechtsrutsch bei den Europawahlen und dem Referendum fand bei den Gemeindewahlen der dritte Rechtsrutsch zugunsten der CSV statt
Romain Hilgert

Große Themen

Romain Hilgert

Im Gemeindewahlkampf oder zumindest in den Wahlprogrammen kamen drei Themen immer wieder vor, Verkehr, Wohnen und Kinderbetreuung, die erst durch das hohe Wirtschaftswachstum zu Problemen wurden. Deshalb fragte der liberale Finanzminister Pierre Gramegna noch einmal am Mittwoch im Parlament, wer denn allen Ernstes ohne hohes Wachstum auszukommen gedenke.

Es ist das starke Verkehrsaufkommen, das in der Hauptstadt, in den größeren Städten, in den Randgemeinden Luxemburgs und in den Grenzgemeinden von der wachsende Zahl von Erwerbstätigen verursacht wird, die von nah und fern zur Arbeit in die Hauptstadt und in die Industriestädte fahren. Es sind die steigenden Mieten und Grundstückspreise, die nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage dadurch verursacht werden, dass immer mehr Menschen in diesem Land leben und arbeiten wollen. Es ist der steigende Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, weil immer mehr Menschen in diesem Land leben, weil Frauen und Männer inzwischen gleichermaßen mobilisiert werden, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken.

Allerdings hat man seine liebe Mühe zu erkennen, wie diese Themen die Wahlergebnisse beeinflusst haben könnten. In den Majorzgemeinden verhindert das Wahlsystem von vornherein, dass die Wähler mehr als persönliche Sympathien oder Antipathien für Kandidaten ihrer Sektionen ausdrücken können. In den Proporzgemeinden siegte unter dem Strich die CSV, die nicht erkennen ließ, dass sie seit 2011 bis dahin ungeahnte Lösungen für die Verkehrs-, Wohn- und Betreuungsprobleme vorgebracht hätte. Die Grünen, denen zumindest in Meinungsumfragen Kompetenzen in Verkehrsfragen bescheinigt werden und über eine

Mitgliederbasis aus sozialerzieherischen Berufen verfügen, stagnierten erstmals bei Gemeindewahlen. Dass die Themen, die die Wähler bewegen, kaum Spuren in den Wahlergebnissen hinterlassen haben, hat sicher damit zu tun, dass sie die Wähler in solchem Maße bewegen, dass alle Parteien besonderes Gewicht darauf gelegt, aber leider auch alle die gleichen oder ähnliche Lösungsvorschläge gemacht hatten. Es hat aber auch mit einer kommunalpolitischen Ohnmacht zu tun, die den Wählern nicht entgangen zu sein scheint.

Denn es liegt nicht in der Macht einer Gemeinde, den täglichen Fluss von Arbeitskräften durch das Land zu leiten oder ihnen Busse, Bahnen und Straßenbahnen bereitzustellen. Vielleicht besteht die kommunalpolitische Lösung eines Verkehrsproblems noch immer darin, einen *député-maire* ins Parlament zu entsenden, der eine Umgehungsstraße durchsetzen soll, so wie vor 150 Jahren ein *député-maire* ins Parlament geschickt wurde, um den Anschluss der Gemeinde an das Straßen- oder Eisenbahnnetz durchzusetzen. Auch in Fragen des Wohnungsbaus haben die Gemeinden nur einen kleinen politischen und einen noch kleineren gesetzlichen Spielraum, um den ungehemmten Verkäufermarkt zu zähmen, wenn sie denn wollten.

So schwierig es ist, in den Wahlergebnissen den Einfluss der im Wahlkampf dominierenden Themen zu erkennen, so deutlich und weit deutlicher als bei anderen Gemeindewahlen zeigt sich der Einfluss der Landespolitik auf das Ergebnis der Kommunalwahlen: Über einige lokale Besonderheiten hinweg ist der allgemeine Trend unübersehbar, nach dem die CSV deutlich gestärkt und die drei Regierungsparteien geschwächt wurden.



Am Sonntag wählten wieder mehr Leute konservativ und die LSAP verschwand in den Gemeinden als Arbeiterpartei

Des Rechtsrutschs dritter Teil

Romain Hilgert

Jenseits von Kandidaten, Kugelschreibern und Luftballons, Gemeindeverwaltungen als modischen Dienstleistungsunternehmen handeln Wahlen unter dem Strich meist davon, wie über den Umweg der öffentlichen Hand Einkommen umverteilt werden. Unter Verweis auf Effizienz, die öffentlichen Finanzen oder die Wettbewerbsfähigkeit lauten die derzeitigen Optionen vielerorts, wie auch hierzulande: liberal, auf Kosten der besitzlosen Klassen; sozialdemokratisch, auf Kosten der etwas Besserverdienenden: populistisch, auf Kosten der Ausländer; oder christkonservativ, das heißt eine Mischung von allem.

Das galt auch für die Gemeindewahlen am vergangenen Sonntag. Aber anders als beim Staat, der mittels Steuern, Sozialleistungen, Arbeitsrecht und ähnlichem umverteilt, geschieht die Umverteilung

in den Gemeinden vielfach unbemerkt. Weil sie etwas verschlungen über die dritte der von Adam Smith identifizierten Einkommensarten, „wages, profit, and rent“, über die Grundrente, den Ertrag der Grundstücksbesitzer vorgenommen wird. So dass die Wähler eher geneigt sind, nach persönlichen und lokalen Eigenarten abzustimmen, und Gemeindewahlen, wie am Sonntag, nebenbei auch nutzen, um Regierungsparteien abzustrafen.

Doch zu den Instrumenten der Umverteilung, etwa zwischen Grundrenten- und Lohnbeziehern, gehören Flächennutzungs- und Bebauungspläne, Grundsteuern und öffentlicher Wohnungsbau, mit denen das Angebot verknappt und verteuert oder erweitert und verbilligt werden kann. Die Differenzialrente führt dazu, dass in den reichsten Gemeinden Leute wohnen, die laut Volkszählung

von 2011 doppelt so viel verdienen wie die in den ärmsten Gemeinden. Der Anteil der Arbeitslosen ist in den ärmsten Gemeinden sieben Mal, der Anteil der RMG-Bezieher 17 Mal höher als in den reichsten Gemeinden.

Landgemeinden Mehr als die Hälfte der Gemeinden sind schwach besiedelte, vor allem im Norden und Osten gelegene Landgemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern, die seit Jahren zwecks Rationalisierung zur Fusion gedrängt werden. Manche sind weit entfernt von den nächsten Arbeitsplätzen, vielerorts leben die Einwohner von der Landwirtschaft, die seit Jahrzehnten ihren Mann und ihre Frau kaum noch ernährt. In diesen kleinen Landgemeinden wird das Provinzielle als Lebensqualität gepriesen, die Tradition wird mit Gemeindegewappen und Geranien beschworen. Vorzugsweise wird dort konservativ gewählt, bei den Kammerwahlen 2013 umständehalber auch liberal.

Vielorts ist man zufrieden, wenn sich überhaupt genügend Leute finden lassen, die sich um kommunale Angelegenheiten kümmern wollen. Die Gemeinderäte geben sich paternalistisch unpolitisch, denn sie werden nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Die Kandidaten vertreten keine Parteien und gesellschaftliche Gruppen, sondern treten, wie im Zensusregime des 19. Jahrhunderts, nach Gemeindegenerationen an, das heißt nach Äckern, Weiden und Wäldern. Deshalb ist das Verhältnis zum Mehrheitswahlrecht auch paradox: In südlicheren Majorzgemeinden, die angesichts des Bevölkerungswachstums kurz davor stehen, nach dem Verhältniswahlrecht abzustimmen, organisieren sich die Räte recht durchsichtig nach Parteien, in manchen nördlicheren Proporzgemeinden stellen die Kandidaten sich dagegen weiterhin als unpolitische Bürgerlisten dar.

Unter den Bedingungen des Majorzsystems werden alle politischen Äußerungen der Wähler zwangsläufig personenbezogen: Am Sonntag wählten unzufriedene Einwohner amtierende Bürgermeister, mancherorts ganze Schöffenräte ab. In Tandel kam der CSV-Abgeordnete und Bürgermeister Aly Kaes mit einem blauen Auge davon und wurde nur noch Zweitgewählter. Die LSAP-Abgeordnete Cécile Hemmen wurde als Bürgermeisterin von Weiler zum Turm mit Abstand hinter dem Erstkandidaten Vincent Reding gewählt. Jos Schoellen, Bürgermeister von Mompach, wurde Zweiter hinter der CSV-Hoffnungsträgerin Stéphanie Weydert (CSV).

Der Bürgermeister von Bettendorf, Albert Back, der Bürgermeister von Vichten, Camille Scheuren, und die Bürgermeisterin von Koerich, Pia Flammang-Risch, wurden nur noch Drittgewählte in ihren Gemeinden. Henri Frank, der stramm rechte Bürgermeister von Manternach, wurde nur noch Fünfter. Das gleiche Schicksal ereilte den Bürgermeister von Schieren, André Schmit, wo drei Erstkandidaten an die Spitze gewählt wurden. In Lenningen wurde Bürgermeister Arnold Rippinger nur noch Fünfter, sein Schöffe Joël Wagner Sechster. In Mertzig, wo Bürgermeister Claude Staudt nicht mehr kandidierte, wurde dessen Schöffe Amarco Garcia nur noch Fünfter, Schöffe Norbert Freymann wurde gar nicht wiedergewählt. Der Goesdorfer Bürgermeister Norbert Maes wurde als Neunter gewählt und schaffte nur knapp den Wiedereinzug in den Gemeinderat.

Im Préizerdaul wurde Bürgermeister Fernand Hyeart gar Elfter und schaffte nicht mehr die Rückkehr in den Gemeinderat. Der Bürgermeister von Esch-Sauer, Gilles Kintzelé, wurde nur noch Vierzehnter und verpasste ebenfalls den Wiedereinzug in den Gemeinderat. In Pütscheid wurde, nach 23 Jahren Amtszeit, Bürgermeister Jean Kinn im Rennen um neun Mandate Zehnter. In Consdorf wurde Bürgermeister André Poorers Vierzehnter, Schöffe Camille Weiland Zwölfter, so dass beide ebenfalls den Wiedereinzug in den Gemeinderat verpassten.



In einer ganzen Anzahl Majorzgemeinden wählten unzufriedene Einwohner amtierende Bürgermeister, mancherorts ganze Schöffenräte ab

Die Landstädtchen überspielen mit viel Folklore und Lokalpatriotismus, dass sie wenig von ländlicher Idylle haben. Echternach, Ettelbrück, Wiltz, Diekirch und andere gehören zu den Gemeinden, wo mehr Leute mit niedrigen Einkommen, mehr Arbeitslose und RMG-Bezieher leben als in den meisten anderen Gemeinden. Diese Kleinstädte ziehen auch soziale Probleme der ländlichen Umgebung an.

Die kleinsten dieser Gemeinden, wie Vianden und Fels, wählen noch nach dem Majorzsystem, die meisten nach dem Proporzsystem. Handelt es sich um traditionelle landwirtschaftliche Zentren, wird viel CSV gewählt. Im Trend des Wahlgangs gewann die CSV am Sonntag in beinahe allen Landstädtchen noch hinzu. Doch während die CSV auf ein ähnliches Ergebnis wie bei den Kammerwahlen 2013 kam, erhielten DP, LSAP und Grüne zwischen 3,7 und 6,8 Prozentpunkte mehr Stimmen als bei den Parlamentswahlen.

Wo es Industrien gibt oder gab, ist die LSAP stark. Aber dort hat sie auch am meisten verloren. Weil die Wählerschaft sich, wie in den Arbeitergemeinden des Südens, geändert hat oder über die kommunale und nationale Politik der Partei enttäuscht ist. In Wiltz und Diekirch verlor die LSAP ihre absolute Stimmenmehrheit, in Wiltz behielt sie ihre Sitzzahl nur, weil der Gemeinderat vergrößert wurde.

Lebt man mittelständisch vom Handel oder Tourismus, ist auch die DP stark, wie in Remich oder

(Fortsetzung auf S.24)



Wahlsonntag in den Gemeinden

(Fortsetzung von S.23)

Bad Mondorf, den beiden einzigen dieser Std-chen, wo die sonst über all siegreiche CSV verlor – und zwar massiv zugunsten der DP.

Hauptstadt Die Stadt Luxemburg ist der Gegen-pol zur beschaulichen Provinz der ländlichen Ma-jorzgemeinden. Sie stellt den direkten Anschluss an die große, globalisierte Welt dar. Deshalb steht „Multiplicity“ auf den Bussen, die morgens ein namenloses Heer von Angestellten in die Stadt bringen, um die Vermögen anonymer Reicher jenseits der Ozeane zu htscheln, als ob es ihr eigenes wäre. Dem Bürgermeisteramt in der mit Abstand groten Gemeinde des Landes wird des-halb beinahe das politische Gewicht eines Minis-teramts beigemessen.

Die politische Herrschaft über die Stadt muss gleichzeitig dem internationalen Finanzkapital und mittelständischen Geschäftsleuten genehm sein, ohne die älteren und konservativeren Wahl-berechtigten zu bruskieren. Diese berauschen sich dank liberaler Politik an ihrer Jahr für Jahr steigenden Differenzialrente, druckten aber am Sonntag ihre Unzufriedenheit mit der liberalen Bürgermeisterin und den liberalen Ministern aus, indem sie wieder vermehrt konservativ wählten. Trotz ihrer Stimmengewinne schnitt die CSV aber 9,3 Prozentpunkte schlechter ab als bei den Kammerwahlen 2013. Denn weil die Stadt ihren Reichtum der Liberalisierung der Finanzmärkte verdankt, ist sie eine liberale Hochburg. Deshalb erhielten die DP 3,6 Prozentunkte mehr Stimmen als bei den Kammerwahlen 2013 und die Grünen 6,8 Prozentpunkte mehr. Zum Leidwesen von DP und Grünen sind gerade viele liberal gesinnte akademische Mittelschichten Eingewanderte, die schmutzige Fahrräder, aber kein Wahlrecht haben.

Die Angst vor der am Finanzzentrum herrschen-den Brutalität des freien Marktes versucht die rechtsliberale Bürgermeisterin mit maternalisti-scher Fürsorge für die wahlberechtigte Minderheit in den Wohnvierteln zu beschwichtigen. Soziale Ungleichheiten werden als Randgruppenprobleme pathologisiert oder, in der Schulpolitik, auf Sprach-probleme reduziert. Die hilflos zusehende LSAP, die einmal den Bürgermeister stellte, ist nicht erst am Sonntag zur viertstrksten Partei herunterge-kommen und bekam knapp mehr als halb so vie-le Stimmen wie die Grünen. Was Letzteren auch nichts nützte.

Randgemeinden Viele Beamte, Angestellte und Selbstständige, die in den Banken, den lokalen und europäischen Verwaltungen der Hauptstadt arbeiten, dort Kanzleien, Praxen und Geschäfte leiten, leben nicht in der Stadt, sondern in mehr als einem Dutzend Randgemeinden. Hier wohnen laut Sozialindex des Statec die Reichen oder zumindest die reichen Erwerbstätigen, denn Ver-mögen berücksichtigt der Index nicht. Er zeigt aber deutlich, dass diese wohlhabenderen Schlaf-gemeinden inzwischen bis nach Garnich im Wes-ten und einen Teil des Kantons Grevenmacher im Osten reichen.

Die Randgemeinden nehmen am Wirtschafts-wachstum der Hauptstadt teil, ohne ihre sozialen Probleme zu kennen. Manche Randgemeinden haben zusätzliche eigene Einnahmen aus Ein-kaufszentren oder Gewerbebezonen. Ziel der Kom-munalpolitik zwischen Stadt und Land ist es, den Einwohnern eine urbane Natur oder eine Art Stadtviertel im Grünen zu bieten. Die Einwohner verteidigen ihre Gemütlichkeit und ihre Differen-zialrente gnadenlos gegen den Durchgangsver-kehr der Leute, die, wie sie, in die Hauptstadt zur Arbeit fahren.

Die meisten Randgemeinden sind Proporzge-meinden. In einigen wenigen, wie Leudelingen, Weiler-zum-Turm oder Recken-an-der-Mess,

Der Rechtsrutsch hat den Sieg der liberalen Koalition und die Niederlage der CSV von 2013 zurückgenommen: Die CSV gewann landesweit 3,3 Prozentpunkte hinzu, während die LSAP deren 2,6, die DP 0,8 und die Grünen 0,5 verloren

wird noch nach dem Majorzsystem gewählt. Zwei Drittel dieser Gemeinden werden von LSAP/ CSV-Koalitionen aus liberalen Christlichsozialen und rechten Sozialdemokraten regiert. Einige sind CSV-Hochburgen, wie Hesperingen, Mamer, Niederanven und Contern, wo die Rechte meist auch noch deutlich hinzugewann. Aktuelle oder ehe-malige Arbeitergemeinden, wie Kopstal, Lorentz-weiler und Steinsel, sind LSAP-Hochburgen, wo sich rechte Sozialdemokraten am Sonntag besser hielten als in den Industriegemeinden des Sudens.

Bartringen und Strassen sind dagegen die ein-zigen Randgemeinden, wo die DP die stärkste Partei ist, in Batringen erhielt die DP am Sonn-tag die 2011 verlorene absolute Mehrheit zurück. Die Grünen haben nur in Mamer und Sandweiler überdurchschnittlich abgeschnitten, wenn auch jeweils nur als zweitstärkste Partei.

Neben Luxemburg und Esch-Alzette wurde der landesweite Wahlsieg der CSV besonders deut-lich in den Randgemeinden der Hauptstadt, auch wenn die Partei in Lorentzweiler, Dippach und Sandweiler verlor. In Niederanven und Contern gewann sie, in Walferdingen, Junglinster, Kehlen und Kopstal wurde sie stärkste Partei, in Hesper-ingen erhielt sie die absolute Mehrheit.

Industriegemeinden Mehr als ein Dutzend In-dustriergemeinden liegen vor allem im Suden und gehören zu den bevölkerungsreichsten Gemein-den des Landes. Viele haben eine vom Bergbau und der Stahlindustrie, aber auch von anderen Industrien und der Eisenbahn geprägte Vergangenheit. Diese Vergangenheit wurde lange als glorreiche Kultur folklorisiert, bis die Gemeinden Opfer der Stahl-krise wurden und nun versuchen, mit Start-ups, Grünflächen und Kitsch im öffentlichen Raum ihre industrielle Vergangenheit zu verdrängen. Aber weiterhin leben in diesen Gemeinden die Men-schen mit den niedrigen Einkommen, die meisten RMG-Bezieher und Arbeitslosen. Bei Volksbefra-gungen in den letzten 100 Jahren, von der Republik über das Maulkorbgesetz bis zum Europäischen Verfassungsvertrag, stimmten diese Gemein-den deutlich anders ab als der Rest des Volkes.

Die meisten dieser Gemeinden sind von der Ar-beiterbewegung geprägt, dem nicht immer ganz durchsichtigen Zusammenspiel von LAV/OGBL

oder FNCTTFEL und LSAP. Also regiert oft die LSAP, sind manchmal auch KPL und di Lénk im Gemeinderat vertreten, während die DP als mit-telstndische Partei bis auf eine denkwürdige Epi-sode in Differdingen ein Randdasein fristet.

Doch am Sonntag erlitt der einst in der Arbeiter-bewegung mythische „rote Suden“ als fortschritt-liches Bollwerk gegen den CSV-Staat seinen hr-testen Schlag. Nach dem Fall der drittgroten Stadt des Landes, der „Cité du fer“ Differdingen, im Jahr 2002 an die DP und nach dem politischen Bankrott der Familie Meisch nun ebenso spekta-kulr an die Grünen, wurde am Sonntag die CSV stärkste Partei in der zweitgroten Stadt, Esch-Alzette. Die LSAP verlor aber auch in den an-deren Arbeiterstdten, in Differdingen, Bettemburg,



Stimmenauszählung auf dem Limpertsberg

Düdelingen, Kayl, Petingen, Monnerich, Rme-lingen, Sassenheim und Schiffingen, fast immer zugunsten der einst als „Pafen“ verhassten CSV. Aber nicht, wie in anderen Ländern, zugunsten populistischer oder rechtsradikaler Bewegungen.

Gegen den Trend behauptete sich die LSAP nur in der Industriegemeinde Mertert im Ostbezirk, wo sie die absolute Mehrheit erhielt, in Düdelingen konnte sie sie behalten. Die absolute Mehrheit verlor sie dagegen in Monnerich und im ehemali-gen Bergarbeiterstdchen Rmelingen.

Im Vergleich zu den Gemeindewahlen von 2011 fiel der durchschnittliche Stimmenanteil der LSAP in den Arbeitergemeinden von 43,18 auf 37,04 Prozent, derjenige der CSV stieg von 25,94 auf 31,59 Prozent. Die Grünen legten anderthalb Prozentpunkt zu, die DP verlor über drei Prozent-punkte. In keinen anderen Gemeinden zeigten die Wähler so deutlich ihren Überdruß nicht nur mit einigen selbstzufriedenen Lokalfrsten, son-dern auch mit einer als moderne Sparkoalition einschließlich Zukunfts-pak angetretenen Regie-rung, einer orientierungslosen Sozialdemokratie.

Parteien Am Sonntag scheinen die Wähler mehr als bei anderen Gemeindewahlen nicht nur nach lokalen Gesichtspunkten, sondern auch nach nationalen Sympathien entschieden zu haben. Denn im landesweiten Durchschnitt gewann die CSV in den Proporzgemeinden 3,3 Prozentpunk-te auf Kosten der Regierungsparteien hinzu, die LSAP verlor 2,6 Prozentpunkte, die DP 0,8 und die Grünen verloren 0,5 Punkte.

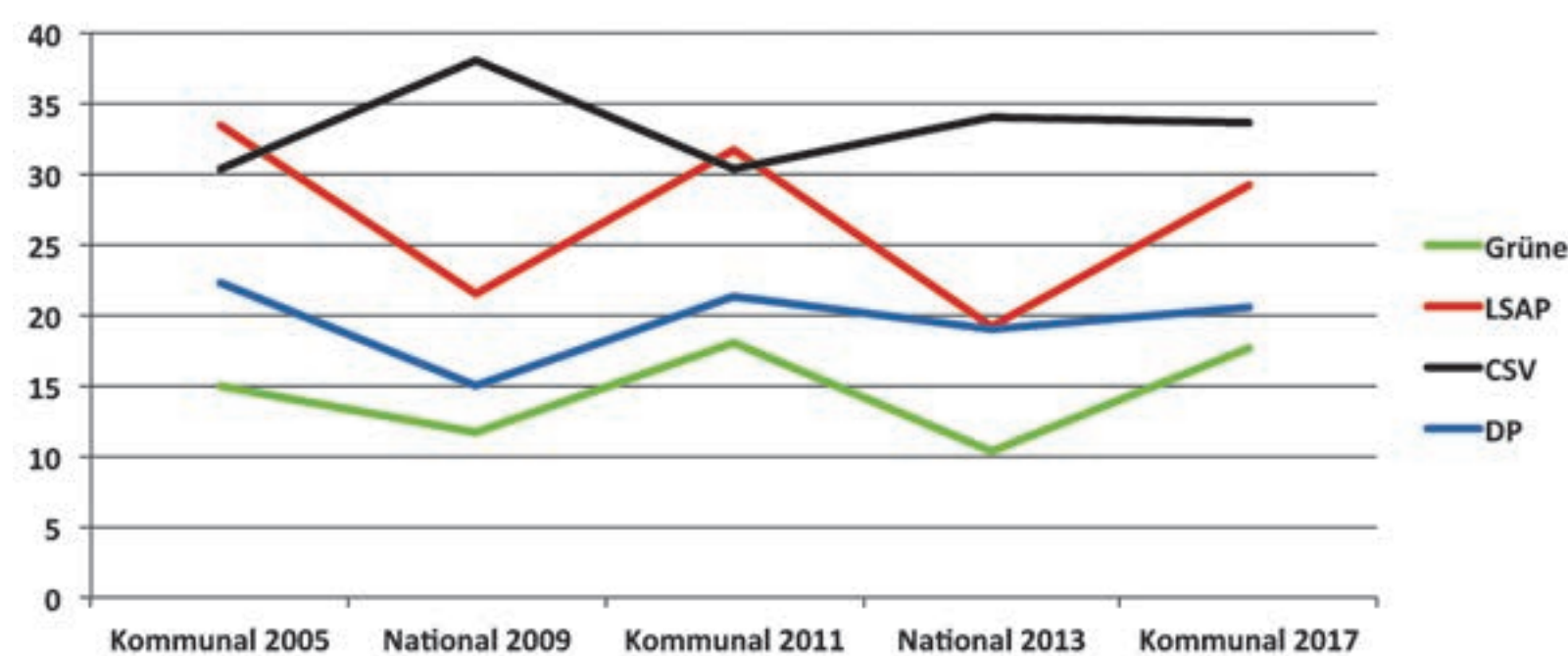
Die Wahlsieger von 2011 waren die Grünen, deren Aufstieg unaufhaltsam schien. Nun sta-gnieren sie und haben vielleicht ihr Reservoir von materiellen Sorgen Enthobener ausgeschöpft, die sich vor allem für Fahrradständer, Spielplätze und Mllsortierung interessieren. Der Wahlsie-

ger von 2017 heißt CSV, jene Partei, deren durch-schnittlicher Stimmenanteil bei den Gemein-dewahlen 2011 noch acht Prozentpunkte unter ihrem Stimmenanteil der Kammerwahlen von 2009 lag. Nun sind, dank der Gewinne von 2017 und der Verluste von 2013, beide Anteile auf ei-nem Niveau. Die LSAP ist nicht mehr die erste Partei in den Gemeinden, sondern die CSV. Da-bei war es der letzte Stolz der Sozialisten, die einst davon träumten, als linke Volkspartei einmal auf Augenhöhe mit der CSV aufzusteigen.

Eine deutliche Korrelation bestand zwischen dem Einfluss mancher Parteien: Die LSAP bekam dort wenige Stimmen, wo die DP viele Stimmen bekam (-0,58), aber auch dort, wo die Grünen viele Stimmen erhielten (-0,35). Die CSV bekam dort viele Stimmen, wo die Grünen wenige be-kamen (-0,22). Eine sehr deutliche Korrelation bestand zwischen den Veränderungen gegen-über 2011 von CSV und LSAP (+0,45) und DP und CSV (+0,31), eine negative von LSAP und Grünen (-0,25).

Als eindeutige Klassenparteien erwiesen sich nur in den Arbeiterstdten die Kommunisten, die noch einen Sitz in Differdingen und Rme-lingen behielten, und andernorts die Liberalen. Die DP war die Partei der Besserverdienenden, sie bekam die meisten Stimmen, wo qualifizier-te Besserverdienende wohnen (+0,25) und das mittlere Einkommen hoch ist (+0,27).

Von den kleineren Parteien konnte die Linke ihren Stimmenanteil auf Kosten der LSAP ver-groern und einen zweiten Sitz in Sassenheim gewinnen. Die ADR, die 1999 noch gleichstark wie die Grünen war, verlor Stimmenanteile; in Bettemburg erhielt sie ein Mandat, ein anderes, in Petingen, hatte sie schon vor den Wahlen ver-loren. Die Piratenpartei bekommt zwei Sitze in Petingen und einen in Remich.



Stimmenanteile: Die LSAP ist nicht mehr stärkste Partei in den Gemeinden, die Grünen erreichten nie ihr Ziel, die DP zu übertreffen



Ein ungeschriebenes Gesetz will anscheinend, dass eine Koalition zwischen der größten Partei und dem Wahlsieger die demokratischste ist. Doch nach jeder Gemeindewahl gibt es Gemeinden, wo die größte Partei oder der Wahlsieger leer ausgeht, weil kleinere Parteien eine Koalition gegen sie bilden – wie 2011 in Bettemburg oder Käerjeng. Die einen nennen das dann inhaltliche Übereinstimmungen, die anderen Missachtung des Wählerwillens. Doch als am Dienstag die lokale CSV, LSAP und die Grünen in Schüttringen mit der Liste Schëtter Bierger eine Koalition gegen die DP bilden wollten, wurden sie von den Parteizentralen zurückgepfiffen, der Innenminister zeigte sich empört. Artet nämlich ein solcher Präzedenzfall aus, wären die Konsequenzen für die Koalition in der Hauptstadt, in Esch-Alzette oder gar für die Regierung nächstes Jahr nicht abzusehen. rh.

Koalitionen	Personalien	Personalien	Personalien	Referendum	Gesetz
■ Splitting Nach jeder Gemeindewahl beschwerten sich Landespolitiker darüber, dass ihre lokalen Parteikollegen Bürgermeister- und Schöffenposten aufteilen und nach der Hälfte der Mandatsdauer zwischen den Parteien tauschen. Dadurch können möglichst viele Gewählte ohne Neid und Intrigen einmal die Macht im Rathaus kosten oder einem altgedienten Bürgermeister kann so der lang ersehnte Gang in den Ruhestand erleichtert werden. In der Vergangenheit hatte man im Innenministerium sogar geprüft, ob durch eine Änderung des Wahlgesetzes das Splitting einfach verboten werden könnte. Doch erwiesen sich alle dahin gehenden Überlegungen rasch als unzulässige Beschneidungen des aktiven und passiven Wahlrechts. Seit Sonntag wurden wieder die ersten, angeblich mit der Würde des Amtes unvereinbaren Kuhhandel abgemacht, etwa in Strassen, wo LSAP-Bürgermeister Gaston Greiveldinger sich nach drei Jahren aus der Poltik verabschieden will. Oder in Ettelbrück, wo LSAP und CSV nach drei Jahren einen Schöffenposten tauschen wollen. Oder in Kopstal, wo die CSV in der Mitte der Mandatsdauer den DP-Bürgermeister beerben darf. Oder in Wormeldingen, wo der Zweitgewählte nach drei Jahren den Bürgermeister ersetzen darf. rh.	■ ■ ■ Serge Hoffmann, CSV-Bürgermeister von Hobscheid, wird erster Bürgermeister von Habscht, der am 1. Januar entstehenden neuen Fusionsgemeinde. In der Proporzgemeinde und christlich-sozialen Hochburg Hobscheid (alt) erhielt seine Partei beachtliche acht von elf Sitzen. Der Schöffenrat von Habscht (neu) wird beim Inkrafttreten der Fusion mit Simmern um den nach dem Majorzsystem in Simmern als Erster gewählten Manou Decker ergänzt. Der ehemalige Bürgermeister von Simmern, Marco Boly, der sein Amt berufsbedingt aufgegeben hatte, wurde Siebter und verpasste den Einzug in den Habschter Gemeinderat. rh. ■ ■ ■ Edy Mertens, DP-Abgeordneter, bleibt Bürgermeister von Ulflingen. In der Gemeinde, die zum ersten Mal nach dem Verhältniswahlrecht wählte, hatte er nicht mit einer DP-Liste, sondern mit einer Elwenter Birgerlëscht kandidiert. Einzige Konkurrenz war die CSV. Mertens' liberale Bürger erhielten 58,8 Prozent der Stimmen und sieben von elf Mandaten. rh. 	■ Jean Colombero, ehemaliger ADR-Abgeordneter und Gründer der leicht esoterischen Partei fir integral Demokratie (Pid), wurde in Vichten als Zweiter in den Gemeinderat gewählt, noch vor Bürgermeister Camille Scheuren, dessen Amt er nun übernimmt. Sein ehemaliger Parteivorsitzender Robert Mehlen schaffte es dagegen in Manternach nur auf den sechsten von neun Plätzen, kam aber wieder in den Gemeinderat, dem er seit 16 Jahren angehört. Ihr ehemaliger Parteikollege Joe Thein wurde dagegen nicht wiedergewählt. Weil Thein selbst für die ADR zu rechts war, war der Peting Gemeinderat aus der Partei ausgeschlossen worden und hatte mit Bekannten und Verwandten die nach dem Blog des ADR-Abgeordneten Fernand Kartheiser benannte Liste Déi Konservativ gegründet. Sie erhielt 2,4 Prozent der Stimmen, die ADR 2,9 Prozent. Fernand Kartheiser seinerseits verpasste in Käerjeng den Einzug in den Gemeinderat, die ADR kam lediglich auf 4,8 Prozent der Stimmen. rh. ■ ■ Marc Lentz, Rechtsanwalt, wurde in der Majorzgemeinde Biwer Erstgewählter und kann somit das Bürgermeisteramt beanspruchen. Der bisherige Bürgermeister der kleinen Ostgemeinde, der ehemalige Direktor der Industriellenföderation Fedil, Nicolas Soisson, hatte nicht mehr kandidiert. rh.	■ Sven Clement,  Vorsitzender der Piratenpartei, schaffte nicht in den Einzug in den hauptstädtischen Gemeinderat. Seine Partei erhielt, wie bei den Kammerwahlen 2013, in Luxemburg 2,6 Prozent der Stimmen, gut einen Prozentpunkt zu wenig, um einen Sitz zu erhalten. In Esch-Alzette kamen die Piraten auf 1,7 Prozent. Die 2009 gegründete Partei nahm erstmals an Gemeindewahlen teil und hatte dank eines ehemaligen ADR-Mitglieds und des Skandalblatts <i>Lëtzebuerg Privat</i> ihren schönsten Erfolg in Remich, wo sie 14 Prozent der Stimmen und einen Sitz erlangte. In Petingen kam sie dank des für die professionellen Werbekampagnen der Patei zuständigen ehemaligen Generalsekretärs der Jungdemokraten, Marc Goergen, auf 9,2 Prozent und zwei Sitze. In Clerf bekamen die Piraten 5,4 Prozent und in Kehlen 5,5 Prozent der Stimmen, aber keine Mandate. rh.	□ Zweidrittelgesellschaft In Kopstal fand am Sonntag zusammen mit den Gemeindewahlen ein Referendum über die Frage statt: „Souhaitez-vous que la commune de Kopstal soit rattachée à la circonscription electorale du Centre?“ 63 Prozent der Befragten wollten, dass die Gemeinde künftig bei Kammerwahlen Kandidaten aus dem liberalen Zentrumsbezirk wählen können, 33 wollen weiterhin im linken Südbezirk wählen. In dem traditionellen Arbeiterdorf Kopstal mit CSV- und LCGB-Einfluss waren deutlich weniger für den Wechsel zum Zentrum als im wohlhabenden, DP-freundlicheren Hauptstadtvorort Bridel, wo inzwischen drei Viertel der Gemeindebevölkerung wohnen. Drei Prozent der Stimmzettel waren weiß, ein Prozent ungültig. An dem nach der Niederlage der LSAP/Är Equipe neuen Bürgermeister Carlo Schmit (DP) müsste es nunmehr sein, dem Wählerwillen Gehör im Parlament zu verschaffen. Die Kammer müsste ein Gesetz verabschieden, damit die Gemeinde den Kanton und Wahlbezirk wechseln könnte – was die Regierung aus Angst vor einem Präzedenzfall möglicherweise zu verhindern versucht. In Kopstal gibt es auch schon beim Koalitionspartner CSV Bedenken, dass das Abstimmungsergebnis nicht eindeutig genug sei, um den Bezirk zu wechseln. Man sieht ja, was in Katalonien geschieht. rh.	■ ■ ■ Vor ausverkauftem Haus Drei Gemeinden hatten laut Wahlgesetz schon vor der Öffnung der Wahllokale gewählt: Winseler, wo die neun Männer, die sich um neun Mandate bewarben, in den Gemeinderat kommen; Feulen, wo es neun Kandidaten beiderlei Geschlechts für neun Mandate gab; und Bech, wo sich bloß acht Kandidaten um neun Mandate bewarben. □ Humaniora Die während Jahrzehnten versprochene und nun endlich verabschiedete Reform der Gemeindefinanzen war vor allem in großflächigen Landgemeinden ein Wahlkampfthema, weil sie sich durch den neuen Verteilungsschlüssel benachteiligt fühlen. Mit dem am Mittwoch hinterlegten Haushaltsentwurf für 2018 legte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) auch tatsächlich schon eine Gesetzesänderung zur Reform vom 14. Dezember 2016 über den <i>Fonds de dotation globale des communes</i> vor, allerdings eine grammatische: In Artikel drei, Paragraph eins, Punkt sechs soll der Ausdruck „terrains aëdificandi“ durch „terrains aëdificati“ ersetzt werden. Was dem in Immobilienkopienden kostspieligen Unterschied zwischen bebaubaren und bebauten Grundstücken entspricht. rh.

Malgré la baisse de son score, le DP reste largement en tête dans la capitale, avec trente pour cent des suffrages et neuf mandats sur 27. La bourgmestre sortante Lydie Polfer, DP, s'est rapidement alliée avec le CSV, qui a gagné deux sièges. Les Verts restent cois

Objectif 2018

josée hansen



Lundi 9 octobre, 15 heures. Sous les ors et les lustres de la grande salle du conseil communal de Luxembourg-ville, il n'y a qu'accolades et embrassades. On se serre la main pour se féliciter ou on s'embrasse pour se consoler, tous partis confondus. Sam Tanson, toujours échevine des Verts, donne une chaleureuse accolade à Marc Angel, candidat tête de liste malheureux des socialistes, avec lequel le parti vient de perdre un siège au CSV et presque cinq points de pour cent des suffrages. Il est abasourdi. « J'ai mis une veste rouge exprès, en solidarité avec Marc », dira Lydie Polfer en rigolant, elle-même très satisfaite d'avoir pu améliorer son score personnel de 563 voix par rapport à 2011 et d'avoir défendu la première place incontestée du parti libéral à la sortie des urnes, avec trente pour cent des suffrages, pour neuf mandats (ce qui constitue une perte de 3,61 points de pour cent par rapport à 2011 ; en 2005, le DP avait encore onze mandats, dix en 2011). Ce lundi après-midi a lieu une réunion ordinaire du conseil communal, fixée en amont des élections déjà, avec des points classiques à l'ordre du jour : adoption définitive de l'organisation scolaire, bail de l'Office social, accord d'ester en justice dans une affaire immobilière... en moins d'une heure, tout sera terminé. Rien que du très banal donc. Sauf que, les conseillers en ont bien conscience, c'était probablement le dernier conseil de la majorité DP/Les Verts.

« Aujourd'hui, vous n'arriverez pas à m'envoyer mon sourire des lèvres », sourit à grandes dents le conseiller CSV Maurice Bauer, troisième élu sur la liste du CSV, qui a pu améliorer son score de plus de 2 400 voix par rapport à 2011. Entre lui et Isabel Wiseler Santos-Lima (l'épouse de Claude Wiseler) d'un côté et Claudine Konsbruck de l'autre, il y a un grand vide entre les sièges du CSV : les conseillers Laurent Mosar et Martine Mergen ne sont pas venus aujourd'hui ; « c'est d'ailleurs la règle avec eux » rôle un collègue. Mosar, tête de liste malheureuse en 2005 encore, se classe cette fois quatrième sur la liste du CSV, derrière Maurice Bauer. Martine Mergen, qui garde son assez mauvais score de 2011 (un peu plus de 5 900 voix), se fait doubler par les jeunes Paul Galles et Elisabeth Margue et ne se classe que sixième – soit en première suppléante seulement.

À 15 heures, tout semble encore pour le mieux dans le meilleur des mondes : la majorité bleue-verte travaille comme si de rien n'était, Lydie Polfer a toujours semblé apprécier travailler avec Sam Tanson, la pragmatique, les Verts ont gardé leurs cinq mandats et même légèrement amélioré leur score de 2011 de 0,81 points. Et pourtant, le soir, patatras !, fini le rêve de continuer comme avant. Après une consultation interne des 27 candidats du DP, Lydie Polfer annonce lundi soir devant les caméras de *RTL Télé Lëtzebuerg* que le parti avait majoritairement décidé d'entamer des négociations de coalition avec le CSV, qui « avec un gain de deux sièges, sort renforcé de scrutin » affirme le DP Stad dans un communiqué le soir même. Les Verts sont déçus, mais alors déçus, que leur partenaire de coalition durant douze ans n'ait même pas daigné leur parler, au moins symboliquement, Sam Tanson le dira à la télévision et dans un entretien au *Land*, François Benoy, sa co-tête de liste, fera part de son étonnement via Twitter. Tout se passe comme si une parenthèse se fermait, que le DP revenait simplement à son partenaire de coalition d'avant 2005. Un peu aussi comme s'il fallait donner un gage de bonne volonté vis-à-vis du CSV, qui, tout le monde en semble déjà convaincu, risque de revenir aux manettes du pouvoir national lors des législatives de 2018.

Serge Wilmes donc. 35 ans, dents de requin. À l'exception d'un bref passage aux Archives nationales, puis au secrétariat parlementaire du CSV, l'historien de formation a vite fait le choix d'une carrière de politicien professionnel. Éternel militant pour un rajeunissement du CSV, d'abord via sa présidence à la section du CSJ, puis via le *Dräkinneksgrupp*, il n'a jamais caché ses ambitions, qu'il ne comptait pas rester dans la deuxième rangée bien longtemps. Pourtant, s'il n'était pas là lundi, à cette dernière réunion du conseil communal, c'est parce qu'il n'avait pas été élu en 2011, où il ne s'était classé que huitième. Aux législatives de 2009, il ne s'était classé que quatorzième, mais par l'enchaînement des hasards et des coups du destin, il est entré à la Chambre en 2011, puis fut réélu en 2013. Il y est membre de commissions parlementaires importantes comme les Affaires étrangères, le Travail, l'Emploi et la Sécurité sociale ou le Développement durable, mais travaille aussi sur des sujets plus *soft* comme l'Enseignement supérieur et les Médias ou encore la Culture (avec un penchant pour les questions du patrimoine ; dernière question parlementaire en date : la sauvegarde du patrimoine forain). Serge Wilmes aime se donner populaire, en publiant un livre de vulgarisation, comme *Cwei Crémant* (Saint-Paul, 2013), par exemple. Son blog sur *serge-wilmes.lu* est à l'arrêt depuis octobre 2014.

Mais malgré son air enfantin et ses fossettes quand il sourit, c'est un dur à cuire. Il ne voudra pas jouer ailleurs que dans le cour des grands au conseil communal, il l'a montré en amont des élections avec son refus de discuter avec Sam Tanson en tête-à-tête sur *RTL Télé Lëtzebuerg*, puisqu'il avait été invité à affronter Lydie Polfer, organisant un bel éclat médiatique par communiqués interposés. Sur les ondes de la radio publique *100,7* le 2 octobre, il affronta Lydie Polfer sur un ton très agressif, lui reprochant à la fois de ne pas assez construire (de logements abordables) et de construire trop (le bruit, les chantiers...) Certains prédisent déjà qu'il ne sera pas aussi commode que le furent les Verts. Car Wilmes revendique un triomphe aux élections de dimanche, ayant fait gagner presque six points de pour cent et deux mandats à son parti, et ainsi enrayé la perte de vitesse continue du CSV sur le territoire de la capitale. Dès dimanche soir, il s'est montré fier d'avoir inversé la vapeur. Avec six sièges contre neuf pour le DP, il semble d'ores et déjà certain qu'un des points à débattre lors des discussions de coalition, qui ont commencé mercredi, sera l'équilibre au conseil échevinal. Actuellement, avec un rapport de force de dix sièges pour le DP et cinq pour les Verts, la moitié, ils sont quatre libéraux et deux verts au conseil échevinal. Serge Wilmes risque de revendiquer un échevin de plus pour le CSV.

En amont des élections communales de cette année, tout indiquait que les électeurs voulaient un changement politique, comme ils l'avaient voulu en 2013 sur le plan national. À l'arrivée, ce sont le DP et le LSAP qui ont perdu chacun un siège récupéré par le CSV, peut-être parce que les électeurs étaient las de voir toujours les mêmes têtes. Ainsi, Lydie Polfer a certes amélioré son score de 2011, mais elle est encore loin du score du très populaire Paul Helminger en 2005 (16 181 voix), voire de celui de Xavier Bettel en 2011 (13 928 voix). Le phénomène le plus marquant pour le DP cette année est que son taux de suffrages de liste a explosé : 70 pour cent des électeurs du DP ont fait une croix au-dessus de la liste (contre 54 pour cent en 2005). Il y a donc toujours un fidèle électoral libéral qui, malgré le départ des stars d'antan – les Helmin-

Tout se passe comme si une parenthèse se fermait, que le DP revenait simplement à son partenaire de coalition d'avant 2005. Comme s'il fallait un gage de bonne volonté vis-à-vis du CSV, qui risque de revenir au gouvernement en 2018

ger, Bettel, Brasseur, Flesch –, ont voulu soutenir le DP et l'ont donc fait pour toute la liste.

Le LSAP a le moins profité des suffrages de liste, 61 pour cent de ses votes, et Marc Angel a personnellement perdu presque 2 000 voix. Dimanche soir, l'ambiance était exécrable au LSAP – dont la perte d'un siège en Ville n'est pas la pire des claques (voir par ailleurs) – les « jeunes » reprochant aux pontes de n'avoir pas su assez renouveler le parti, de ne pas avoir permis à des nouveaux de se faire un nom, maintenant que le parti est encore au pouvoir au gouvernement. La capitale avec son électoralat fait de commerçants et de professions libérales a toujours été difficile pour le LSAP – le score de Marc Angel cette année avoisine celui de Ben Fayot, 6 500 voix, en 2011. Marc Angel est fatigué, assume la responsabilité de la débâcle de dimanche, « ça fait peut-être trop longtemps que je suis dans le métier, 25 ans que je fais de la politique communale », dit-il vis-à-vis du *Land*. Pourtant, il compte pour un bosseur, qui ne rechigne devant aucune tâche ingrate durant la campagne, servant le champagne à la braderie et portant les paniers de courses de ces dames un jour de marché.

Le succès de la jeune équipe de Serge Wilmes semble donner raison à l'hypothèse du désir de renouveau des électeurs. Elisabeth Margue, septième élue sur la liste du CSV, est présidente du CSJ depuis un an, avocate d'affaires chez Arendt et très engagée dans la cause du parti. Paul Galles, sixième élu, théologues de formation, travaille chez Young Caritas, sur le thème de l'inclusion des demandeurs de protection internationale notamment. Le CSV a reçu 68 pour cent de suffrages de liste.

« Les résultats, dit en substance Lydie Polfer lundi, c'est très bien. Encore faudra-t-il trouver un accord sur un programme échevinal à exécuter durant les six ans à venir. » Mais sur ce plan-là, les programmes se ressemblaient tous dans les grands axes : tout le monde veut moins de trafic, plus de mobilité douce, plus de logements, de préférence à des prix abordables, plus de places pour les enfants dans les foyers et maisons-relais, plus de sécurité et plus de petits commerces charmants. Le CSV propose même la construction d'un hall de marché sur la place du Théâtre. Or, dans une Ville dont la gestion quotidienne est assurée par les hauts-fonctionnaires et leurs services spécialisés, il s'agit alors surtout d'une question de volonté politique, des moyens que les deux partis seront prêts à mettre en œuvre pour atteindre leurs objectifs.



La longue attente des résultats pour la Ville de Luxembourg, dimanche soir : Sam Tanson (échevine sortante Déi Gréng) avec le ministre François Bausch, à gauche, et son collègue tête de liste François Benoy ; Lydie Polfer, la maire DP ; Marc Angel, LSAP, avec des colistiers, dans le QG du LSAP, au Paname

Wenig Wechsel

Ines Kurschat

Blau beziehungsweise schwarz war der Gürtel, der sich um Luxemburg-Stadt legte, und diese Farben behält er nach den Wahlen vom Sonntag, mit wenigen Ausnahmen, auch. Nicht dass das eine Überraschung wäre. In den wohlhabenden Randgemeinden, die ihren Wohlstand dem ansässigen Gewerbe verdanken, wird traditionell liberal oder konservativ gewählt. Der Trend hat sich auch dieses Jahr bestätigt. Bemerkenswert ist aber, wie deutlich die Bürgerlichen in einigen Gemeinden zulegen konnten.

In **Bartringen**, einer liberalen Hochburg, kann die DP, die um 8,1 Prozent zulegte und insgesamt 49,9 Prozent der Wählerstimmen erhielt, mit Frank Colabianchi (2161 Stimmen), künftig die Geschicke der Gemeinde alleine lenken, ohne den bisherigen Koalitionspartner Déi Gréng. Das kündigte der neue und alte Bürgermeister, der einen Stimmenzuwachs von rund 37 Prozent erzielte und auf dem besten Wege ist, ähnlich beliebt zu sein wie einst Niki Bettendorf, noch am Wahlabend selbstbewusst an. Zweitstärkste auf der DP-Liste ist Monique Smit-Thijs mit einem Stimmenzuwachs um 36 Prozent; insgesamt werden in dem 14-köpfigen Gemeinderat lediglich drei Frauen sitzen. Geholfen hat der Partei neben dem Bekanntheitsgrad seines Spitzenkandidaten, der Vizedirektor des Diekircher Lyzeums ist, wahrscheinlich sein gelungenes Shared-space-Projekt. Die Verkehrsberuhigungsinitiative kam bei vielen Bürgern gut an und wurde an der Wahlurne entsprechend honoriert.

Herbe Enttäuschung dagegen bei den Liberalen in **Walfertingen**, wo die Partei mit Bürgermeisterin Joëlle Elvinger, Anwältin und zudem Abgeordnete im Parlament, einen Verlust von 6,9 Prozent hinnehmen musste und einen Sitz verlor. Die 37-Jährige hatte den Posten im Januar 2016 von Vorgänger Guy Arendt übernommen, der als Staatssekretär ins Kulturministerium gewechselt war und es trotz eines leichten persönlichen Stimmenplus nicht vermocht, den Vorsprung zu verteidigen. Was sicher mit der verhältnismäßig jungen Equipe der DP zusammenhängt. Ihr Koalitionspartner, die LSAP, büßte mit 19,85 Prozent Zustimmung ebenfalls einen Sitz ein und kommt auf zwei Sitze. Klare Siegerin ist mit 34,6 Prozent der Wählerstimmen und fast neun Prozent Zuwachs die CSV um Spitzenkandidat und Ökonomist François Sauber, die ihre Sitzzahl von drei auf fünf vergrößert. Déi Gréng konnten ihre zwei Sitze behaupten und sind nun, trotz kleinem Verlust, lachender Koalitionspartner der Schwarzen. Sie dürfen sich künftig um das Hauptproblem der Gemeinde kümmern: den alltäglichen Verkehrskollaps.

Der ist auch in **Hesperingen** an der Tagesordnung und die Umgehungsstraße N3 immer noch nicht gebaut. Trotzdem wurde das Team um Bürgermeister Marc Lies (CSV) nicht bloß bestätigt, sondern konnte dank starken persönlichen Abscheidens von Diane Adehm der DP gar einen Sitz ab- und die absolute Mehrheit erringen. Bei den Nationalwahlen 2013 lag die Abgeordnete vor Lies. Den Sieg zu wiederholen können, gelang ihr nicht; sie musste sich mit etwa tausend Stimmen Unterschied mit dem zweiten Platz begnügen. Lies selbst verbesserte sich lediglich um wenige Stimmen. Für die Liberalen um den Abgeordneten Claude Lamberty, der zwar der Erstgewählte seiner Partei ist, insgesamt aber nur Sechster wurde, ist der Stimmenzuwachs der CSV eine bittere Pille, sie müssen nun mit der LSAP (ein Mandat) und den Grünen (drei Mandate) auf drei Stühlen der Oppositionsbank Platz nehmen. Mit 851 Stimmen konnte die Spitzenkandidatin der LSAP, Rita Lunghi-Velaquez, zwar ihr persönliches Ergebnis fast verdoppeln, aber eine echte Chance hatte ihr multi-kulturelles, vornehmlich aus Frauen bestehendes Team nie.

In **Contern** legte die CSV mit 44,5 Prozent der Stimmen (fünf Sitze) ebenfalls kräftig zu, für eine absolute Mehrheit reichte es jedoch auch diesmal nicht. Ersten Meldungen zufolge wollte der Sozialist Fernand Schiltz seine rot-blau-grüne Koalition fortsetzen, doch nun sieht es so aus, als könnten die Christlich-Sozialen mit der DP eine Koalition gegen Schiltz unter Diedrich eingehen. Das wäre dann eine erwartbare Retourkutsche, denn eigentlich hatte die CSV bereits bei den Wahlen 2013 ihr Resultat von 2005 verbessern können, wurde dann aber von der Koalition von DP, LSAP und Grüne in letzter Minute in die Opposition geschickt. Etwas, dass bis heute nachwirkte. Marion Zovilé-Braquet, energische 56-jährige CSV-Spitzenkandidatin, überholte ihren LSAP-Kontrahenten bei den persönlichen Stimmen, was sie nicht zuletzt einem offensiven Wahlkampf verdankt. Der CSV hat mit Hauswurfendungen und hartnäckigen Zwischenrufen eine Gegenstimme etabliert, deren aggressiver Ton zwar nicht überall goutiert wurde, der gleichwohl bei vielen ankam. Den Unmut der Bewohner über überfällige Infrastrukturarbeiten schaffte sie für sich zu nutzen, das gezielte Einsetzen des neuen Reizwortes für konservative, Gambia-Koalition, der ungelöste Streit um die Kirchenfabriken und ein schwelender Sprachenstreit taten ein Übriges.

Auch in **Strassen** hatte 2011 eine vom LSAP-Bürgermeister Gaston Greiveldinger angeführte rot-blau-grüne Koalition die Macht an sich gerissen, obwohl

die DP mit damals 33 Prozent Wahlsiegerin in der traditionell liberalen Gemeinde war. Greiveldinger hat seine Stellung bei den Wählern mit 1553 Stimmen dieses Mal leicht verbessern können, aber Kontrahentin Martine Dieschbourg-Nickels von der DP schnitt mit 1 624 Stimmen besser ab. Sie kann daraus aber kein politisches Kapital schlagen, denn obwohl die DP erneut stärkste Partei in der Gemeinde ist, verlor sie ihren Restsitz von 2011 wieder, der an die Sozialisten ging. Greiveldinger, für seinen Machthunger bekannt, ließ keinen Zweifel daran, dass er in mit der CSV weiterregieren will, allerdings ab jetzt ohne die Grünen, so dass Dieschbourg-Nickels nichts anderes übrigblieb, als ihr Ergebnis „mit einem lachenden und einem weinenden Auge“ zu kommentieren.

Für die LSAP ist Strassen, neben den Proporzgemeinden Lorentzweiler, wo die Sozialisten der Liste Är Leit mit 48,7 Prozent (minus 1,2 Prozent gegenüber 2011) die ihre Stellung stärkste Partei verteidigen konnten, und der einstige Agrarort Steinsel, einer der seltenen Lichtblicke für die LSAP im Umland von Luxemburg-Stadt. In **Steinsel** hat der beliebte Bürgermeister Jean-Pierre Klein, der seit 24 Jahren die Geschicke der Gemeinde leitet, die kleine Sensation geschafft und die Führung seiner Partei nochmal um 3,4 Prozent ausgebaut, die absolute Mehrheit aber knapp verfehlt. Es bleibt bei fünf Sitzen und bei Rot-Schwarz, die DP legte um 7,1 Prozent und vereint nun 33,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich und vier Mandate auf sich. Für die CSV zahlte sich die Aufstellung des Abgeordneten und Hinterbänklers Marcel Oberweis indes nicht wirklich aus, sie legte lediglich um 1,5 Prozentpunkte auf 19,4 Prozent (zwei Sitze) zu.

Überall sonst spielen die Sozialisten eine schwindende Rolle, was neben dem allgemeinen Rechtsruck vor allem mit der Bevölkerungsstruktur im Speckgürtel zusammenhängt: Bartringen, Hesperingen und Strassen sind die teuersten Pflaster im ganzen Land. Wer hier wohnt, hat entweder geerbt oder verfügt über ein hohes Einkommen. Laut Sozialem Index des Statistischen Amtes Stater liegen alle drei Gemeinden bei einem Median-Einkommen um 4 500 Euro monatlich und höher und damit im obersten Drittel der Rangliste. Ähnliches gilt für Contern, Leudelingen, Mamer und **Sandweiler**, wo die CSV mit der Erstgewählten Simone Massard-Stitz an der Spitze und mit 36,8 Prozent zwar stärkste Partei bleibt, aber einen Sitz an die Grünen verlor (+5,6 auf 25,6 Prozent) und nun Koalitionsgespräche mit allen Parteien führen muss. Ihr vorheriger Koalitionspartner LSAP, mit dem Massard-Stitz den einzigen weiblichen Schöffenrat bildete, erhielt 20,7 Prozent der Stimmen.

Weniger gut getuchte Bewohner fallen zahlenmäßig zu wenig ins Gewicht, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Oder sie gehen nicht wählen

Déi Gréng haben sich als feste Größe längst im Gürtel etabliert: Außer in Strassen, wo sie von fast 17 Prozent auf 13,6 Prozent abrutschten, erzielten sie Stimmenanteile von über 15 Prozent. Sie sind die Partei für die urbane umweltliebende Mittelschicht und für die Jugend. In **Niederanven**, wo die Zahl der Mandate aufgrund des Bevölkerungswachstums von zwölf auf 13 gestiegen war, bleibt die schwarz-rote Koalition mit Bürgermeister Raymond Weydert (CSV) an der Spitze zwar bestehen, dabei sind es dort die Grünen, die unter Spitzenkandidatin Gina Müller-Röllinger als klare Siegerin aus den Wahlen hervorgingen. Die DP unter Conny Van der Zande büßte vier Prozent ein, was auch daran liegt, dass mit John Bauler und Gerlinde Weiland zwei bekannte Gesichter bei diesen Wahlen nicht mehr antraten.

Nahezu alle Umland-Gemeinden liegen beim Sozialen Index des Stater auf oberen Rängen. Die Bewohner, die zu den Geringqualifizierten und weniger Betuchten gehören, fallen zahlenmäßig zu wenig ins Gewicht, um sich politisch Gehör zu verschaffen, oder sie gehen nicht wählen, weil sie sich als Ausländer nicht in die Wählerlisten eingetragen haben, morgens ins Büro und abends nach Hause fahren und sich für die Lokalpolitik einfach nicht interessieren. In Strassen schrieben sich lediglich 19,7 Prozent der Ausländer in die Listen ein, in Sandweiler 18,2 Prozent. Oder sie finden keinen politischen Ansprechpartner, der ihre Sorgen und Nöte aufgreift: Programme und Inhalte zwischen linken und rechten Parteien unterscheiden sich auf Gemeindeebene noch weniger als auf nationaler. In den von den Verkehrsströmen in und aus der Hauptstadt stark belasteten Randgemeinden waren die Hauptthemen Transport,

Kinderbetreuung, Bau und Instandsetzung von Infrastrukturen. Wobei jeder weiß, dass in punkto Verkehr der Einfluss der Lokalpolitik begrenzt ist. Etliche Gemeinden hatten indes erheblichen Nachholbedarf beim Bau von Betreuungsstrukturen. Themen wie Wohnungsbau oder die zunehmende Verdrängung aufgrund der hohen Grundstückspreise spielten im Wahlkampf trotz weiter wachsenden Bevölkerungszahlen eine untergeordnete Rolle, respektive (déi Lénk ausgenommen, die außer in Hesperingen und Strassen in den Umland-Gemeinden gar nicht angetreten waren), tauchten als Slogans auf Wahlplakaten auf, ohne dass dies mit konkreten Projekten verbunden gewesen wäre.

Linke Politikkonzepte werden im nahen Umland der Hauptstadt sowieso mehrheitlich eher skeptisch beäugt oder ganz abgelehnt. Durch die Gemeindefinanzreform des LSAP-Innenminister Dan Kersch verlieren die finanzstarken Schlafgemeinden Einnahmen und müssen künftig höhere Beiträge an den Fonds de dotation globale des communes zahlen. Gleichwohl spielte das Thema keine so prägnante Rolle, wie man angesichts der Auswirkungen auf die Haushaltslage hätte meinen können. Lediglich in Leudelingen, die für 2015 2,7 Millionen und für 2016 nochmals fast 1,5 Millionen Euro an den Dotationsfonds zurückzahlen musste, hatte die alte und neue Bürgermeisterin Diane Feipel-Bisenius gegen die Rückzahlungen Klage erhoben. Ein Zug, der ihr im Wahlkampf zum Sieg verhalf.

Die Wahl in der Majorzgemeinde **Leudelingen** war insofern besonders, als die Gemeinderäte Pascal Calmus und Marcel Jakobs, obschon sie zuvor eng mit der Bürgermeisterin zusammengearbeitet hatten, mit einer eigenen Liste gegen die Liste von Feipel-Bisenius antraten. Zwei Amtsperioden als Gemeinderäte hatten gereicht, jetzt wollten sie mit aller Macht in den Schöfferrat. Als Zugpferd hatten sie Jean-Pierre Roemen, Sohn des verstorbenen beliebten Ex-Bürgermeisters Rob Roemen dabei. Die Rechnung ging nicht auf. Sie hatten die Beliebtheit ihrer Kontrahentin unterschätzt. Feipel-Bisenius liegt mit 538 Stimmen deutlich vor dem Zweitgewählten Thomas Berend und konnte nochmals fünf Sympathie-Prozentpunkte hinzugewinnen. Roemen junior schaffte auf Anhieb den Sprung in den Gemeinderat, musste jedoch Fußballfreund und Künstler Raphael Gindt mit fünf Stimmen mehr den Vortritt lassen. Bisenius' Herausforderer Calmus und Jakobs, müssen erneut auf der Oppositionsbank Platz nehmen. Im beschaulichen Ort ist die Fehde nicht gut angekommen. Man liebt es in Schlafgemeinden eben ruhig.

In den Randgemeinden der Hauptstadt wird traditionell DP oder CSV gewählt. Zwei LSAP-Trutzburgen konnten die Stellung halten



Zu den Hauptthemen gehörte in den Randgemeinden die enorme Verkehrsbelastung, der lokale Gestaltungsspielraum ist diesbezüglich aber nicht sehr groß

Le temps long

L'érosion du socialisme municipal (1921-2017)



Le LSAP d'Esch-sur-Alzette se rendant compte de l'étendue du désastre

Bernard Thomas

Les bastions sudistes de la social-démocratie sont en cours de démantèlement. Entre 2005 et 2012, le LSAP a chuté de 40,5 à 28 pour cent à Esch, de 58 à 40 pour cent à Kayl, de 59 à 48 pour cent à Rumelange, de 53 à 39 pour cent à Bettembourg et de 47 à 38 pour cent à Schifflange. Seulement à Dudelange, le LSAP conserve – de justesse – sa majorité absolue avec 50,31 pour cent. L'élection communale de 2017 marquerait-elle une césure historique, celle de la fin du socialisme municipal ? Le problème avec les bornes chronologiques, c'est que, généralement, on ne les identifie que des années plus tard. Et pourtant, cela y ressemble...

La force historique de la social-démocratie au niveau communal trouve son origine dans le repli stratégique opéré en 1921. Ce fut l'annus horribilis du mouvement socialiste luxembourgeois. La fraction communiste avait fait scission en janvier et la grève générale de mars s'était soldée par une cuisante défaite, suivie de *lock-outs* et de listes noires. Techniquement KO, le mouvement ouvrier changeait de terrain de luttés, et choisit les communes afin d'y construire patiemment un contre-pouvoir local. Dans les villes ouvrières du Sud, les traces matérielles de ce réformisme sont encore visibles :

« Der Mittelstand kann erst Vertrauen zu uns fassen, wenn er uns am Werke sieht ; [...] bewähren wir uns deshalb als tüchtige Verwalter in den Gemeinden, dann sind wir seine Leute » (*Soziale Republik*, 1924)

logements sociaux, jardins ouvriers, coopératives d'alimentation, casinos syndicaux, habitations de vacances, bureaux d'assistance sociale.

Comme son nom l'indiquait, le Parti ouvrier (l'ancêtre du LSAP) avait une conception étroitement ouvriériste, au point d'être dégradé en arme politique du syndicat. (Chez les communistes, c'était l'inverse : le syndicat devait obéissance au parti.) Mais il ne perdait pas l'espoir de gagner un jour la confiance de la petite bourgeoisie. Le journal *Soziale Republik* écrivait ainsi en 1924 : « Der Mittelstand kann erst Vertrauen zu uns fassen, wenn er uns am Werke sieht ; [...] bewähren wir uns deshalb als tüchtige Verwalter in den Gemeinden, dann sind wir seine Leute » (citation extraite de Ben Fayot, *Sozialismus in Luxemburg*, tome 1, 1979).

Or, la désindustrialisation provoquait l'érosion de la base sociologique : les barons politiques apparaissaient comme usés, les structures comme sclérosées et les clientélismes comme effrontés. Le modèle social communal, amalgamant syndicat, parti et clubs, était caduc. Les nouveaux « tüchtige Verwalter » prenaient désormais la forme de jeunes cadres dynamiques et post-idéologiques, promettant aux électeurs de « moderniser » les communes, de créer des incubateurs pour « start-ups », des pistes cyclables et des salles polyvalentes. Claude Meisch (DP) et Roberto Traversini (Déi Gréng) sont symptomatiques de cette tendance. Leurs percées spectaculaires témoignent de l'instabilité d'un vote détaché de toute culture politique. Une dynastie peut désormais se faire et se défaire en un scrutin.

Au début du siècle, les agglomérations du Sud avaient connu une croissance fulgurante se transformant en l'espace quelques années de « Koudierfer » en villes industrielles. Les structures sociales et politiques y étaient moins étroites que dans les villages conservateurs

et catholiques. Les villes rouges se percevaient comme un contre-pouvoir local et prolétarien au conservatisme national et bourgeois. Cette différenciation passait également par les symboles. Jusqu'en 1925, à l'occasion de l'anniversaire de la Grande-Duchesse, le drapeau rouge était hissé à l'Hôtel de Ville d'Esch-sur-Alzette. (La ville avait voté à 57 pour cent en faveur de la république au référendum de 1919.) En 1937, lors du référendum sur la « loi muselière », 72 pour cent des Eschois avaient dit non à la dérive autoritaire des chrétiens-sociaux. Le nouveau contexte économique et urbain donnait naissance à l'archétype du « Minettsdapp », porteur d'un radicalisme régional. L'historien et politicien socialiste Ben Fayot avait tenté de le décrire dans le mensuel *Forum* : « Une population parfois plus encline à dire 'non' qu'ailleurs dans le pays, à râler contre la pensée dominante et à secouer le cocotier, moins à l'aise dans les compromis savants et équilibrés. »

Les élites politiques de la social-démocratie se recrutaient longtemps dans la politique locale. Quasiment tous les députés socialistes étaient également des syndicalistes et des élus communaux. Encore aujourd'hui, dans des villes dominées par la social-démocratie, la section locale du LSAP se recoupe largement avec celle de l'OGBL. (Les maires sortants de Schifflange et de Esch sont ainsi des anciens permanents du Landesverband, respectivement de l'OGBL.) Les sections locales de l'OGBL avaient constitué un important élément de la sociabilité (masculine), elles sentent aujourd'hui la naphtaline, une sorte d'Amiperas de gauche. Depuis quelques mois, les sections locales de l'OGBL sont encadrées par une « coordinatrice événementielle », dans la personne de Dany Hardt. Lépouse de Dan Kersch, qui avait auparavant travaillé chez RTL puis Neptun Cruises, était candidate sur les listes de la LSAP à Mondercange. Elle y côtoyait un autre permanent – désormais à la retraite – de l'appareil syndical : René Pizzaferrri. Aucun des deux n'a réussi son entrée au conseil communal.

La composition sociologique du Sud luxembourgeois a profondément changé. En 2013, le Ceps/Instead avait identifié un « processus ségrégatif » : une « tendance des personnes vivant au Luxembourg à 'fuir' les communes urbaines pour s'installer dans les communes périurbaines ou à dominante rurale. » Ce « processus de différenciation socio-spatiale » se reflète dans l'indice socio-économique, que le Statec avait publié durant les vacances d'été. Les communes rurales comme Reckange-sur-Mess, Mondercange ou Mamer concentrent la classe moyenne supérieure tandis que les villes industrielles comme Differdange, Esch-sur-Alzette et Pétange sont parmi les communes les plus pauvres. Sans l'arrivée d'immigrés, ces villes se seraient dramatiquement dépeuplées. La part des étrangers est ainsi passée de 32,9 (en 1991) à 51,9 pour cent (en 2011) à Differdange, de 35 à 52 pour cent à Esch-sur-Alzette et de 30,1 à 44,4 pour cent à Pétange. Dans les anciennes villes ouvrières, les nouveaux ouvriers ne votent donc pas ou peu.

Le temps court

Microcosmes

Bernard Thomas

À **Bettembourg**, l'ancienne ville de cheminots dirigée entre 1988 et 2004 par une majorité absolue réunie par Lucien Lux, le LSAP arrive en tête avec 39,6 pour cent des voix. Mais Roby Biwer s'est de nouveau fait court-circuiter par le CSV de l'ex-journaliste du *Wort*, Laurent Zeimet. Celui-ci aura besoin du DP et de Déi Gréng, menés par les deux députés *Hinterblänkler* Gusty Graas (DP) et Josée Lorsché (Déi Gréng).

À **Differdange**, Claude Meisch avait lancé sa carrière politique. Il avait 29 ans lorsqu'il devenait maire d'une ville dominée depuis un demi-siècle par le LSAP. Il se transformait illico en nouvel espoir du DP, une sorte de Macron de province. En 2005, il doublait le score de son parti, qui passait de 21 à 43 pour cent. Claude Meisch nommé ministre, Differdange devait passer aux mains de la famille, mais des querelles internes empêchèrent la rétro-transmission patrimoniale. Reconnaisant l'opportunité, les Verts firent défection et

s'allièrent avec le LSAP, un sens du réalisme récompensé par le poste de maire. Ce dimanche, la domination de la dynastie Meisch a atterri dans les poubelles de l'histoire. La liste menée par le chanteur de variétés François Meisch, frère de Claude, est en chute libre. Elle dégringole de 22 points de pourcentage pour atterrir à douze pour cent. Le maire sortant, Roberto Traversini, a réussi à faire doubler le score des Verts, qui passe de 15 à 36 pour cent et gagnant quatre sièges.

À **Dudelange**, le bastion socialiste tient : Dan Biancalana y assure – de justesse – la majorité absolue. L'ADR fait son entrée au collège communal tout comme Robert Garcia, ancien député Déi Gréng et ex-directeur des Rotondes.

À **Käerjeng**, Yves Cruchten (LSAP) rêvait de prendre sa revanche sur Michel Wolter (CSV) qu'il accusait de lui avoir piqué la mairie en 2011. Mais l'ex-ministre Wolter (3 574 voix ; +40 pour cent) –

qui s'est découvert une passion pour la politique locale – raffe la mise contre son concurrent Cruchten (2 694 voix ; +10,5 pour cent). Également grâce à la digestion des voix d'une liste citoyenne qui avait totalisé plus d'un quart des votes en 2011 dans le bourg de Clemency. Il y aura donc probablement une coalition noire-verte. Mené par le député souverainiste Fernand Kartheiser, l'ADR n'a pas réussi son entrée au conseil communal.

À **Mondercange**, Dan Kersch avait fait monter le LSAP au-dessus de la barre des cinquante pour cent en 2011. Son départ au gouvernement aura fait redescendre le score de son parti à 39 pour cent. Bien qu'étant toujours en tête, le LSAP perd la mairie, reprise par le CSV (+12 points de pourcentage) de Jeannot Fürpass avec l'assistance du DP.

À **Pétange**, Pierre Mellina (CSV), maire depuis 2004, se place confortablement devant son camarade de parti, le pharmacien et ex-ministre Claude

Haldsorf. Le CSV règne en maître avec 41 pour cent. Le partenaire de coalition socialiste a perdu sept pour cent, et ne réunit plus que 22 pour cent. Les Pirates y ont réussi une de leurs rares percées, décrochant deux sièges (neuf pour cent). Ils font un meilleur score que le DP (qui n'arrive plus qu'à 4,8 pour cent) et, ne manquant pas d'ambition, se plaignent que le CSV ne les considère pas comme partenaire de coalition potentiel. Déi Konservativ, le parti créé par et pour Joé Thein, exclu de l'ADR pour ses dérives droitières, ne réunit que 2,4 pour cent des voix. La liste ressemble à un portrait de famille : Le fils Thein fils arrive en tête, suivi par son père et sa mère.

À **Sanem**, le LSAP se maintient comme premier parti, mais perd huit points de pourcentage. Georges Engel (LSAP) y est bourgmestre depuis douze ans. Les transfuges Myriam Cecchetti (Déi Gréng) et Jos Piscitelli (LSAP) avaient déserté leurs partis respectifs et rejoint Déi Lénk. Le duo

a été élu au conseil communal, faisant doubler le score de la liste qui les héberge. À voir si, dans trois ans, les nouveaux convertis vont appliquer le principe de rotation et laisser leur place aux deux anciens conseillers Serge Urbany et Patrizia Arendt, relégués à la troisième respectivement à la quatrième place. Le CSV, qui a gagné 9,4 points de pourcentage se voit comme partenaire de coalition « incontournable »

À **Schifflange**, sans le cheminot Roland Schreiner parti à la retraite, le LSAP rassemble 38,4 pour cent des voix et n'a plus que quelques points de pourcentage d'avance sur l'ancien partenaire de coalition junior, le CSV (37,2). Quant au président du CSV, Marc Spautz, il n'arrive qu'à la troisième position sur sa liste. Pierrot Feiereisen (CSV) travaille actuellement à une coalition avec les Verts. Ceci pourrait barrer la route à son frère Carlo Feiereisen (LSAP), qui se voyait déjà dans le siège de maire.



De gauche à droite : réunion du DP de Differdange en mars 2017 ; photo de groupe du CSV de Pétange en novembre 2016 ; Georges Mischo au QG électoral du CSV eschois, dimanche dernier



L'échevin sortant, Henri Hinterscheid (LSAP)



L'ex-ministre François Biltgen (CSV)



Un militant du CSV



La conseillère communale, Taina Bofferding (LSAP)



Les militants du DP à l'annonce des premiers résultats



La nouvelle shooting star du CSV, Georges Mischo

Le dimanche où le LSAP a perdu Esch-sur-Alzette

Sic transit

Bernard Thomas

22h00, Kulturfabrik Les candidats du LSAP se sont réunis derrière leur maire, Vera Spautz, et attendent que l'interview en direct commence. Défilant les lumières froides des spots, ils fixent l'œil de la caméra de *RTL-Télé*. « Nous sommes les gardes du corps », plaisante quelqu'un. « Mais qu'est-ce que nous sommes disciplinés ! », s'étonne un autre. « Mir sinn drop an drun ! », prévient le producteur. Les camarades se taisent, leurs sourires se figent. Mais la régie au Kirchberg tempore. Les perdants restent pétrifiés dans leur position pendant de longues minutes, comme s'ils s'étaient transformés en monuments. Enfin, l'interview commence. Le journaliste dit que le LSAP est soudé. « Oui, surtout dans des moments pareils », réplique la maire. À la fin de l'interview, les camarades applaudissent.

Sûr de sa dominance sur la ville, le LSAP eschois s'était dépensé dans des guerres intestines. Entre son aile « sozial-liberal » (à laquelle appartiennent les échevins Dan Codello et Jean Tonnar) et son aile « lénks-sozialistes » (menée par la maire Vera Spautz et l'échevin Henri Hinterscheid), les tensions étaient permanentes. À l'inverse de sa prédécesseure Lydia Mutsch, Vera Spautz n'avait réussi ni à dominer ni à fédérer les courants et egos. De temps à autre, les discordes internes filtraient vers l'extérieur. Ainsi, en décembre 2013, à l'issue d'une sourde lutte d'appareil, Dan Codello avait-il arraché le poste d'échevin à Taina Bofferding, bien que celle-ci avait reçu plus de voix aux communales de 2011. Et, en amont des élections, le courant social-libéral voyait d'un mauvais œil le flirt entre le LSAP et Déi Lénk, sachant qu'une coalition rouge-rouge l'aurait marginalisé au sein du futur conseil échevinal.

Pour Vera Spautz, la défaite de ce dimanche aura donc valeur de test. Le résultat (27,9 pour cent, une chute de dix points de pourcentage et de trois sièges) met à épreuve sa capacité à s'imposer face à un parti désaccordé. Mais son score personnel (en baisse de 18 points de pourcentage) est encore relativement épargné par rapport à ceux des autres échevins so-

L'administration communale étant organiquement liée au LSAP, le CSV entrera en terrain miné

cialistes : Hinterscheid, Codello et Tonnar ont perdu entre vingt et trente pour cent des voix. Dimanche soir, un Henri Hinterscheid « terrassé » déclarait préventivement : « Si on a commis des erreurs, on les a commises en tant qu'équipe. Pas individuellement. » Fritz Remackel, le président de la section, essayait de positiver : « Les gens n'ont pas voté pour le CSV, ils ont voté contre nous. Cela veut donc dire que nous pouvons encore les regagner. »

18h00, Restaurant Moustache Georges Mischo, tête de liste du CSV, ne veut encore y croire. En début de soirée, les scores des chrétiens-sociaux s'approchaient de ceux des socialistes. À la fin de la soirée, et pour la deuxième fois depuis 1920, ils les avaient dépassés : 30,9 pour cent ; une hausse de 11,7 points de pourcentage et de deux sièges. Mais Mischo craignait que les espoirs du CSV seraient douchés à la dernière minute. Le potentiel futur maire est professeur de sport (comme l'avaient été Jeannot Krecké et Claude Turmes), vice-président du Handball Esch et présente le profil du gendre idéal. (Un peu comme un Wilmes sudiste.) Pourtant, dans la salle, l'atmosphère restait tiède. Les fidèles militants sont assis et regardent l'écran. Georges Mischo, lui, est anxieux ; il ne tient pas assis. Il semble le premier surpris par la perspective de devenir maire de la deuxième ville du pays. Le CSV avait été assez faible dans l'opposition, votant en faveur de quasiment tous les projets que lui soumettaient le conseil échevinal. Gérer la mairie ne sera pas évident ; l'administration communale étant organiquement liée au LSAP, le CSV entrera en terrain miné.

La phrase qu'on aura souvent entendue chez les électeurs eschois, était : « Nous avons fait beaucoup pour les pauvres : nous avons construit des logements sociaux, un abri pour les SDF et bientôt une *Fixerstuff* [des projets qui ont d'ailleurs tous été votés avec les voix de l'opposition du CSV]. Mais qu'est-ce que la ville a fait pour nous ? » Selon cette vision, Esch ne peut accueillir toute la misère du pays. La politique sociale communale attire des personnes avec des problèmes sociaux. À Esch, les pauvres ne sont pas relégués aux marges urbaines ; ils habitent au centre même de la ville, autour de la place Brill, ils sont donc visibles. Lydia Mutsch avait réussi à formuler une vision d'avenir optimiste – et quelque peu *bling-bling* – pour sa commune : Esch, ville universitaire. Dans son discours, « mixité sociale » était aussi un nom de code pour « gentrification ». La syndicaliste de gauche Vera Spautz eut du mal à lui substituer une nouvelle image d'identification ; le projet de Schiffange restant pour l'instant trop vague.

L'opposition de droite a donné une voix à cette peur du déclassement caractéristique des classes moyennes. Celles-ci ont opté pour le camp « bürgerlich » (noir, vert et bleu), comme si Esch était fatiguée d'être une ville ouvrière. (Les 22,5 pour cent des Eschois travaillant dans l'industrie manufacturière sont pour la plupart étrangers et peu d'entre eux ont voté dimanche dernier.) Durant sa campagne, Mischo s'était plaint de ce que les villes de Differdange et de Dudelange soient considérées comme les communes « les plus chouettes et les plus cool ». Ce serait à Esch de réclamer ce titre : « Nous étions la 'Minett-Metropol' ; nous devons maintenant devenir la capitale des start-ups ».

Avec Georges Mischo, Christian Weis (31 ans) incarne le renouveau du CSV-Esch entamé après la débâcle électorale de 2000. L'assistant social (il travaille dans les communes de Mamer, Leudelange, Kopstal et Reckange-sur-Mess) regrette que beaucoup de ses amis aient quitté Esch pour fonder leur famille. La ville serait devenue « moins agréable à vivre » et

manquerait de maisons-relais. Weis décrit, à un niveau anecdotique, la tendance de la classe moyenne à fuir les villes post-industrielles pour se mettre au vert dans une cité résidentielle péri-urbaine, contribuant ainsi à la spirale de la ségrégation sociale.

20h30, Restaurant Thai Thai En anticipation des législatives de 2018, Pierre Gramegna (DP), le chantre du *level playing field*, a fait le déplacement au centre-ville d'Esch. Le ministre des Finances fixe l'écran de l'ordinateur portable et s'enquiert si le DP a réussi à dépasser Déi Lénk. (En fin de compte, Déi Lénk gardera une petite avance sur le DP, avec 9,5 pour cent contre 9,1 pour cent.) Gramegna commence doucement à se mettre dans la peau du politicien, serrant les mains, tapant sur les épaules. Dans les derniers mois, il a ainsi tenté d'encourager les libéraux eschois lors de deux mini-meetings.

21h30, Escher Kafé Martin Kox est un homme prudent et inquiet qui a peu de l'habitus du politicien. Dimanche soir, fêtant dans le seul *café hipster* d'Esch, Kox était comme échangé : Après trois années de cohabitation difficile – et par moments humiliante – avec quatre échevins socialistes, le chirurgien à la retraite tenait les clés de la prochaine coalition. Son portable sonnait sans arrêt : Kox était tout à coup placé au centre du jeu politique eschois, propulsé dans le rôle de faiseur de roi. Durant l'été 2016, on se racontait dans le conseil communal que le CSV, les Verts et le DP préparaient une coalition dans les coulisses. Le LSAP, qui eut rapidement vent de cette rumeur, n'était pas amusé et voulut savoir qui était à l'initiative de ce complot impie. Interrogés il y a trois semaines par le *Land*, Mischo disait que c'était l'idée de Kox tandis que Kox en attribuait la paternité à Mischo.

Que, sans ses stars politiques Felix Braz et Muck Huss, Déi Gréng ait réussi à augmenter son score d'un point de pourcentage à 13,5 pour cent, restera comme une des grandes surprises du scrutin. Tout comme le fait que le scénario improbable de l'été 2016 soit devenu tangible. Durant la campagne, *RTL-Ra-*

dio avait demandé à la maire si elle comptait poursuivre la coalition avec les Verts. Spautz avait sèchement répondu : « Cela dépend de ce que l'électeur décide pour Déi Gréng ». Les événements auront pris une autre tournure. Selon Muck Huss, accoudé au bar, le succès des Verts s'expliquerait par les « projets très concrets » mis en œuvre : la rénovation du parc animalier ou l'installation d'un potager.

23h00, Auberge de Jeunesse S'il y avait une chose sur laquelle quasiment tous s'accordaient avant les élections, c'était que Déi Gréng allait perdre des voix au profit de Déi Lénk. Le parti de la gauche radicale avait même dilué son principe anti-cumul pour permettre à Marc Baum de devenir échevin dans une coalition avec le LSAP. Interrogé par la *Radio 100,7* devant le café de l'Auberge de Jeunesse, Marc Baum évoque un « tsunami ». Contre toutes les attentes, Déi Lénk perd légèrement, mais sauve les meubles en gardant ses deux sièges.

Épilogue La politique eschoise est hautement volatile. Au fil des alliances et défaillances, les coalitions les plus improbables ont pu être formées. Ainsi, en 1945, le CSV avait pactisé avec le KPL, et Arthur Useldinger, auréolé par le prestige de la Résistance, était devenu maire. En 1970, le même Useldinger – qui avait depuis adopté une position eurocommunisme – redevenait maire. Cette fois-ci grâce à l'appui de socialistes « dissidents ». En 1999, Josy Mischo, le père de Georges, avait fait sauter l'espoir du CSV de prendre la mairie. Au bout d'une « soap opera » politique, le rêve s'était brisé. Ady Jung, alors chef de file du CSV, ne voulait retenir Mischo père pour un poste d'échevin, estimant que le serrurier ne présentait pas le « bon profil ». « Dann ginn ech mir ee Profil op d'Arbed walzen », aurait répondu Josy Mischo (du moins, c'est la version qu'on en a retenu à Esch) avant de claquer la porte. Son fils pourrait aujourd'hui devenir le premier maire CSV d'Esch-la-Rouge. Or à Esch, ville frondeuse et imprévisible, rien n'est jamais acquis.



Im Uhrzeigersinn: Henri Rinnen, Bürgermeister in Weiswampach; Clerv, wo die CSV um Emile Eicher den Wechsel vom Majorz- zum Proporzsystem gut überstand; der Diekircher Bürgermeister Claude Haagen (Bildmitte), der seine absolute Mehrheit trotz Einbußen verteidigen konnte; und Wiltz, wo Frank Arndt um sein Bürgermeisteramt bangen muss

Norden

Eine gewisse Spannung

Michèle Sinner

Wie der neue Wiltzer Schöffenrat in Zukunft aussieht, dürfte sich am Donnerstagabend, nach Redaktionsschluss, entschieden haben. Dann nämlich sollten die Vertreter von LSAP und CSV zusammenkommen, um Schnittpunkte zwischen ihren Programmen auszuloten. Die LSAP hat mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Bürgermeister und Abgeordneten Frank Arndt, 7,7 Prozentpunkte verloren und ihre absolute Mehrheit eingebüßt. Wie Esch-Alzette ist Wiltz eine traditionelle Arbeiterstadt mit großen sozialen Herausforderungen, eine Hochburg der LSAP, in der sie bei diesen Wahlen abgestraft wurde. Den Wahlsieg der CSV – sie hat 8,1 Prozent zugelegt – erkennt Arndt ohne Zögern an. LSAP und DP (-0,6 Prozent), sagt Arndt, gehen nicht als Sieger aus diesen

Die CSV-Wähler haben weniger panaschiert, meint Claude Haagen, Diekircher LSAP-Bürgermeister

Wahlen hervor; das müsse man respektieren, wenn man die Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählern nicht verlieren wolle. Weshalb die LSAP, mit sechs von 13 Sitzen immer noch stärkste Kraft im Wiltzer Gemeinderat, ausschließlich Gespräche mit der CSV geführt hat, und nicht mit der DP (zwei Sitze). Die landesweite Tendenz, auf Kosten der stärksten Partei oder dem Wahlgewinner Koalitionen zu bilden, findet er nicht gut. Das Ergebnis der LSAP führt er einerseits auf die nationale Politikebene zurück, aber andererseits vor allem auf die kürzliche Gemeindefusion. Patrick Comes von der CSV wurde im Zuge der Fusion in den Schöffenrat aufgenommen. Die Wähler, glaubt Arndt, hätten sich an die gute Zusammenarbeit gewöhnt und wollten diese auch in Zukunft sehen. Den durch die Fusion

erweiterten Schöffenrat lobt Arndt ausdrücklich für die große Unterstützung, wenn er als Abgeordneter drei Tage die Woche im Parlament und deshalb in Wiltz abwesend war. Beide Ämter zu vereinbaren, sei schwierig in einer Stadt wie Wiltz. Aus der Erfahrung als Député-Maire im hohen Norden, der nicht schnell ins Parlament springen kann, will Arndt Konsequenzen ziehen und bei den nächsten Parlamentswahlen, dem Rentenalter nahe, nicht mehr kandidieren. Aufgrund der Zustimmungsraten zu den von ihm vorgelegten Haushaltsvorschlägen, glaubt der Wiltzer Bürgermeister, dass sich die drei Parteien im Gemeinderat meist einig sind, wo es langgehen soll. Nichtsdestotrotz will Jacqueline Gudenburg, Sekretärin der lokalen CSV-Sektion, keine Koalitionsaussage machen. In Wiltz, sagt sie, kenne sich jeder und die CSV rede auch mit allen.

Auch in Weiswampach ist noch nicht ganz gewiss, wie der neue Schöffenrat besetzt wird. Der amtierende Bürgermeister Henri Rinnen konnte am Sonntag nur noch Platz vier belegen. Seine Schöffen Marie-Paule Hamer-Johanns und Norbert Morn konnten nur noch die Plätze sechs und sieben bei insgesamt neun Sitzen belegen. Glaub man Rinnen, ist er so etwas wie der Henri Kox des Nordens, sein schlechtes Ergebnis Resultat einer Kampagne, die ihn persönlich ins Visier genommen hat. Bereits vor sieben oder acht Monaten habe er Anzeige erstattet gegen eine Person, die ihm in der Öffentlichkeit Bestechlichkeit und Korruption vorgeworfen habe. Zum Prozess sei es bislang noch nicht gekommen, aber nach dem Sonntag habe er erfahren, dass ein Konkurrent mit diesen Vorwürfen hausieren gegangen sei. Darüber hinaus habe die Konkurrenz mit den Ängsten der Bürger im Zusammenhang mit der Reform des Generalbebauungsplans der Gemeinde gespielt. „In den Dörfern“ habe man befürchtet, dort würde ähnlich dicht bebaut wie in Weiswampach (*d'Land* 9/2017), dabei habe der Gemeinderat immer deutlich gemacht, dass dort keine Mehrfa-

milienhäuser entstehen sollen. „Mehrheit ist Mehrheit“, sagt Rinnen und damit meint er seine Mannschaft, die fünf von neun Sitzen erringen konnte. Dass er Bürgermeister bleibt, schließt er also nicht aus. Ein Treffen zu fünft, um sich zu einigen, war am Mittwoch noch nicht geplant.

In Diekirch musste Député-Maire und LSAP-Präsident Claude Haagen einen Verlust von 6,1 Prozentpunkten hinnehmen, er selbst büßte sogar elf Prozent ein, während die CSV 7,8 Prozent und einen Sitz hinzugewann. Mit ihren 47 Prozent und unverändert sieben Sitzen kann die LSAP die Opposition weiterhin überstimmen. Deshalb fühlt sich Haagen nicht als Wahlverlierer, sondern findet, die LSAP sei in Diekirch bestätigt worden. Er glaubt nicht, dass die Regierungspolitik auf nationaler Ebene einen Einfluss auf das Ergebnis hatte. „Sonst hätte die LSAP mit mir in meiner Funktion [als Parteipräsident] abgestraft werden müssen. Ich denke in Diekirch haben die Leute auf Basis der Projekte abgestimmt.“ Eine mögliche Erklärung für den Stimmenverlust der LSAP und den Stimmengewinn der CSV könnte Haagen zufolge sein, dass die CSV-Wähler am Sonntag weniger panaschiert hätten und die Christlich-Sozialen deshalb mehr Listenstimmen bekommen haben.

In Clerv, wo am Sonntag nach der Gemeindefusion erstmals nach dem Proporzsystem abgestimmt wurde, erwies sich der Bürgermeister und CSV-Abgeordnete Emile Eicher als Garant der Stabilität. Im neuen Gemeinderat besetzt die CSV sechs von elf Sitzen, die Grünen und die DP haben jeweils zwei und die Bierger einen Sitz. Ähnlich wie im Osten haben die Wahlen im Norden einem ehemaligen CSV-Regierungsmitglied Bürgermeisterehren beschert. Der ehemalige delegierte Infrastruktur- und Nachhaltigkeitsminister und Krimi-Autor Marco Schank wird in Esch-Sauer neuer Bürgermeister. Das *Wort* berichtete von einem „furiosen Comeback“.



Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Ostbezirk

Ökoliberaler Wettbewerb

Peter Feist

Bei den Gemeindewahlen 2011 waren Déi Gréng Wahlsieger. Sie hatten ihren kommunalpolitischen Aufstieg fortgesetzt und die Zahl ihrer Mandate in den Proporzgemeinden landesweit besonders stark steigern können: von 41 bei den Wahlen 2005 auf 74. Und schon das Ergebnis von 2005 war gegenüber den 22 Sitzen bei den Gemeindewahlen 1999 nahezu einer Verdoppelung gleichgekommen.

Im Ostbezirk ließ sich das ebenfalls beobachten. 2005 war in dem ländlich geprägten Bezirk in lediglich fünf Gemeinden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt worden: in Echternach, Grevenmacher, Junglinster, Mertert und Mondorf. Grüne Politiker errangen aus dem Stand in Junglinster zwei Gemeinderatssitze und in Grevenmacher einen. Doch nur in diesen beiden Gemeinden waren Déi Gréng mit einer Kandidatenliste angetreten. 2011 war die Zahl der Ost-Proporzgemeinden um zwei auf sieben gewachsen und abgesehen von Mertert boten die Grünen überall eine Liste auf. Das zahlte sich aus. Die grüne Partei konnte ihre Mandatszahl gegenüber 2005 nicht nur auf insgesamt 15 vervielfachen. Der Zugewinn um zwölf Sitze war so groß wie der von CSV (plus acht Mandate) und DP (plus vier) zusammen. Waren die CSV mit insgesamt 27 Mandaten und die DP mit 21 noch immer viel stärker als Déi Gréng, trennte diese nur noch ein Mandat von den 16 der LSAP, die 2011 nicht davon zu profitieren wusste, dass es zwei neue Proporzgemeinden im Ostbezirk gab und auf ihrem Resultat von 2005 verblieb. Dass Déi Gréng in vier der sieben Schöffenräte einzogen (in Betzdorf, Grevenmacher, Mondorf und Remich), in Betzdorf im Rotationsverfahren mit der DP den Bürgermeister stellten und in Remich ganz, vergrößerte ihren Erfolg noch.

Gemessen daran scheint mit dem Wahlergebnis vom Sonntag der Aufstieg der Grünen im Ostbezirk entweder vorerst gebrochen oder schon zu Ende zu sein: In Remich büßten sie zwei von vier Gemeinderatssitzen ein und verloren den Bürgermeisterposten an die DP, die mit der CSV koalieren wird. In Grevenmacher verloren sie ein Mandat an Koalitionspartnerin CSV, die an dem Bündnis mit den Grünen aber festhält. Die Mandatszahl der CSV ging bezirksweit zwar um zwei zurück und weil die LSAP in Mertert künftig allein regieren kann, wird die CSV nur noch in vier der sieben Schöffenräte vertreten sein. Aber so gut ist sonst keine Partei gestellt und mit insgesamt 25 Mandaten bleibt die CSV die kommunal dominierende Kraft im Osten. Die LSAP gewann am Sonntag drei Mandate hinzu (zwei in Betzdorf und eines in Mertert) und verbesserte sich auf bezirksweit 19. Im anhaltenden Aufstieg begriffen ist die DP: Hatte sie 2005 in den Proporzgemeinden 17 Ratssitze errungen und sechs Jahre später 21, gewann sie am Sonntag weitere zwei hinzu und es trennen sie nur noch zwei Mandate von der CSV. Wie die Sozialisten in Mertert, Echternach und künftig in Betzdorf, werden die Liberalen ebenfalls an drei Schöffenräten im Osten beteiligt sein. In Mondorf errang die DP die absolute Mehrheit, nimmt aber weiterhin die Grünen um Steve Schleck als Juniorpartner mit. In Junglinster koalitiert die CSV künftig mit der DP statt der LSAP.

Was all das zu bedeuten hat, ist in einem Bezirk mit nur sieben Proporzgemeinden nicht leicht zu sagen, und inwiefern die Landespolitik im Osten Einfluss hatte, kaum zu bestimmen. Da die größte Proporzgemeinde – Junglinster – gerade mal 7 537 Einwohner zählt (Stand 1. Januar 2017), sind alle sieben klein genug, dass Personen wahlentscheidend sein können.

Der Zugewinn der LSAP in Betzdorf zum Beispiel (von 13,3 Prozent auf 22,8 Prozent und von einem auf drei Gemeinderatssitze) hängt weniger mit einem besonders sozialdemokratischen Programm der lokalen LSAP zusammen als mit der Person des am Sonntag mit 1 184 Stimmen Erstgewählten Jean-François Wirtz. Als Betzdorf noch Majorzgemeinde war, gehörte er zwölf Jahre lang dem Schöffenrat an, stellte sich 2011 aus familiären Gründen nicht zur Wahl, saß aber in der Schulkommission der Gemeinde und ist anhaltend populär. Dass der aktuelle Bürgermeister Edgard Arendt von Déi Gréng am Sonntag nicht mehr antrat, könnte seine Partei Personenstimmen gekostet haben, denn insgesamt verschlechterte sich ihr Ergebnis gegenüber 2011 um 3,4 Punkte auf 28,1 Prozent. Ganz ähnlich groß war der Rückgang bei der CSV, die dadurch einen Restsitz einbüßte und nun mit drei Mandaten so stark ist wie Grüne und LSAP. In der noch am Sonntag ver-



Macht weiter mit Schwarz-Grün in Grevenmacher: CSV-Bürgermeister Léon Gloden, hier beim *Buergermeeschderdag* auf der Schobermesse

einbarten grün-roten Koalition werden der Sozialist Wirtz und die mit 1 095 Stimmen zweitgewählte grüne Schöffin Fernande Klares-Goergen sich im Bürgermeisteramt abwechseln, wie DP und Grüne das nach der Koalitionsbildung von 2011 taten.

Nicht allein personenbezogen lässt sich der Absturz der Grünen und ihres Bürgermeisters Henri Kox in Remich deuten: Von 33,5 Prozent und vier Sitzen 2011 verschlechterten Déi Gréng sich auf 20,4 Prozent und zwei Sitze. Kox und die grüne Parteispitze haben sicher nicht Unrecht, wenn sie das auf die Kampagne des zur Piratenpartei übergetretenen Ex-ADR-Mannes Daniel Frères zurückführen, der in Remich „Kox muss weg!“ propagierte und Ende September *Lëtzebuerg Privat* eine Anti-Kox-Beilage bezahlte, die kostenlos an die Leute verteilt wurde. Das hatte seine Wirkung. Die Piratenpartei errang 14 Prozent der Stimmen in Remich. Davon fast 76 Prozent Listenstimmen, die zeigen, dass die rabiatesten Frères-Wähler ihr Kreuz ganz bei den Piraten setzten.

Doch neben allem *Beschass*, den der Piraten-Spitzenkandidat in den diversen Magazinen von Jean Nicolas unterbrachte, machte seine Partei in Remich Front gegen das Parkgebührensysteem, versprach ihren Wählern ein Parkhaus mit Gratisplätzen für die Remicher und zusätzliche Parkplätze im Stadtzentrum. Sie trat für die Halbierung der Abfallgebühren, eine Stärkung des lokalen Einzelhandels und Raschen Hochwasserschutz ein. Manche dieser Themen spielten auch in dem – seriöser geführten – Wahlkampf zwischen Grünen und DP eine Rolle. Die DP warf Kox vor, Remich keine Umgehungsstraße zu gönnen, lediglich zu hoffen, dass nach einer Verkehrszählung dem Schwerlastverkehr die Durchfahrt verboten werden könnte und dass ein Parkraumkonzept und ein verbesserter öffentlicher Transport die Gewohnheiten der Pendler ändern würden. Auf den Vorwurf der DP, der Grüne-CSV-Schöffenrat lasse die Geschäftswelt der Gemeinde verkümmern, konnte der Bürgermeister nur entgegnen, das Problem sei im ganzen Ostbezirk dasselbe und nach Echternach und Grevenmacher werde demnächst auch in Remich eine Einzelhandelsstudie angefertigt.

Bemerkenswert ist, dass es bei solchen Auseinandersetzungen weniger um Politik und Ideologie geht, als um die technokratisch besten Lösungen für eine Gemeinde und ihre Bürger. Längst ist der Ostbezirk kein rein agrarisch geprägter mehr. In den Kantonen Echternach, Grevenmacher und Remich lag der Bevölkerungszuwachs in den letzten sechs Jahren zwischen zwölf und 15 Prozent. In größeren Gemeinden wie Betzdorf, Junglinster und Mertert betrug er 16 bis 18 Prozent, in kleinen Dörfern mitunter das Doppelte. Studien der Raumplanung zeigen, dass das Einzugsgebiet „erster Ordnung“

der Hauptstadt im Osten bis nach Bech, Betzdorf und Bous reicht, man von dort ähnlich rasch nach Luxemburg-Stadt gelangt wie etwa aus Contern oder Roeser. Das Einzugsgebiet „zweiter Ordnung“ umfasst beinahe den gesamten Ostbezirk. So dass die Gemeindeverantwortlichen es quasi flächendeckend

mit immer mehr Bürgern zu tun bekommen, die neben erschwinglichen Grundstückspreisen Ruhe und „Lebensqualität“ suchen. Dem zu entsprechen, galt bisher als besonderer Fundus der Grünen, mittlerweile aber interessieren alle großen Parteien sich für Radwege und Verkehrsberuhigung, und in den sich

Frauen bei den Gemeindewahlen

Steter Tropfen

Von 1 279 Frauen, die sich bei den Gemeindewahlen aufgestellt hatten, wurden 277 Frauen gewählt gegenüber 842 Männern. Das entspricht einem knappen Viertel. Kein großer Sprung, aber eine Verbesserung um 3,25 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem der Frauenanteil bei den Wahlen 2011 stagniert war, teilte der nationale Frauenrat in einer ersten Analyse mit.

Noch steht die Gesamtzahl der Bürgermeisterinnen nicht endgültig fest, es dürften kaum mehr als die bisherigen 13 werden. Eine Personalie sticht hervor: Mit Natalie Silva in Fels schaffte die erste Tochter kapverdischer Einwanderer es an die Spitze einer Luxemburger Gemeinde. Hilfreich für die in Ettelbrück geborene Luxemburgerin war, dass sie unter Bürgermeister Pierre Wies, der nicht wieder kandidiert hatte, kommunalpolitische Spuren sammeln konnte. Zudem war sie seit 2004 Beraterin bei den Christlich-Sozialen, stammt also aus dem Parteiapparat.

Es geht nur langsam voran in punkto mehr Frauen in der Gemeindepolitik. Der Frauenrat fordert eine Quote auch für die Gemeindewahlen

Vera Spautz’ Amtszeit als Bürgermeisterin von Esch-Alzette endete dagegen mit einem Paukenschlag. Die Sozialistin (4 325 Stimmen), die den Bürgermeisterposten von Lydia Mutsch übernommen hatte und zum linken Flügel der LSAP zählt, wurde von CSV-Wahlsieger Georges Mischo mit 4 498 Stimmen geschlagen. Ihre Niederlage liegt nicht nur am allgemeinen Rechtsruck. Sondern auch an mangelndem Rückhalt in und Intrigen aus den eigenen Reihen.

Nicht ganz so spektakulär, aber für die DP schmerzhaft ist die Niederlage von Joëlle Elvinger in Walferdingen, die ihren Posten räumen muss. Auch der Bürgermeisterstuhl von Christine Schweich in Monnerich ist weg: Die 33-Jährige führt zwar die Liste der Gewählten vor CSV-Kontrahent Jeannot Fürpass an, aber ihre LSAP verlor die absolute Mehrheit und wurde von CSV und DP in die Opposition geschickt. Auf CSV-Seite war es eine Frau, die Schweich Paroli bot: Die Abgeordnete Nancy Kemp-Arendt, im Parlament eher unauffällig, aber beliebt und durch ihre Tätigkeit in Sportvereinen gut vernetzt. In Sandweiler sind nicht alle Würfel gefallen: Bürgermeisterin Simone Massard-Stitz (CSV) hat angekündigt, alle Koalitionsoptionen zu prüfen, der schwarz-rote einzige weibliche Schöffenrat landesweit dürfte aber Geschichte sein.

Wie viel politische Erfahrung und Bekanntheitsgrad auch bei Frauen spielt, zeigt sich in der Hauptstadt: Lydie Polfer wurde Erstgewählte; an die Spitzenwerte eines Xavier Bettels reicht das politische Urgestein trotzdem nicht heran. Mit Erfahrung punktete auch Octavie Modert. Die CSV-Politikerin und Ex-Ministerin kandidierte in Stadtbredimus, konnte aus dem Stand den Bürgermeister übertrumpfen und übernimmt die

Je mehr der Osten zum Einzugsgebiet der Hauptstadt wird, desto mehr entscheiden Wahlen sich daran, wer Ruhe und „Lebensqualität“ zu erhalten versteht

immer mehr zu Schlafgemeinden der Hauptstadt wandelnden Ostkommunen scheint ein ökoliberaler Wettbewerb einzusetzen, in dem auch die DP und die CSV mitbieten. Traditionell stark sind beide im Ostbezirk schon immer. So gesehen, wurde dort am Sonntag wahrscheinlich nicht konservativer gewählt als 2011, sondern bürgerlicher.

Aber während der Bezirk laut Geografiedaten immer mehr zum Einzugsgebiet und zum Schlafrum der Hauptstadt wird, zeigen die Sozialdaten Brüche: In den Grenzgemeinden zu Deutschland, und darunter fallen die Proporzgemeinden Echternach, Mertert, Grevenmacher und Remich, ist das Medianeinkommen ähnlich niedrig wie in den meisten Nordgemeinden. In Echternach ist es ungefähr das selbe wie in Differdingen oder Wiltz. Auf solchem Grund kann ein Protestwählerpotenzial heranwachsen, das ökoliberalen Wettbewerb für elitären Unfug hält – und sich vielleicht zunächst darüber beschwert, dass Grenzpendler im Auto leichter durch den Ort kämen als man selber.

Gemeindeführung. Françoise Hetto-Gaasch in Junglinster sowie Diane Adehm in Herspringen, beide CSV, wurden jeweils Zweitgewählte.

In der Hauptstadt sieht es in punkto Frauen bei der CSV durchwachsen aus: Martine Mergen fliegt aus dem Gemeinderat, dafür verbesserte die Zweitgewählte der CSV, und Ehefrau des CSV-Spitzenkandidaten Claude Wiseler, Isabelle Wiseler-Santos Lima, ihr persönliches Resultat um fast 37 Prozent. Mit Elisabeth Margue, die Mergen den Rang ablief, zieht ein junges Gesicht in den Rat ein, die, wie viele vor ihr, vom Namensbonus profitiert haben dürfte: Die Präsidentin der CSV-Jugend stammt aus einer bekannten CSV-Politikerfamilie, ihr Vater war Vizerektor der Uni Luxemburg. Besser ist die Lage bei den Frauen der Grünen. In der Hauptstadt verliert Sam Tanson nach dem Wahlsieg der CSV wohl ihr Amt als Erste Schöffin, aber ihr persönliches Ergebnis konnte die Anwältin verbessern. Markant: Viele grüne Frauen schnitten bei den Wahlen gut ab, auch neue Gesichter wie Tanja Frank aus Bonneweg, die mehr Zuspruch erhielt als Staatsrat Mike Mathias.

Frisches Blut bringen die Linken, bei denen sich die Kombination von paritätischer Liste plus Rotationsprinzip nun auszählen könnte: In Esch schaffte Line Wies, Soziologin und Tochter eines stadtbekannten Optikers, direkt den Sprung in den Gemeinderat, in Luxemburg-Stadt dürfte die junge Ana Correia de Veiga per Rotation schon bald erste kommunalpolitische Erfahrungen sammeln. Ob das allerdings hilft, um dauerhaft eine politische Laufbahn einzuschlagen, ist nicht sicher. Carole Thoma, die seit 2011 für déi Lénk im Düdelinger Gemeinderat saß, musste sich einem männlichen Mitbewerber, einem Schachspieler, geschlagen geben. Ines Kurschat



Premierminister Xavier Bettel (DP) am Sonntagabend auf der Wahlparty seiner Partei

Romain Hilgert

Selten finden Gemeindewahlen unter einem so deutlichen Einfluss der nationalen Politik statt wie am vergangenen Sonntag. Denn die Abwahl der CSV vor vier Jahren und der Antritt der liberalen Regierung mit ihren umkämpften Reformen, von der Drosselung der Staatsausgaben bis zur Beschneidung der Privilegien des Bistums, polarisieren die Politik bis heute. So dass die Wähler, bewusst oder unbewusst, in ihren Bürgermeistern, Schöffen und anderen Kandidaten nicht bloß Kommunalpolitiker, sondern auch Mitglieder von Regierungs- oder Oppositionsparteien sahen.

Der nationalpolitische Einfluss auf die Gemeindewahlen ist unschwer daran zu erkennen, dass ihr Ergebnis spiegelverkehrt die Tendenz der Kammerwahlen von 2013 wiedergibt: Im landesweiten Durchschnitt der Proporzgemeinden gewann die CSV 3,3 Prozentpunkte hinzu, während die LSAP deren 2,6 Punkte, die DP 0,8 Punkte und die Grünen 0,5 Punkte verloren. So als ob die Gemeindewahlen eine Scharte ausgewetzt und zumindest symbolisch den Sieg der liberalen Koalition und die Niederlage der CSV von 2013 ein wenig zurückgenommen hätten.

Das hatte Präsident Marc Spautz Ende März vergangenen Jahres auf dem CSV-Parteitag gemeint, als er aufrief, dass Gemeinde- und Kammerwahlen zwar „zwei Paar Schuhe“ seien, aber die CSV nach den Gemeindewahlen „mehr Schöffenträte, mehr Gemeinderäte aufweisen“ wolle als zuvor. Zu diesem Zweck hatte der Parteivorsitzende auch alle christlich-sozialen Abgeordneten aufgefordert, bei den Gemeindewahlen zu kandidieren und mit ihren Namen Wählerstimmen für die Partei zu sammeln. Die 20 Abgeordneten, die seinem Aufruf gefolgt waren, wurden tatsächlich allesamt in ihre Gemeinderäte gewählt, auch wenn Marc Spautz selbst sowie Laurent Zeimet, Jean-Marie Halsdorf und Aly Kaes sich nicht als die beliebtesten Politiker ihrer Gemeindn erwiesen.

Die Wahlergebnisse zeigen, dass die Rechnung der CSV, die Gemeindewahlen als nationale Testwahl für 2018 zu benutzen, aufging. Vielleicht ging die Rechnung sogar besser auf, als die CSV erwartete. Denn das Ausmaß ihrer Erfolge in Luxemburg und Esch-Alzette hatte sie selbst nicht abgesehen.

Für die CSV geht es um die schrittweise Rückeroberung der Macht nach dem Tiefpunkt von 2013, als ihr Premier Jean-Claude Juncker gestürzt wurde und die Partei die vorgezogenen Wahlen verlor. Damals war ein Teil von der CSV enttäuschter Wähler in die Mitte gewandert, zu den alten Liberalen von der DP, den neuen Liberalen von den Grünen und der LSAP unter dem linksliberalen Etienne Schneider.

Zur Genugtuung der CSV gelang es der liberalen Koalition aber nicht, die anfängliche Aufbruchstimmung zu nutzen und die Wechselwähler an sich zu binden. Schon ab Mitte 2014 ergaben alle Meinungsumfragen, die TNS Ilres bis heute veröffentlichte, dass DP, LSAP und Grüne regelmäßig ihre knappe parlamentarische Mehrheit verlören, „wenn am Sonntag Wahlen wären“. Während der CSV eine wachsende Sitzzahl bescheinigt wurde, die im Sommer dieses Jahres knapp unter der absoluten Mehrheit gelegen hätte.

1 Seither findet bei jedem Wahlgang ein Rechtsrutsch zugunsten der CSV statt, der jeweils schon im Wahlkampf vorbereitet wird. Zum ersten kam es bei den Europawahlen 2014. Bei aller drakonisch verordneten EU-Liebe dienten sich sämtliche Parteien als nationaler Schutz gegen eine Europäische Union an, die als eine Bedrohung für das Bankgeheimnis, den elektronischen Handel und die Budgethoheit angesehen wurde. Folglich konnte das christlich-soziale „Kompetenzteam“ zur Verteidigung nationaler Interessen im Mai 2014 den Stimmenanteil der CSV um 6,3 Prozentpunkte

Der nationalpolitische Einfluss auf die rezenten Gemeindewahlen ist unschwer daran zu erkennen, dass ihr Ergebnis spiegelverkehrt die Tendenz der Kammerwahlen von 2013 wiedergibt

gegenüber den Europawahlen 2009 erhöhen. Die Gewinne gingen auf Kosten der drei Regierungsparteien, die Einbußen erlitten: LSAP -7,7 Prozentpunkte, DP -3,8 Punkte und Grüne -1,8 Punkte.

2 Der zweite Rechtsrutsch fand beim Referendum 2015 statt. Erst die Ablehnung des legislativen Ausländerwahlrechts durch die CSV machte diese bis dahin weitgehend als Ausländerfeindlichkeit tabuisierte Weigerung salonfähig. Die Regierungsparteien erlebten eine überwältigende Abfuhr: 80,9 Prozent der Wähler waren gegen eine Senkung des Wahlalters, 78,0 Prozent gegen das legislative Ausländerwahlrecht, 69,9 Prozent gegen eine Befristung der Regierungsmandate. Wie einmütig in sämtlichen Gemeinden des

Landes alle Regierungsvorschläge abgelehnt wurden, legt den Verdacht nahe, dass es vielen Wählern, auch um eine Unmutserklärung gegenüber Mehrwertsteuererhöhung, Kindergeldsenkung und Missgeschicken der schwungvollen jungen Männer in der Regierung ging.

3 So kam es, trotz Wirtschaftsaufschwungs und vor einem Jahr ausgerufenen Endes der Sparpolitik, am Sonntag bei den Gemeindewahlen zum dritten Mal zu einem Rechtsrutsch, der nirgends deutlicher wurde als und in den „roten“ Südge-meinden.

In jenen Proporzgemeinden, wo sie kandidierten, erzielten im Durchschnitt:

	2011	2017
CSV	30,3%	33,6%
LSAP	31,7%	29,1%
DP	21,3%	20,5%
Grüne	18,0%	17,6%
Linke	6,9%	7,2%
ADR	5,6%	5,1%
KPL	4,7%	4,4%
Piraten	–	6,4%

Für die CSV ist ein Sieg bei den Gemeindewahlen laut Marc Spautz wichtig, um „gestärkt in die Kammerwahlen zu gehen“. Die CSV will nicht mehr als die Verliererin von 2013 angesehen werden, sondern als eine Partei, die seither wieder auf der Siegerstraße unterwegs ist und dort von einer wachsenden Zahl von Wählern begleitet wird.

Eine kommunalpolitisch gestärkte CSV vergrößert außerdem ihre nationalpolitische Legitimation, damit sich das Malheur von 2013 nicht mehr wiederholen kann, als DP, LSAP und Grüne dem Großherzog zuvorkamen und ohne *Formateur* eine Koalition gegen die CSV abmachten. Die

Die Rechnung der CSV, die Gemeindewahlen zur Testwahl für 2018 zu erklären, ging besser auf, als sie erhoffte, wie das unerwartete Ausmaß ihres Erfolgs in Luxemburg und Esch-Alzette zeigt

CSV hofft darauf, dass es dem Demokratieverständnis der Wähler nicht zuzumuten ist, dass die stärkste Partei nach den Wahlen ein zweites Mal im Regen stehen gelassen wird.

4 Das Signal wurde gehört. Die Geschwindigkeit, mit der die DP in der Hauptstadt und anderen Gemeinden der CSV Koalitionsangebote machte, hat vielleicht nicht nur mit der Angst zu tun, andersfalls von der Konkurrenz ausgetrickst zu werden. Die Angebote sind auch freundliche Signale rechter Liberaler, um die Kompatibilität für eine CSV/DP-Regierungskoalition zu beweisen. Wenn es, wie die Meinungsumfragen vermuten lassen, nach dem vierten Rechtsruck in einem Jahr nicht mehr reichen wird für DP, LSAP und Grüne.

Nach dem Rechtsrutsch bei den Europawahlen und dem Referendum fand bei den Gemeindewahlen der dritte Rechtsrutsch zugunsten der CSV statt